Günther Gellrich

Die GIM

Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969-1986

ISP
Wissenschaft & Forschung 14

Der Autor:

Günther Gellrich, Jahrgang 1966, studierte an der Gesamthochschule Duisburg u. a. Politische Wissenschaft und Psychologie, Abschluss mit der vorliegenden Arbeit als Diplom-Sozialwissenschaftler, arbeitet und lebt in Düsseldorf.

GÜNTHER GELLRICH

DIE GIM

ZUR POLITIK UND GESCHICHTE DER GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN 1969 – 1986

Reihe: Wissenschaft & Forschung 14

Coverphoto: © Peter Empel fotografie, Karlsruhe

Wir danken dem *Spiegel* für die Abdruckerlaubnis des *Spiegel*-Interviews mit Ernest Mandel aus dem *Spiegel* Nr. 11/1972.

Die Diplomarbeit wurde 1994 an der Gesamthochschule Duisburg eingereicht unter dem Titel: Die Gruppe Internationale Marxisten – Zur Politik und Geschichte des deutschen Trotzkismus 1969 – 1986..

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gellrich, **Günther**:
Die GIM: Zur Politik und Geschichte
der Gruppe Internationale Marxisten 1969 – 1986 /
Günther Gellrich. –Orig.-Ausg. – Köln:
Neuer ISP-Verl., 1999
(Wissenschaft und Forschung; 14)
Zugl.: Duisburg, Univ.; Diplomarbeit
ISBN 3-929 008-14-9

ISP

Neuer ISP Verlag GmbH, Dasselstraße 75-77, D-50674 Köln
Der neue ISP Verlag ist Miglied in aLiVe (Assoziation Linker Verlage)
Originalausgabe, September 1999
© Neuer ISP Verlag und Autor
Umschlaggestaltung: Druckkooperative Karlsruhe
Gesamtherstellung: difo-Druck, Bamberg

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Verwertung ohne Zustimmung des Verlages ist unzulässig.
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis:

Editorische Notiz 7

Vorwort 8

Jakob Moneta – Verdienste eines Politwinzlings... Doch warum blieb ihm der Durchbruch versagt? 8

Einleitung 11

1. Die IV. Internationale 13

1.1. Entstehung und Entwicklung der IV. Internationale 13

1.2. Programmatische Grundlagen der IV. Internationale 15

2. Die IV. Internationale in Deutschland bis zur Gründung der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 18

3. Organisatorische Entwicklung 21

3.1. Mitgliederentwicklung und Finanzierung 21

3.2. Organisationsaufbau 22

3.3. Interne Debatten und Strömungsfreiheit 24

3.4. Publikationswesen 27

4. Das Verhältnis der GIM zu anderen Parteien 28

4.1. SPD 29

4.2. Demokratische Sozialisten 32

4.3. Die Grünen 34

4.4. DKP 36

4.5. K-Gruppen 39

4.6. Andere trotzkistische Organisationen 42

5. Die Position der GIM zur RAF (Rote-Armee-Fraktion) 44

6. Die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der GIM 46

7. Das Verhältnis der GIM zu sozialen Bewegungen 48

7.1. Friedensbewegung 48

7.2. Internationalismus 51

7.3. Frauenbeweung 55
7.4. Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung 57
7.5. Antifaschismus und Antirassismus 59
7.6. Weitere Politikfelder 61
8. Die Jugendpolitik der GIM 63
9. Die Wahlpolitik der GIM 69
10. Der Weg zur Vereinigung von GIM und KPD 72
11. Die Gruppe Internationale Marxisten - Versuch einer Bilanz 74
Quellen- und Literaturverzeichnis 77
1. Bücher und Broschüren 77
2. Periodika 80
3. Flugblätter und Flugschriften 82
4. Organisationsinterne Materialien der GIM 82
Anhang 83

Editorische Notiz

Günther Gellrichs Buch über die Politik und Geschichte der GIM (1969-1986), der bedeutendsten und größten trotzkistischen Organisation der Nachkriegszeit, ist seit 2001 restlos vergriffen. Wir machen es deshalb in einer Internet-Fassung zugänglich, da es die bisher einzige umfassende Arbeit über die Geschichte der GIM ist. Das Buch wird auf den Homepages der beiden Organisationen veröffentlicht, die in der politischen Kontinuität der GIM stehen:

Revolutionärer-Sozialistischer Bund (RSB), Homepage: www.rsb4.de

internationale sozialistische linke (isl), Homepage: www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Die vorliegende PDF-Version des Buches wurde auf Basis des Originalmanuskripts erstellt. Die Seitenzählung stimmt aus diesem Grund nicht mit der Buchfassung überein. Wir bitten dies zu beachten.

30.08.2002

Neuer ISP Verlag

Vorwort

Jakob Moneta – Verdienste eines Politwinzlings... Doch warum blieb ihm der Durchbruch versagt?

„Als Wladimir Iljitsch gelegentlich bemerkte, daß ich in dem eben erschienenen Band seiner Aufsätze aus dem Jahre 1903 blätterte, überflog sein Gesicht ein schlaues Lächeln, und er sagte spöttisch: ‘Es ist sehr interessant, jetzt zu lesen, wie dumm wir damals waren.‘“ So der Beginn eines Artikels von Karl Radek über Lenin vom 15.März 1923.

Dies fiel mir spontan ein, als ich Günther Gellrichs Arbeit über „Die GIM. Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969 –1986“ las: „Wie dumm wir manchmal doch waren!“

Zugleich jedoch war ich im nachhinein erstaunt darüber, wie die GIM, ein politischer Winzling mit kaum jemals mehr als 600 Mitgliedern, es fertig brachte, auf so vielen gesellschaftlichen und politischen Feldern aktiv zu werden. Daß sie versuchte jeden ihrer Schritte durch eine theoretische Analyse zu begründen, wobei es immer wieder zur Herausbildung von der in ihren Statuten legitimierten „Tendenzen“ und „Fraktionen“ kam, die bis hin zur Spaltung führten, verleiht der GIM-Geschichte ein besonderes Gesicht. Zugleich stellt sich jedoch eine Frage, die von Günther Gellrich nicht aufgeworfen wird.

Wenn es den abgespaltenen Gruppen wie auch den in der Organisation verbliebenen nicht gelungen ist, das eigentliche Ziel der Trotzkisten zu erreichen – ein relevanter Faktor in der Arbeiterklasse zu werden, der in der Praxis über die kapitalistische Gesellschaftsordnung hinausweist -, was war dann der Sinn der Spaltungen? Womit ließen sie sich rechtfertigen?

Wahr ist – wie Gellrich schreibt -, daß „innerhalb der linksradikalen und vor allem der kommunistischen Organisationen, die GIM eine Sonderolle einnahm.“ Sie vertrat Positionen, “die zu erheblichen Differenzen mit anderen linksradikalen und kommunistischen Richtungen (z.B. DKP und K-Gruppen, aber auch ‚Spontis‘) führten, die teilweise die Verweigerung einer Zusammenarbeit mit der GIM zur Folge hatte.“ Es lohnt diese Positionen der GIM anzuführen, da einige von ihnnen (wenn auch durchaus nicht alle) nach dem Zusammenbruch der nichtkapitalistischen Staaten eine breite Akzeptanz gefunden haben:

- Ablehnung des stalinistischen Gesellschaftssystems;

- Selbsteinschätzung als Teil der radikalen Linken;

- Bereitschaft zu Bündnissen mit allen Gruppen der Linken bei offener Diskussion der vorhandenen Differenzen;

- Betonung der Notwendigkeit einer nationalen und internationalen Organisation;

- Demokratischer Sozialismus als Organisationsmodell, mit dem Recht Tendenzen und Fraktionen innerhalb der Organisation zu bilden;

- Betonung der demokratischen Rechte sowohl im Kapitalismus wie auch im Sozialismus.

Warum aber blieb trotz der „Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung einer emanzipatorischen Perspektive“ durch die GIM letztlich ihr Erfolg aus?

Nun es ist durchaus möglich, objektive Gründe hierfür zu benennen. In der langen Periode des Wirtschaftsaufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg, verbunden mit der Illusion, der Kapitalismus habe eine „permanente Reformfähigkeit“ erreicht, verhallten die Warnschreie von „Linksradikalen“, die kommende Krisen voraussagten, wie die Rufe in der Wüste.

Nach dem Zusammenbruch der nichtkapitalistischen Staaten, die nicht nur von Stalinisten, sondern auch von Ideologen der „freien“ kapitalistischen Marktwirtschaft als sozialistisch ausgegeben wurden, herrscht erhebliche Verwirrung in den Köpfen der abhängig Beschäftigten. „Wenn das Sozialismus war – fragten sie sich – warum ist er zusammengebrochen? Warum hat die Arbeiterklasse ihr ‚Volkseigentum’ gegen den Raubzug des Privatkapitals nicht verteidigt?“ Schlechte Chancen für die Verteidigung einer sozialistischen Rätedemokratie, wie die GIM sie propagiert hat.

Gab es nicht auch eine Zeit, in der Hunderttausende aus sozialen Bewegungen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen, der Frauen- und alternativen Bewegung, Menschen aus unterschiedlichen Parteien, auf die Straße gingen, um gegen den NATO-Doppelbeschluß, für atomare Abrüstung, gegen Atomenergie, Sozialabbau, Änderung des Artikels 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), so dass mittelbar von Aussperrung betroffene keine Leistungen der Nürnberger Anstalt für Arbeit erhielten, oder für die 35-Stunden Woche zu protestieren? Die einzige Partei, die hieraus auch mit einer parlamentarischen Verankerung hervorging und politisches Gewicht gewann, waren die „Grünen“. Sie sind gerade dabei, ihren Kredit in der Koalition mit der SPD wieder zu verlieren. Dennoch muß man sich fragen, warum die GIM, die immerhin bei all diesen gewaltigen Wellen zumindest auf der Schaumkrone mitschwamm, hierdurch nicht organisatorisch kräftig gestärkt wurde.

Vielleicht könnte die GIM, oder vielmehr ihre Nachfolgeorganisationen (VSP, RSB, oder auch andere?), etwas aus Karl Radeks Begründung für Lenins Erfolge lernen (S.49). „Wenn Lenin eine große Frage löst – schrieb Radek – dann denkt er nicht in abstrakten, historischen Kategorien, er denkt nicht an Bodenwerte, Mehrwert, Absolutismus und Liberalismus. Er denkt an den konkreten Menschen, an ... den Bauer Ssidor auf Twerj und den Arbeiter des Putilow-Werks, oder den Schutzmann auf der Straße, und er stellt sich vor, wie die betreffende Maßnahme auf den Bauer Ssidor oder auf den Arbeiter Onefry ...; diese Träger der Revolution, wirken wird ...“

Immerhin führte diese Denkungsart Lenins dazu, dass er z. B. sein eigenes Programm der Sozialisierung von Grund und Boden umstieß und das Programm seiner sozialrevolutionären Gegner verwirklichte. Der Boden wurde an die Bauern verteilt und ihrer privaten Bewirtschaftung überlassen, weil Lenin sich vorstellte, dass hierdurch der Bauer Ssidor für die Oktoberrevolution gewonnen werden kann.

Wären ähnliche „opportunistische Kehrtwendungen“, um die „konkreten Menschen“ zu gewinnen, ohne Spaltungen auch in der deutschen linksradikalen Szene möglich gewesen, oder haben hier nicht oft „abstrakte historische Kategorien“ die Oberhand gewonnen?

Mit dem Krieg gegen Jugoslawien stehen wir erneut vor einer entscheidenden Wende. Sowohl unter den „Grünen“ wie auch in der Sozialdemokratie scheiden sich die Geister in dieser Frage, die insbesondere in Deutschland stets ein politischer Lackmustest war.

Wenn die Rechnung für die Beteiligung an der völkerrechtswidrigen NATO-Aggression unter US-amerikanischen Oberbefehl präsentiert wird, dürften einige von der rot-grünen Koalition gehegten sozialen Blütenträumen rasch verwelken. Die Verteidigung des deutschen Industriestandortes, die im Bündnis für Arbeit von Gewerkschaften und Vertretern der Kapitaleigner in holder Gemeinsamkeit geplant ist, wird erhebliche Risse erhalten, wenn es darum geht, wer für die Kosten des Krieges und den versprochenen Wiederaufbau (100 Milliarden schätzen die Jugoslawen!) nach den gewaltigen Zerstörungen aufkommen soll.

Unter diesen Voraussetzungen ist nicht nur ein neues Erwachen vom Geist des Widerstandes möglich. Die Frage nach dem Sinn eines Wirtschaftssystems wird sich stellen, das uns nicht nur wachsende Unsicherheit unserer Lebensplanung, verschärften Diebstahl an unserer Lebenszeit, sondern auch Kriege beschert. Die heute noch erfolgreich verketzerte gesellschaftliche Alternative einer solidarischen sozialistischen Demokratie, die nicht auf gnadenlose Konkurrenz der Unternehmen und auch der Menschen untereinander beruht, wird als Ausweg aus der Misere wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen. Das könnte auch zur Geburtsstunde einer bedeutsamen politischen Kraft werden, die Aufgaben in Angriff nehmen kann, an deren Verwirklichung die GIM gescheitert ist. Daß diese sich, um erfolgreich zu sein, auch die „Leitsätze“ der GIM zu eigen machen muß, spricht immerhin für einen Erfolg, der von bleibender Bedeutung ist.

10. Mai 1999

Einleitung

Diese Untersuchung über die Politik und Geschichte des deutschen Trotzkismus von 1969 bis 1986 befaßt sich mit der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), der deutschen Sektion der IV. Internationale. Da es zahlreiche konkurrierende trotzkistische Gruppierungen - in Deutschland und international - gab und gibt, bedarf diese Auswahl einer Begründung.
Die GIM gehörte der IV. Internationale an, die 1938 unter maßgeblichem Einfluß Leo Trotzkis gegründet wurde. In dieser historischen Kontinuität sehen sich auch andere Organisationen, die teilweise die Bezeichnung "IV. Internationale" in ihrem Namen tragen. All diese Organisationen sind auf Abspaltungen in einzelnen Ländern bzw. auf internationaler Ebene zurückzuführen. Diese Einordnung wird in allen ernstzunehmenden - und auch in dieser Arbeit verwendeten - Veröffentlichungen zum Themenkomplex Trotzkismus und IV. Internationale bestätigt.

Bezogen auf Deutschland war die GIM die mitgliederstärkste trotzkistische[1] Gruppierung und die einzige, die sich an einer Bundestagswahl beteiligte. Des weiteren arbeitete die GIM immerhin 17 Jahre als bundesweite Organisation.
Die GIM, die auf dem Höhepunkt ihrer organisatorischen Entwicklung Mitte der 70er Jahre etwa 600 Mitglieder hatte, muß als eine Randerscheinung im Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden. Dafür spricht auch das bisherige Fehlen einer zusammenfassenden Untersuchung dieser Organisation. Lediglich in dem von Richard Stöss herausgegebenen vierbändigen Parteienhandbuch (Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986 (Sonderausgabe)) findet sich eine umfangreichere und qualifizierte Darstellung der GIM (Peter Brandt/Rudolf Steinke, Die Gruppe Internationale Marxisten, a.a.O., S.1599-1647), die allerdings nur die Entwicklung bis 1980 berücksichtigt.

Das Ziel der hier vorliegenden Arbeit ist es einen ersten Beitrag zu leisten, um diese Lücke der Politologie zu schließen.

Kurz skizziert ist der Verlauf dieser Untersuchung folgender: Einführend wird eine kurze Darstellung zur Geschichte und Politik der IV. Internationale gegeben, die sowohl einer historischen wie auch einer internationalen Einordnung dienen soll. Einen allgemeinen Überblick bieten auch die Ausführungen zur IV. Internationale in Deutschland bis zur Gründung der GIM 1969.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen die politischen Positionen und die Aktivitäten der GIM. Um einen Rahmen für eine Einschätzung zu schaffen, werden ihre Organisationsstrukturen vorab dargestellt. Im einzelnen wird das Verhältnis der GIM zu anderen Parteien, zur RAF (Rote-Armee-Fraktion), zu den Gewerkschaften und den "neuen" sozialen Bewegungen untersucht. Gesondert werden auch die Jugend- und die Wahlpolitik der GIM sowie die Entwicklung bis zur Vereinigung von GIM und KPD beschrieben.

---

[1] Die GIM benutzte den Begriff "trotzkistisch" nur selten und bezeichnete sich selbst zumeist als "revolutionär-marxistisch".

Am Ende dieser Arbeit steht der Versuch einer Bilanz der GIM.

Im Anhang befinden sich ein "Spiegel"-Interview von 1972 mit Ernest Mandel - einem der bekanntesten Vertreter der IV. Internationale - sowie einige Flugblätter der GIM. Diese sollen einen Eindruck von der Argumentationsweise, dem Stil und auch der Aufmachung derartiger GIM-Materialien vermitteln. Des weiteren ist die Begründung des WDR für die Verweigerung der Ausstrahlung eines GIM-Wahlspots zur Bundestagswahl 1976 dokumentiert. Die (teilweise) schlechte Wiedergabequalität entspricht den Originalvorlagen.

Auf die folgenden Fragen versucht diese Arbeit zumindest ansatzweise Antworten zu finden:

- Welche Politik hat die GIM betrieben und welchen Erfolg hatte sie dabei?
- Inwieweit hat sich die GIM von anderen linksradikalen, vor allem kommunistischen, Organisationen unterschieden?
- Welche Gründe hatte die gesellschaftliche Randständigkeit dieser Organisation?
- Welchen Einfluß hatte das trotzkistische Organisationsmodell auf die Politik der GIM?
- Wie erklären sich die Schwankungen in der politischen Schwerpunktsetzung?
- Wie erklärt sich die vor allem jugendlich und intellektuell zusammengesetzte Mitgliedschaft der GIM?

Die vorliegende Arbeit stützt sich vor allem auf die Publikationen der GIM. Hierbei wurden insbesondere die Zeitung "was tun", die theoretische Zeitschrift "die internationale" sowie Flugblätter, Broschüren und Buchveröffentlichungen untersucht. Berücksichtigt wurde auch der organisationsinterne Rundbrief. Literatur über die GIM bzw. die IV. Internationale wurde ebenfalls zu dieser Arbeit herangezogen - allerdings erwiesen sich einige Arbeiten als wenig zuverlässige Informationsquellen.[2]

[2] Die Texte sowjetischer Autoren, wie z.B. Michail Basmanow (Wohin wollen die Trotzkisten die Jugend treiben?, Moskau 1973; Das Wesen des Trotzkismus von heute, Moskau 1975), sind als ideologisch-tendenziöse Auseinandersetzungen mit dem Trotzkismus zu bezeichnen. Ähnliches gilt für zahlreiche Veröffentlichungen "marxistisch-leninistischer" Organisationen und kleinerer "trotzkistischer" Gruppen. Dementsprechend wurden diese Arbeiten nicht berücksichtigt.

1. Die IV. Internationale

1.1. Entstehung und Entwicklung der IV. Internationale

Der Ausgangspunkt der IV. Internationale war die Linke Opposition in der KPdSU zwischen 1923 und 1929. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stand der Kampf gegen die Bürokratisierung und für innerparteiliche Demokratie, die Ablehnung der Theorie der "Revolution in Etappen" sowie das Eintreten für die Wiederbelebung der "proletarischen Demokratie" in der Sowjetunion. Auch innerhalb der Komintern (Kommunistische Internationale) erfolgte ein Differenzierungsprozeß, der 1929 zur Konstituierung der Internationalen Linken Opposition (ILO) führte. Bis 1933 war das Ziel der ILO die Reformierung der als "bürokratisch-zentristisch" charakterisierten Komintern. Die ILO verstand sich dabei als Fraktion innerhalb der Komintern, "auch wenn die meisten ihrer Gruppen bereits aus den Kommunistischen Parteien ausgeschlossen worden waren" (wt Nr.415, 10.10.1985).

Die Aufgabe dieser Position erfolgte, nachdem die KPD die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen gegen den deutschen Faschismus verweigert hatte. Von diesem Zeitpunkt an trat die ILO - und vor allem ihr bekanntester Vertreter Leo Trotzki - für den Aufbau neuer revolutionär-marxistischer Parteien und einer neuen revolutionären Internationale ein. Mit diesem Ziel wurde 1933 der "Bund der Kommunisten-Internationalisten" und 1936 die "Bewegung für die IV. Internationale" gegründet.[3]

Diese hatte sich selbst lediglich als einen Teil einer neuen Internationale betrachtet. Da allerdings andere Gruppierungen den Aufbau einer neuen Internationale - vor allem aufgrund der geringen Kräfte - für verfrüht hielten, erfolgte am 3.September 1938 in Périgny bei Paris "die Gründung der IV. Internationale im wesentlichen aus den Kräften der vormaligen Linksopposition" (ebd.).[4]

Neben der Ermordung Trotzkis durch einen Agenten Stalins im August 1940 in Mexiko (vgl. wt Nr.295, 11.09.1980) hatte der zweite Weltkrieg "hohe Verluste" für die trotzkistische Bewegung zur Folge (vgl. Pierre Frank, Die Geschichte der IV. Internationale, Hamburg o.J. (Französische Originalausgabe: Paris 1973), S.45f). Dennoch nahmen am II. Weltkongreß (WK) der IV. Internationale (1948) bereits 22 Organisationen aus 19 Ländern teil. Das Hauptthema war hierbei die "Umwälzung der Eigentumsverhältnisse in den von der sowjetischen Armee besetzten Ländern" (Manuel Kellner, Was ist und was will die IV. Internationale - Weltweite Solidarität für sozialistische Demokratie, Frankfurt/M. 1986, S.9).

Der III. WK (1951) beschloß den Eintritt der Mitglieder der IV. Internationale in die traditionellen Arbeiterparteien ("Entrismus"), um in diesen bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe einen revolutionär-marxistischen Pol aufzubauen, aus dem sich eine revolutionäre Partei entwickeln sollte.

---

[3] Die Komintern wurde nach ihrem VII. Weltkongreß (1935) und der dort vollzogenen Wende zur Volksfrontpolitik als "reformistisch" charakterisiert.

[4] Es waren 21 Delegierte, die 11 Sektionen vertraten, anwesend.

1953 erfolgte die "einzig wirklich bedeutende" Spaltung der IV. Internationale (vgl. Ernest Mandel, Revolutionärer Marxismus heute, Frankfurt/M. 1982, S.234ff) in zwei offene Fraktionen, die sich um die jeweiligen Führungsgremien "Internationales Sekretariat" (IS) und "Internationales Komitee" (IK) gruppierten. Das IK warf hierbei dem IS eine Kapitulation vor dem Stalinismus und die Liquidierung der IV. Internationale vor. Erst 1963 erfolgte auf dem VII. WK die Wiedervereinigung[5], deren Grundlage vor allem die "gemeinsame Einschätzung der kubanischen Revolution, der politischen Revolution in Ungarn und der "Dialektik der 3 Sektoren der Weltrevolution"" war (Kellner, Was ist und was will ..., a.a.O.).[6]

Einen Wendepunkt in der Weltsituation sah die IV. Internationale 1968 in den Ereignissen in Frankreich, in Vietnam und in der Tschechoslowakei. Die Radikalisierungswelle links von den traditionellen Arbeiterparteien veranlaßte die IV. Internationale auf dem IX. WK (1969), die entristische Taktik aufzugeben. Die Zeit von 1968 bis 1975 war für die IV. Internationale durch ein verstärktes Wachstum[7] gekennzeichnet, wobei die meisten Sektionen ihre Mitgliederzahl und ihren Einfluß beträchtlich steigerten (z.B. Frankreich[8]) und auch neue Sektionen gegründet wurden (z.B. Schweden).

Der X. WK (1974) befaßte sich insbesondere mit einer Selbstkritik an der "Entschließung des 9. Weltkongresses über Lateinamerika (1969)" (in: "die internationale", Hamburg, Sondernummer 1, 1973, S.95-113).[9]

Ab Mitte der 70er Jahre stagnierte die IV. Internationale. Vor dem XI. WK (1979) führten Differenzen über die Einschätzung der nicaraguanischen Revolution zu der Abspaltung einer kleineren Minderheit.[10] Der XI. WK beschloß eine verstärkte Orientierung der IV. Internationale

---

[5] Lediglich kleinere Minderheiten im IK und im IS wandten sich gegen die Wiedervereinigung und beteiligten sich nicht am "Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale".

[6] Siehe hierzu das Hauptdokument des Wiedervereinigungskongresses: Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche (1963), in: Wolfgang Alles (Hrsg.), Die kommunistische Alternative - Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932-1985, Frankfurt/M. 1989, S.100-143.

[7] Am IX. WK (1969) nahmen 98 Delegierte aus 30 Ländern teil, beim X. WK (1974) waren es etwa 250 Delegierte aus 41 Ländern (vgl. Frank, a.a.O., S.188).

[8] Die LCR (Ligue Communiste Révolutionaire / Revolutionär-Kommunistische Liga - französische Sektion der IV. Internationale) verfügte über eine eigene Tageszeitung ("rouge") und erreichte bei Wahlen bis zu 2% der Stimmen (vgl. "Wer ist und was will die GIM?", 8seitige Flugschrift der GIM zur Bundestagswahl 1976, Frankfurt/M. 1976, S.5). Zu den Europawahlen 1979 kandidierte die LCR gemeinsam mit einer anderen trotzkistischen Organisation (Lutte Ouvrière / Arbeiterkampf) als Liste "Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa", die "mehr als 622.000 Stimmen (das sind ca. 3,1%)" erhielt (wt Nr.267/268, 28.06.1979).

[9] In der Resolution der außerordentlichen Nationalen Konferenz der GIM vom Juni 1986 wird diese Debatte bilanzierend dargestellt: "Als der Erfolg der kubanischen Revolution zur Entwicklung der sogenannten Focustheorie im Guerilla-Kampf führte, die dem bewaffneten Kampf auf dem Lande ein falsches Gewicht beimaß, versuchte die Vierte Internationale die Anpassung an diese Theorie auf dem IX. Weltkongreß in der Folge zu berichtigen." Vor allem der X. WK habe die "falsche[n] Verallgemeinerungen über den bewaffneten Kampf" und die "ultralinke[n] Fehler gegenüber den traditionellen Massenorganisationen und -parteien der Arbeiterbewegung" korrigiert ("Die Notwendigkeit einer revolutionären Internationale", o.O., S.17). Die Lateinamerika-Dokumente des X. WK erschienen als "die internationale", Sondernummer 6 (Frankfurt/M. 1974).

[10] Siehe hierzu Pkt. 7.2. (Internationalismus), S.70f.

auf die Arbeit in Industriebetrieben und -gewerkschaften ("Wende zur industriellen Arbeiterklasse") und verabschiedete eine umfassende Resolution zur Frauenbefreiung[11].

Nach mehrjähriger Diskussion wurde auf dem XII. WK (1985) der Text "Für Rätedemokratie und Arbeiterselbstverwaltung" beschlossen (Thesen des XII. Weltkongresses der IV. Internationale (1985) über sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats, Frankfurt/M. 1985). Des weiteren betonte der XII. WK "die Notwendigkeit der Vereinheitlichung aller revolutionären Kräfte auf dem Weg zum Aufbau der revolutionären Masseninternationale" (Kellner, Was ist und was will ..., a.a.O.).

Der Mitgliederstand der IV. Internationale stagnierte auch in der ersten Hälfte der 80er Jahre, wobei die Entwicklung in den einzelnen Sektionen unterschiedlich war. 1986 verfügte die IV. Internationale über Sektionen in "über 60 Ländern" bei einer Mitgliederzahl von "weit über 10.000" ("Die Notwendigkeit einer revolutionären Internationale", a.a.O., S.18).

1.2. Programmatische Grundlagen der IV. Internationale

Die grundsätzlichen Positionen der IV. Internationale lassen sich in acht Punkten darstellen[12]:

1. Die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution

Die proletarische Revolution wird als der einzige Weg zur Überwindung des Kapitalismus betrachtet, da der Staat ein Produkt der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes und ein Instrument der jeweils herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft sei. Zum Sturz des Kapitalismus müsse die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat zerstören und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats auf Grundlage der sozialistischen Rätedemokratie als notwendige Übergangsperiode zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft errichten.

Eine schrittweise, parlamentarisch-reformerische Überwindung des Kapitalismus scheitere an der Klassennatur der Organe des bürgerlichen Staates und führe zur Unterordnung unter die Politik und die Interessen der Bourgeoisie (ein Beispiel sei die SPD-Politik seit 1914) oder zu schweren Niederlagen der Arbeiterbewegung (ein Beispiel sei Chile 1973).

2. Die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse und die Ablehnung jeder Form der Klassenzusammenarbeit

Die IV. Internationale tritt für die selbständige Klassenpolitik der Arbeiterklasse und die Einheitsfront und Aktionseinheit aller Organisationen der Arbeiterbewegung z.B. zur Wahrung der Tagesinteressen der Arbeiterinnen und Arbeiter, zur Verteidigung der demokratischen Rechte oder im Kampf gegen den Faschismus ein. Eine Politik der Klassenversöhnung, als die die Volksfront-Politik z.B. angesehen wird, führe zur Unterordnung von Arbeiterinteressen unter die ihrer bürgerlichen Bündnispartner.

---

[11] Siehe hierzu: "Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau - Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus", Resolutionsentwurf des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale zum XI. Weltkongreß, Hrsg.: Frauenkommission der GIM, Frankfurt/M. 1978.

[12] Da die IV. Internationale in ihren grundlegenden Texten durchgängig ein traditionell marxistisches Vokabular verwendet, werden diese - als bekannt zu betrachtenden - Begrifflichkeiten in dieser zusammenfassenden Darstellung übernommen, um somit einen authentischen Eindruck zu gewährleisten.

3. Die Strategie der Übergangsforderungen

Übergangsforderungen sollen "der Masse helfen, bei ihrem täglichen Kampf die Brücke zwischen ihren augenblicklichen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden" (Leo Trotzki, Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale - Das Übergangsprogramm[13], Frankfurt/M. 1974, S.14). Eine Trennung der Tagesinteressen der Lohnabhängigen ("Minimalprogramm") vom sozialistischen Ziel ("Maximalprogramm") lehnt die IV. Internationale ab. Notwendig sei ein System von Übergangsforderungen, die an den konkreten Bedürfnissen und dem Bewußtsein der Massen anknüpfen und "zusammengenommen an die *Grenze des kapitalistischen Systems führen und aus der Dynamik dieser Kämpfe selbst diese Grenze überschreiten*" (wt Nr.51, 16.05.1974). Zu den Übergangslosungen gehören die Forderungen nach der gleitenden Lohnskala, der Arbeiterkontrolle über die Produktion, der Enteignung bestimmter Gruppen von Kapitalisten unter Arbeiterkontrolle und vor allem die Losung der Arbeiterregierung.

4. Die Notwendigkeit einer revolutionären Partei[14]

Die Notwendigkeit einer revolutionären Partei wird vor allem damit begründet, daß die Arbeiterklasse nicht spontan zu einem revolutionärem Klassenbewußtsein gelangen könne. Nötig sei eine revolutionäre Partei, die über ein marxistisches Programm verfügt, sich die historischen Erfahrungen der bisherigen Praxis der Arbeiterbewegung aneignet, revolutionäres Klassenbewußtsein auch in nichtrevolutionären Perioden zur Vorbereitung künftiger Kämpfe bewahrt und in allen Phasen die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit verteidigt.

Das Organisationsmodell ist dabei der demokratische Zentralismus. Darunter versteht die IV. Internationale die vollständige interne Demokratie mit dem Recht auf Bildung von organisierten Tendenzen und Fraktionen innerhalb der Organisation bei gleichzeitiger Wahrung der Einheit der Partei in der Aktion.

5. Die politische Revolution in den bürokratisch degenerierten Arbeiterstaaten[15]

Die Herausbildung einer privilegierten bürokratischen Kaste unter der Führung von Joseph Stalin datiert die IV. Internationale auf 1923/24. Die Ursachen für diese Entwicklung nach der Oktoberrevolution (1917) seien das Ausbleiben siegreicher Revolutionen im industriell fortgeschritteneren Westen und die dadurch hervorgerufene Isolierung der Sowjetunion sowie deren ökonomische Rückständigkeit und die Zerstörungen durch den Bürgerkrieg.

Die IV. Internationale betont, daß die Bürokratie die Arbeiterräte entmachtete und die bolschewistische Partei in ein Instrument ihrer diktatorischen Herrschaft verwandelte. Begrüßt wird allerdings, daß die Enteignung der Kapitalisten, die sozialisierte Planwirtschaft und das staatliche Außenhandelsmonopol beibehalten worden seien. Erforderlich sei daher eine

---

[13] Dieser Text von 1938 wird als das politische Grundsatzprogramm der IV. Internationale betrachtet.

[14] Siehe hierzu: Ernest Mandel, Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, in: Lenin. Revolution und Politik, Frankfurt/M. 1970, S.149-205.

[15] Siehe hierzu: Leo Trotzki, Verratene Revolution, in: ders., Schriften 1 (Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur), Hamburg 1988, S.687-1011. Dieses Buch von 1936 liefert eine umfassende Analyse der sowjetischen Gesellschaft und der bürokratischen Herrschaft. Des weiteren sei angeführt: Ernest Mandel, Die Bürokratie, Frankfurt/M. 1976 (4.Aufl.).

politische Revolution zum Sturz der herrschenden Bürokratie und die Errichtung einer demokratischen Arbeitermacht. Dies gelte auch - trotz unterschiedlicher Geschichte - für Länder wie z.B. die DDR und Polen oder auch für China und Jugoslawien. Gleichzeitig tritt die IV. Internationale für die Verteidigung dieser Länder gegen den Imperialismus ein, da es sich hierbei um nachkapitalistische Produktions- und Eigentumsverhältnisse handele.

6. Die sozialistische Demokratie[16]

Nach den Vorstellungen der IV. Internationale ist die Diktatur des Proletariats durch eine Ausweitung der demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen gekennzeichnet. Sie wird verstanden als die direkte Machtausübung der Arbeiterklasse durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Räte. Hierbei soll für alle politischen Strömungen und Parteien - auch für solche, die die Rückkehr zum Kapitalismus befürworten - Rede-, Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit existieren, solange sie die sozialistische Ordnung nicht mit gewaltsamen Mitteln zu stürzen versuchen. Des weiteren beinhalte die sozialistische Demokratie die autonome Organisierung der Frauen und der sozialen Massenbewegungen sowie die Unabhängigkeit der Gewerkschaften.

Die IV. Internationale sieht in der demokratischen Arbeiterselbstverwaltung auch ein Mittel, um die ökonomischen, psychologischen und kulturellen Voraussetzungen für eine klassenlose sozialistische Gesellschaft zu schaffen.

7. Die Theorie der permanenten Revolution[17]

Die Theorie der permanenten Revolution besagt, daß in den Ländern der sog. Dritten Welt die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution (Agrarreform, nationale Unabhängigkeit, demokratische Freiheiten) nur durch die Diktatur des Proletariats - gestützt von den armen Bauern -, gegen den Widerstand der Großgrundbesitzer, des Imperialismus und der "nationalen" Bourgeoisie - die in zahlreichen Verbindungen und Abhängigkeiten zum Imperialismus stehe - gelöst werden können. Die demokratische Revolution müsse zu sozialistischen Maßnahmen (Enteignung der in- und ausländischen Bourgeoisie, Aufbau einer sozialisierten Planwirtschaft) übergehen, um durch die Verbindung von demokratischer und sozialistischer Revolution die Ziele der ersten durch den Übergang zur zweiten zu lösen.

Dieses Konzept der permanenten Revolution ist dem als stalinistisch bezeichneten Modell der "Revolution in Etappen" entgegengesetzt.

8. Der internationale Charakter der sozialistischen Revolution

Die Ablehnung der Stalinschen Theorie des "Sozialismus in einem Lande" und die Position, daß die sozialistische Revolution nur mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft im Weltmaßstab ihr Ende finden kann[18], werden als "unverwechselbares Kennzeichen" der

---

[16] Siehe hierzu: "Für Rätedemokratie und Arbeiterselbstverwaltung", a.a.O.

[17] Siehe hierzu: Leo Trotzki, Die permanente Revolution, Frankfurt/M. 1969. Dieses Buch ist ursprünglich 1930 erschienen und richtet sich auch gegen die Stalinsche Theorie des "Sozialismus in einem Lande".

[18] In dem Buch "Die permanente Revolution" betont Trotzki, daß die sozialistische Revolution zwar auf nationalem Boden beginnt, sich aber im internationalen Rahmen entwickelt und vollendet. "Folglich wird die sozialistische Revolution in

trotzkistischen Bewegung bezeichnet (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1613). Dementsprechend betont die IV. Internationale, daß die Realisierung ihrer globalen Perspektive eine internationale revolutionäre Arbeiterpartei erfordere, die diesen längerfristigen und weltweit nicht gleichzeitig ablaufenden revolutionären Prozeß[19] organisiere und vorantreibe.

2. Die IV. Internationale in Deutschland bis zur Gründung der Gruppe Internationale Marxisten (GIM)

Nach dem Ausschluß der deutschen Linksoppositionellen aus der KPD (Anfang 1928) schloß sich die Anhängerschaft Trotzkis dem "Leninbund"[20] an. Nach der Spaltung des "Leninbundes" - insbesondere an der Frage des Klassencharakters der Sowjetunion - erfolgte am 30.März 1930 die Gründung der "Vereinigten Linken Opposition der K.P.D. (Bolschewiki-Leninisten)". Die 250-300 Mitglieder der "Bolschewiki-Leninisten" wandten sich gegen den Kurs der KPD, vor allem in der Einordnung der Sozialdemokratie als Hauptfeind ("Sozialfaschismus"), und propagierten eine Einheitsfronttaktik (vgl. Wolfgang Alles, Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930[21], Frankfurt/M. 1987 (Diplomarbeit, Mannheim 1978), S.29). Des weiteren wurde die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie gefordert.[22]

Wie auch auf internationaler Ebene erfolgte die Umorientierung mit der Machtergreifung der NSDAP. Die Perspektive einer Reformierung der KPD wurde aufgegeben und der Aufbau einer neuen kommunistischen Partei angestrebt.[23]

Die seit Ende 1934 illegal arbeitenden Widerstandsgruppen der IKD wurden in den Jahren 1935 und 1936 aufgespürt und die Mitglieder verhaftet: "Mindestens 150 deutsche Trotzkisten befanden sich nach Schätzung des AK [Auslandskomitee, d. Verf.] 1940 in Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern. Eine unbekannte Zahl von IKD-Mitgliedern wurde während der Gefangenschaft ermordet. Viele der verurteilten Trotzkisten mußten als Angehörige des Strafbataillons 999 am Zweiten Weltkrieg teilnehmen." (Ebd., S.243.) Anfang 1937 existierten nur noch zwei trotzkistische Widerstandsgruppen in Deutschland.[24]

---

einem neuen, breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution: sie findet ihren Abschluß nicht vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten." (a.a.O., S.151.)

[19] Siehe hierzu: Ernest Mandel, Leo Trotzki - Eine Einführung in sein Denken, Berlin 1981 (Kapitel III: Die Weltrevolution, S.34-47).

[20] Der "Leninbund" hatte anfangs etwa 6000 Mitglieder (vgl. Georg Jungclas, Eine politische Dokumentation - Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre, Hamburg 1980, S.50).

[21] Diese detailreiche Arbeit umfaßt die Zeit von 1930 bis 1945.

[22] Die "Bolschewiki-Leninisten" verfügten lediglich über "einige ... marginale Positionen innerhalb der KPD" (ebd., S.31), da ".. linksoppositionelle[n] Kommunisten (die) innerhalb der KPD für ihre politischen Überzeugungen eintraten, ... sofort vom KP-Apparat ausgeschlossen (wurden)" (ebd., S.32).

[23] Um dieses neue Selbstverständnis auszudrücken nannte sich die "Linke Opposition" ab Ende Okt./Anfang Nov. 1933 "Internationale Kommunisten Deutschlands" (IKD).

[24] Berichte hierzu finden sich bei Jungclas, 1980 und bei Oskar Hippe, ... und unsere Fahn' ist rot - Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979. Georg Jungclas gilt als "Mentor des deutschen Trotzkismus" (Brandt/Steinke, a.a.O., S.1599) und war bis zu seinem Tode am 11.09.1975 für die IV. Internationale aktiv. Oskar Hippe

Bis zu ihrer Entdeckung durch die Gestapo 1944 gaben deutsche Trotzkisten im besetzten Frankreich die in deutscher und französischer Sprache erschienene illegale Zeitschrift "Arbeiter und Soldat" heraus, "die zur Verbrüderung und zum gemeinsamen Kampf gegen das kapitalistische System aufrief". Die Herausgeber "(wurden) fast alle ... von der Gestapo umgebracht" (wt Nr.350, 24.03.1983).

Lediglich eine kleine Gruppe um Georg Jungclas begann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Neuaufbau der IKD.

1948 verfügte die IKD über Gruppen in 14 Städten und verbreitete die Zeitschrift "Unser Weg" mit einer Auflage von 500 Exemplaren (vgl. Peter Kulemann, Die Linke in Westdeutschland nach 1945, Hannover/Frankfurt/M. 1978, S.66). In einer Resolution vom Oktober 1949 wurde die gemeinsame Organisierung der unabhängigen Linken als nächste Aufgabe benannt.

1950/51 beteiligte sich die IKD an der Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands (UAPD), die mit jugoslawischer Unterstützung gegründet wurde und einen Versuch zum Aufbau einer von der KPdSU und der SED unabhängigen sozialistischen Kraft darstellte. Der Vorwurf der fraktionellen Tätigkeit sowie Differenzen in der Einschätzung der Sowjetunion führten "faktisch" zum Ausschluß der IKD aus der UAPD (vgl. ebd., S.93).[25]

Unter Beibehaltung einer eigenen Gruppenstruktur traten die Mitglieder der IKD 1953 in die SPD ein. Diese Entscheidung entsprach der auf dem III. WK der IV. Internationale (1951) angenommenen entristischen Taktik.[26]

Von 1954 bis 1966 wurde die Zeitschrift "Sozialistische Politik" (SOPO) herausgegeben. Da diese Zeitschrift als "ein Instrument des Entrismus" (Willy Boepple[27], wt-Interview, in: wt Nr.352, 28.04.1983) verstanden wurde, versuchten die Mitglieder der IV. Internationale auch bekanntere sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Personen zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Beteiligung von Wolfgang Abendroth, Peter von Oertzen oder auch Theo Pirker an der SOPO-Redaktion wurde dementsprechend als Erfolg bewertet. In Anbetracht der politischen Situation in dieser Zeit wurde auch die Auflage von 1200 Exemplaren relativ positiv eingeschätzt.[28]

Wenngleich die Mitglieder der IV. Internationale nicht zu dem von ihnen angestrebten Anziehungspol für linkssozialistische Kräfte in der SPD wurden, konnten diese etwa 50 bis 100

---

schloß sich 1956 nach seiner Rückkehr aus der Haft - wegen illegaler Gruppenbildung in der SBZ - nicht der IV. Internationale an, blieb aber - nach entristischer Arbeit in der SPD - als parteipolitisch ungebundener Sozialist bis zu seinem Tode am 13.03.1990 tätig.

[25] Die UAPD löste sich bereits im September 1952 auf (vgl. Siegfried Heimann, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss (Hrsg.), a.a.O., S.2376).

[26] Da die IKD in den 50er Jahren nur "um die sechzig Mitglieder" hatte, spielte auch "die Befürchtung, als kleine unabhängige Gruppierung ... und abgeschnitten von den in der Sozialdemokratie organisierten Arbeitern und linken Kräften, nicht überleben zu können" eine Rolle (Jungclas, 1980, S.187).

[27] Willy Boepple war nach dem Zweiten Weltkrieg als leitender KPD-Funktionär aktiv und schloß sich 1950 der IV. Internationale an.

[28] Es wurden allerdings auch offen trotzkistische Broschüren und Zeitschriften verbreitet - ein Beispiel ist "die internationale", die ab 1948 als theoretisches Organ erschien.

trotzkistischen SPD-Mitglieder gewisse Erfolge aufweisen. Insbesondere in der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken "(waren) die deutschen Trotzkisten ein relevanter Faktor .." (Brandt/Steinke, a.a.O., S.1604).[29] In der SPD konnte neben unteren Funktionärsposten[30] auch eine kontinuierliche Beeinflussung des linken SPD-Flügels erreicht werden, wobei "... die politische Wirkung der Trotzkisten ihre Zahl (zweifellos überstieg)" (Brandt/Steinke, a.a.O.).[31]

Der Hauptgrund für die Aufgabe des Entrismus in der SPD war der Aufschwung der Studentenbewegung unter maßgeblichem Einfluß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)[32]. Die Möglichkeiten der Mitglieder der IV. Internationale, diese Entwicklung zu beeinflussen, waren aufgrund der Konzentration auf die Arbeit in der SPD gering. Als Voraussetzung zur Veränderung dieser Situation wurde die Aufgabe der entristischen Taktik betrachtet, da eine Mitgliedschaft in der SPD gegenüber dem SDS nicht zu vermitteln wäre.

In die Proteste der "Außerparlamentarischen Opposition" (APO) versuchten die Mitglieder der IV. Internationale eine Orientierung auf die Arbeiterklasse und die Perspektive des Sozialismus hineinzutragen.[33] Abgesehen von dem Internationalen Vietnam-Kongreß in West-Berlin (1968), dessen Organisierung und politische Ausrichtung "stark trotzkistisch beeinflußt war" (ebd., S.1603), blieb ihr Einfluß allerdings gering. Als Ursache hierfür wurde angeführt, daß die IV. Internationale nicht als unabhängige Gruppierung aufgetreten sei. Weitere Gründe seien die mangelnde personelle Verankerung im SDS und das Fehlen eines Publikationsorgans.

Nachdem die deutsche Sektion der IV. Internationale sich Pfingsten 1969 in IKD und GIM gespalten hatte[34], wurde die GIM als offizielle deutsche Sektion durch die IV. Internationale anerkannt.[35] Die von der GIM initiierte Revolutionär-Kommunistische Jugend (RKJ) wurde im September 1970 gegründet. Im Frühjahr 1971 beschloß sie den Anschluß als sympathisierende Organisation an die IV. Internationale. Da die Existenz von GIM und RKJ als eine unnötige

---

[29] Vor allem in Köln und West-Berlin war der trotzkistische Einfluß stark (ebd.).

[30] "Die meisten [Trotzkisten in der SPD, d. Verf.] gaben allerdings mit dem erfolgreichen Aufstieg in der Parteihierarchie ihre organisatorische Einbindung in die trotzkistische Bewegung auf" (Siegfried Heimann, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss (Hrsg.), a.a.O., S.2109).

[31] Außerparlamentarisch engagierten sich die Mitglieder der IV. Internationale in den 50er und 60er Jahren vor allem in den Bewegungen gegen die Aufrüstung (Remilitarisierung, Atombewaffnung) und gegen die Notstandsgesetze.

[32] Der SPD-Parteivorstand hatte 1961 eine Mitgliedschaft in SPD und SDS für unvereinbar erklärt. Jungclas - der sich 1957 für ein Jahr als Vorsitzender der SPD in Köln-Nippes engagiert hatte und in sozialistischen Kreisen bekannt war - hatte sich in einem Schreiben an die SPD öffentlich mit dem SDS solidarisiert und wurde daraufhin aus der SPD ausgeschlossen.

[33] Die GIM schätzte später die Studentenbewegung weitgehend positiv ein. In den "Thesen zur Studentenbewegung in Westdeutschland" heißt es : "Die *entscheidende Funktion der linken Studentenbewegung ist die des Katalysators bei der Auslösung von Klassenaktionen* über den Kopf der reformistischen Führungen der bürokratisierten Massen-organisationen hinweg" (in: "die internationale", Mannheim, Nr.3, 1970, S.42). Siehe hierzu auch: Ernest Mandel, Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf, Frankfurt/M. 1975 (hierbei handelt es sich um überarbeitete Vorträge von 1970).

[34] Siehe hierzu Pkt. 4.6. (Andere trotzkistische Organisationen).

[35] Die GIM hatte "anfangs nicht mehr als dreißig Mitglieder[n]" (Jungclas, 1980, S.276).

Verdoppelung von Organisationsstrukturen betrachtet wurde, erfolgte zum Jahreswechsel 1972/73 die Vereinigung von GIM und RKJ unter dem Namen "Gruppe Internationale Marxisten - deutsche Sektion der IV. Internationale" (GIM).[36]

3. Organisatorische Entwicklung

3.1. Mitgliederentwicklung und Finanzierung

Da es seitens der GIM kaum Angaben über die Mitgliederzahlen gab, entstammen die folgenden Zahlen den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten des Bundesministeriums des Inneren ((Hrsg.), Bonn)[37]:

Mitgliederzahlen der GIM

1971: 450
1972: 600
1973: keine Angabe
1974: 600
1975: 600 (in 51 Ortsgruppen)
1976: 600 (in 51 Ortsgruppen)
1977: 500
1978: etwa 500
1979: etwa 500
1980: etwa 300
1981: etwa 250[38]
1982: über 200
1983: etwa 250[39]
1984: etwa 250
1985: mehr als 250
1986: etwa 250[40]

---

[36] Die RKJ hatte "mit ihren ... 400 Mitgliedern und etwa der gleichen Anzahl an Sympathisanten den Einfluß der GIM erheblich erweitert" (Brandt/Steinke, a.a.O., S.1608).

[37] Die Angabe in dem Buch von Günter Bartsch, Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus? Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände (Berlin/Bonn 1977, S.127), wonach die GIM "etwa 1200 Mitglieder" hatte, erweist sich somit als falsch. Insgesamt ist diese Arbeit eine wenig zuverlässige Quelle zum Themenkomplex Trotzkismus und IV. Internationale.

[38] In diesem Verfassungsschutzbericht wurde der Mitgliederrückgang mit dem Ausschluß einer Fraktion, sowie Übertritten zur Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) (heute: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)) erklärt. Letzteres dürften allerdings Einzelfälle gewesen sein.

[39] Diesen Anstieg erklärte der Verfassungsschutzbericht u.a. durch die verstärkte Jugendarbeit der GIM.

[40] Diese Zahl stimmte mit der eigenen Angabe der GIM überein, die 1986 von 270 Mitgliedern sprach (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.7/86, Mai 1986, S.25). An der Gründung der Vereinigten Sozialistischen Partei im Oktober 1986 (mit mehr als 500 Mitgliedern) beteiligten sich über 200 GIM-Mitglieder, etwa 40 traten bei den Grünen ein (vgl. Verfassungsschutzbericht 1986, a.a.O., S.108).

Auch die Mitgliederzahlen belegen die dominierende Position der GIM unter den sich auf den Trotzkismus berufenden Gruppierungen (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1627).

Zur sozialen Zusammensetzung der GIM gab es nur wenige Angaben. Das Durchschnittsalter soll zwischen 25 und 35 Jahren gelegen haben (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.4/83, 21.06.1983, S.7), wobei es aufgrund der personellen Kontinuität zur alten deutschen Sektion der IV. Internationale auch ältere Mitglieder gab. Nach eigenen Angaben "(arbeiten) fast 80% der Mitgliedschaft .. in Betrieben oder Büros oder leistet Wehr- bzw. Ersatzdienst" (wt Nr.419, 12.12.1985), dennoch "dürften Mitglieder ... mit begonnener oder abgeschlossener akademischer Ausbildung weit überrepräsentiert sein" (Brandt/Steinke, a.a.O., S.1643).

Der Frauenanteil betrug 1985 "fast ein Drittel" (wt Nr.419, 12.12.1985), nachdem der Tiefpunkt vermutlich 1982 erreicht war, als lediglich 38 Frauen Mitglied in der GIM waren (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.16, 17.05.1982, S.42).

Die Finanzierung der GIM erfolgte über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Da über die Höhe der Mitgliedsbeiträge keine schriftlichen Unterlagen verfügbar waren, sei auf die private Information eines ehemaligen GIM-Mitglieds verwiesen, wonach der Mindestbeitrag etwa 30 DM für Personen ohne eigenes Einkommen betrug. Ansonsten waren die Beiträge sozial gestaffelt nach dem Nettoeinkommen, so zahlte beispielsweise ein Mitglied mit 1500 DM netto einen Beitrag von etwa 8% oder bei 2000 DM netto einen Beitrag von etwa 13%. Abgezogen wurden hierbei Freibeträge z.B. für Kinder oder bei alleinstehenden Müttern und Vätern. Diese vergleichsweise hohen Beiträge waren nötig um die Aufgabenstellung der GIM, auch bei ihrer geringen Mitgliederzahl, zu bewältigen. Zusätzlich führte die GIM regelmäßig Spendenkampagnen durch, um spezielle Projekte umzusetzen. Beispiele hierfür sind die 50.000 DM-Kampagne zur Realisierung der "was tun" als Wochenzeitung (Anfang 1976)[41] oder auch die 30.000 DM-Kampagne zur Finanzierung des Bundestagswahlkampfes (ab Sommer 1976).

Dennoch wurde die finanzielle Situation der GIM immer als problematisch bezeichnet. In einzelnen Fällen erschien die "was tun" auch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten verspätet oder in eingeschränkter Form. Betroffen waren auch die hauptamtlich für die GIM tätigen Mitglieder durch die "späte Auszahlung ihrer Gehälter" (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.16/86, Juli 1986, S.21). Das monatliche Gehalt der Hauptamtlichen von 1200 DM netto wurde ebenfalls als ein Zeichen der angespannten Finanzsituation verstanden (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.1/86, Jan. 1986, S.19)[42].

3.2. Organisationsaufbau

Im Gegensatz zu den meisten anderen - auch kommunistischen - Organisationen gehörte die GIM einer internationalen Organisation - der IV. Internationale - an, die sich selbst als "Weltpartei der sozialistischen Revolution" versteht (vgl. Die Statuten der IV. Internationale, in: "die internationale", Frankfurt/M., Sondernummer 6, 1974, S.106). Als deutsche Sektion der IV. Internationale beteiligte sich die GIM auch an deren Weltkongressen. Dort wurde sowohl die

---

[41] In der "was tun"-Sondernummer vom März 1976 heißt es dazu: "Einige Tausend Spenden von hunderten Spendern waren es, die es zusammen auf die stolze Summe brachten."

[42] Die Hauptamtlichen sollten neben der Herausgabe der "was tun" auch organisatorische Aufgaben wahrnehmen. Ihre Zahl lag 1982 bei sechs Personen (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.20/82, S.2).

politische Linie diskutiert und bestimmt als auch über die Zusammensetzung der internationalen Gremien entschieden. Über die Umsetzung der allgemeinen politischen Positionen auf nationaler Ebene entscheiden die Sektionen autonom.

Das Organisationsmodell der GIM war der demokratische Zentralismus, welcher eine "weitestmögliche Demokratie und freie Diskussion und Meinungs- und Bewußtseinsbildung innerhalb der Partei" erfordert, "bei Vertretung der Mehrheitslinie in der Aktion nach außen" (Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1974, in: "die internationale", Frankfurt/M., Sondernummer 4, S.99f)[43]. Hierbei hatten die Mitglieder das Recht - entgegen der Praxis in anderen sich kommunistisch nennenden Organisationen - sich in Tendenzen oder Fraktionen zusammenzuschließen, um Mehrheitsentscheidungen zu verändern.[44]

Kriterien für die Mitgliedschaft in der GIM waren die Anerkennung ihrer politischen Ziele und die regelmäßige praktische und theoretische Arbeit für deren Realisierung. Da eine passive Mitgliedschaft ausgeschlossen war, wurde die GIM als "Kaderpartei" eingeordnet (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1641). Dementsprechend existierte nicht die Möglichkeit eines sozusagen anonymen Beitritts. Über die Aufnahme in die GIM entschied vielmehr die zuständige Organisationseinheit nach einer mindestens 6 Monate dauernden Kandidatenzeit, die der "politischen Schulung und Einführung in die Arbeit der GIM" dienen sollte (Die Statuten der GIM, in: Die revolutionären Marxisten zur Situation in der BRD, Hrsg.: Politisches Büro der GIM, Frankfurt/M. 1982, S.46).

Die Grundeinheiten der GIM waren die Ortsgruppen, die entsprechend der Aufgaben und Arbeitsfelder Untergliederungen bilden konnten. Das höchste Organ der GIM war die Nationale Konferenz (NK), die mindestens einmal jährlich zusammentrat und die Form einer Delegiertenkonferenz hatte.[45] Die NK "legt die Grundzüge der Politik der GIM fest" (Die Statuten der GIM, ebd., S.47) und wählte das (in der Regel etwa 25köpfige) Zentralkomitee (ZK), welches das oberste Entscheidungsgremium der GIM zwischen den Konferenzen darstellte. Aus dessen Mitte wurde ein Politisches Büro (PB) bestimmt, "das die laufende politische und organisatorische Arbeit entsprechend der ZK-Beschlüsse erledigt" (ebd.). Auch in den "nationalen Leitungsorganen" sollten Tendenzen oder Fraktionen "in angemessener Erwägung

---

[43] Die GIM kritisierte hierbei nicht nur das "stalinistische Modell eines *bürokratischen Zentralismus*" sondern auch, "daß gerade sogenannte "spontaneistische" Organisationsformen, in denen mangels innerer Strukturen die führenden Genossen keiner wirklichen Kontrolle unterstehen und mangels Zentralisierung die politische Entwicklung der Grundeinheiten der Organisation den mehr oder weniger zufälligen Bedingungen und Einflüssen begrenzter Erfahrungen überlassen bleibt, *zur Herausbildung von Führungscliquen*, zu Fraktionskämpfen "hinter den Kulissen" und zur Unfähigkeit, auf politische Wendungen flexibel zu reagieren, führen" (ebd. S.100).

[44] Aufgrund der praktischen und politischen Bedeutung dieser statuarischen Möglichkeit erfolgt im folgenden Abschnitt (Pkt.3.3.) eine genauere Betrachtung.

[45] Die Delegierten zu den Konferenzen wurden von den örtlichen Mitgliederversammlungen nach der Diskussion der Abstimmungstexte gewählt. Wenn die Mitglieder der Ortsgruppen verschiedene Texte und Positionen unterstützten, wurden die Delegierten entsprechend dem Stimmenverhältnis der Abstimmungsvorlagen gewählt, um auch Minderheiten zu repräsentieren. Zur Verdeutlichung ein einfaches Beispiel: Wenn der Delegiertenschlüssel 1:4 (1 Delegierte/r je 4 Mitglieder) betrüge und in einer Ortsgruppe 12 Mitglieder wären, von denen 8 die Position A und 4 die Position B verträten, so erhielte die Position A 2 Delegierte und die Position B 1 Delegierte/n (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.18/85, Okt. 1985, S.3ff).

ihrer politischen und zahlenmäßigen Bedeutung vertreten sein" (ebd., S.49)[46]. Außerdem gab das ZK einen organisationsinternen Rundbrief heraus, der allen Mitgliedern offenstand und auch die Minderheitspapiere verbreitete. Da die verschiedenen Tendenzen bzw. Fraktionen der GIM im ZK vertreten waren, wurde von einer "kollektiven Führung" gesprochen, welche an die Beschlüsse der NK gebunden war. Ein Antrag auf Geschlechterquotierung wurde auf der NK im Dezember 1985 gestellt und angenommen sowie für das ZK umgesetzt (vgl. wt Nr.419, 12.12.1985)[47]. Zu zentralen Arbeitsfeldern der GIM wurden ZK-Kommissionen gebildet - so z.B. in den Bereichen Betrieb & Gewerkschaft, Internationalismus und Frauen. Das ZK war durch eine außerordentliche NK, die von einem Viertel der Mitglieder einberufen werden konnte, abwählbar.

3.3. Interne Debatten und Strömungsfreiheit

Entgegen der Praxis in anderen Organisationen heißt es in den Statuten der GIM, daß "Mitglieder .. das Recht (haben), auf Grundlage politischer Erklärungen Tendenzen und Fraktionen zu bilden" (Die Statuten der GIM, a.a.O., S.49). Die Einheit der Aktion nach außen in der Umsetzung beschlossener Mehrheitsentscheidungen der GIM müsse hierbei von den Minderheiten gewahrt werden - "ungeachtet ihres Rechts organisationsintern für ihre Abänderung zu kämpfen" (ebd.). Die Tendenzen oder Fraktionen können ihre Positionen in den internen Rundbriefen darstellen und haben das Recht, eigene Treffen durchzuführen, um ihre Auffassungen und ihre Strategie zu diskutieren. Wie bereits im vorigen Punkt dargelegt wurde, werden die Tendenzen oder Fraktionen entsprechend ihrer Stärke an allen Entscheidungsorganen beteiligt. Hiervon versprach sich die GIM eine bessere Kontrolle der Führung und eine lebendige demokratische Diskussion innerhalb der Organisation. Auch die Gefahr von Abspaltungen aufgrund einzelner Meinungsverschiedenheiten oder auch von "Versektung, wenn Kräfte in der Organisation fehlen, die zur Überprüfung und auch Korrektur von Mehrheitspositionen führen" (wt Nr.373, 08.03.1984), sollte dadurch reduziert werden. Angestrebt war dabei, daß die Tendenzen sich vor den NKs bilden und danach wieder aufgelöst werden. Dies war allerdings nicht die Regel.

Im Verlauf der Diskussion vor der NK 1974 und vor dem X. Weltkongreß der IV. Internationale bildeten sich drei Tendenzen heraus: 1. Die Internationalistische Tendenz (IT), die auf der NK 1974 die relative Mehrheit erhielt und im ZK, nach einer prinzipiellen Absprache aller drei Tendenzen, über eine handlungsfähige Mehrheit verfügte (vgl. wt Nr.50, April 1974) und auf internationaler Ebene die Internationale Mehrheitstendenz (IMT) unterstützte. 2. Die Kompaß-Tendenz (KT), die in der GIM in dieser Periode die stärkste Minderheitstendenz war, bildete international nur eine kleine Tendenz (sog. Meshrayonka-Tendenz), die auf dem Weltkongress 1974 lediglich 2,5% der Delegierten stellte (vgl. GIM-Rundbrief, Neue Serie - Nr.2, 09.08.1974, S.3), und 3. die Leninistisch-Trotzkistische Tendenz (LTT), die in der GIM die schwächste Gruppierung war, international jedoch die bedeutendste Minderheit - die Leninistisch-Trotzkistische Fraktion - unterstützte.[48] Da die späteren Tendenzbildungen in der GIM zumeist

---

[46] Da es sich bei den Mitgliedern der GIM, die für die Organisation als Hauptamtliche beschäftigt waren, nicht um eine Struktur im Sinne der Statuten handelte, sei hierzu nur auf Pkt. 3.1. (Mitgliederentwicklung und Finanzierung) verwiesen.

[47] Zum Frauenanteil in der GIM siehe Pkt. 3.1. (Mitgliederentwicklung und Finanzierung).

[48] Vor den Weltkongressen der IV. Internationale erschienen organisationsinterne "Internationale Rundbriefe" in denen die Fragestellungen der Kongresse diskutiert wurden.

an den alten Linien der beiden großen Blöcke verliefen, wenngleich sich die Namen der Tendenzen änderten, seien die Differenzen zwischen der IT und der KT kurz dargestellt.[49] Die Hauptdifferenz zwischen IT und KT war die unterschiedliche Charakterisierung der SPD, wobei die IT die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei bezeichnete, während die KT von einer bürgerlichen Partei sprach.[50] Des weiteren ging die IT von einer "neuen Avantgarde mit Massencharakter" aus, die anfangs vor allem aus Studierenden, Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden bestand, wobei ".. sich eine mächtige Strömung radikalisierter Arbeiter mit der spezifisch jugendlichen Strömung verbunden (hat) und sie prioritär auf die Arbeiterkämpfe hin orientiert" (Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1974, a.a.O., S.19). Die revolutionären Marxistinnen und Marxisten seien Teil dieser neuen Avantgarde und müßten sich "der Aufgabe der Hegemonieeroberung" (ebd., S.97) stellen. Hierbei betonte die IT, "1) daß unsere wichtigste sektorenspezifische Intervention die systematische und kontinuierliche Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sein wird, 2) daß die zweite Priorität hier die Arbeit im Ausbildungssektor haben wird, 3) daß die Führung von nationalen Kampagnen und die nationale Zeitung bei der Erfüllung der zentralen Aufgaben eine wichtige Rolle spielen" (ebd., S.96). Diese Punkte seien eine Einheit, dementsprechend könne kein Punkt als vorrangig betrachtet werden (vgl. ebd.). Die KT sah demgegenüber in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die absolute Priorität. Nach ihrer Analyse "(kommt) eine gesellschaftliche Avantgardefunktion .. heute der sich neu entwickelnden praktischen Arbeitervorhut der fortgeschrittenen Arbeiter zu" (ebd., S.153).

Allgemein orientierte die IT sowohl auf die Arbeiterbewegung als auch auf die fortschrittlichen sozialen Bewegungen, während letztere von der KT als "Bewegungen in gesellschaftlichen Teilbereichen mit antikapitalistischer Tendenz" (ebd., S.194) bezeichnet wurden und ihnen eine deutlich geringere Bedeutung zugesprochen wurde. Auch in der Frage des Aufbaus der Organisation gab es Differenzen. Die IT hielt die Vorstellung eines geradlinigen Wachstums der GIM für falsch und sah vor allem zwei Aufbaumöglichkeiten: zum einen das plötzliche Anwachsen der Organisation, bedingt durch soziale Kämpfe, oder zum anderen durch Umgruppierungsprozesse innerhalb der "neuen Avantgarde" bzw., wie es die Strömung "Sozialistische Alternative" 1976 nannte, im Milieu der Linken. Demgegenüber betonte die KT, und 1976 die "Proletarische Fraktion", die kontinuierliche Gewinnung der "bewußtesten Teile der Arbeiterklasse" für den Parteiaufbau der GIM.

Die "was tun" veröffentlichte zu wichtigen Fragen (z.B. zum SPD-Wahlaufruf 1980) sowohl die Position der Mehrheit als auch der Minderheit, die Positionen kleinerer Tendenzen wurden zusammengefaßt dargestellt.[51]

Die Möglichkeit, daß jedes Mitglied seine Position in internen Rundbriefen äußern konnte, vereinfache es festzustellen, ob die entsprechende Position auch von anderen Mitgliedern vertreten wird, und sollte darüber hinaus garantieren, daß ".. sich eine Diskussion organisieren

---

[49] Die LTT fand bei späteren Tendenzbildungen keine Fortsetzung. Als ihre Hauptkritik an der IT wurde eine zu geringe Orientierung auf die Arbeiterklasse angeführt, wobei der KT eine Neigung zum Ökonomismus und zum Sektierertum in der Einschätzung der SPD als bürgerliche Partei vorgeworfen wurde.

[50] Siehe hierzu Pkt. 4.1. (SPD).

[51] Die grundlegenden Texte der verschiedenen - auch kleineren - Tendenzen zu den NKs wurden in der Regel als Broschüren oder "internationale"-Sondernummern veröffentlicht.

(läßt), in der alle Argumente und Gegenargumente in sämtlichen Gliederungen der Organisation gegeneinander abgewogen werden können und in der oppositionelle Auffassungen nicht nur in den Einheiten diskutiert werden, in denen sie gerade auftauchen" (wt Nr.253, 15.03.1979). Die Gründung von Tendenzen nehme auch Absprachen zwischen Mitgliedern "den Ruch der "Geheimbündelei"" (GIM-Rundbrief, Nr.4/83, 21.06.1983, S.25), da die gesamte Mitgliedschaft umfassend informiert würde.

Als Beispiel für den Umgang mit kleineren Tendenzen sei die Tendenz 5 (T5)[52] auf der NK 1982 angeführt. Diese betrachtete u.a. die Demokratischen Sozialisten (DS) als zu bekämpfendes Hindernis beim Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, wandte sich gegen die von der GIM mitinitiierte Kampagne "Solidarität mit Solidarnosc" und forderte für die Arbeit der GIM in der Friedensbewegung eine Orientierung gegen Nationalismus und Pazifismus. Diese Positionen wurden in der internen GIM-Debatte als sektiererisch und TLD (Trotzkistische Liga Deutschlands)-nah eingeordnet. Die T5-Resolution erhielt 2 Für-Stimmen und 62 Gegen-Stimmen, dennoch hatte die T5 auf der Konferenz, ebenso wie die beiden großen Blöcke, 30 Minuten Zeit um ihre Position einleitend darzustellen. Auch in dem 27köpfigen ZK war die T5 mit einer Person vertreten.

Wenngleich die GIM die Strömungsfreiheit auch als eine Möglichkeit betrachtete, Abspaltungen zu verhindern, erfolgten auch größere Austritte von Minderheitstendenzen. So verließ 1979 der überwiegende Teil der "Proletarischen Fraktion" die GIM, und Anfang der 80er Jahre trat ein Großteil der "SPD-Nee"-Position aus der GIM aus.

Wenngleich das Eintreten der GIM für innerorganisatorische Demokratie sich angenehm von der stalinistischen Tradition absetzt, sind die Schwierigkeiten dieser Organisationspraxis offensichtlich. Insbesondere die permanenten kontroversen Diskussionsprozesse, aber auch die Probleme durch Abspaltungen beanspruchten einen bedeutenden Teil der politischen Energie.[53] In einigen Fällen führten die Tendenz- und Fraktionsauseinandersetzungen sogar bis an die Grenze der Handlungsfähigkeit der GIM (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1610).[54] Die GIM bilanziert auf ihrer NK 1984 selbstkritisch, "daß sich fast immer verschiedene Gruppierungen auf den Konferenzen frontal gegenüberstanden, daß mehr das Trennende als das Gemeinsame betont wurde, oder aber über Kompromisse - die nicht lange anhielten - bestenfalls kurzfristig die Differenzen ausgeklammert wurden" (wt Nr.373, 08.03.1984). Entgegen der bisherigen Praxis alternativer Resolutionen der jeweiligen Tendenzen bzw. den beiden Kompromiß-Texten (NK 1976 und NK 1979) legten die beiden großen Strömungen in der GIM (Leitungsmehrheit und "Duisburger Kreis") bei dieser NK einen gemeinsamen Text vor, der die Übereinstimmungen zu den zentralen politischen Fragen, aber auch zu organisationspolitischen Aufgaben, benannte und bei Differenzen (z.B. zur Einschätzung der SPD) Alternativpassagen enthielt. Hierin sah die GIM einen Weg, ihre oftmals "hausgemachte" Paralysierung zu überwinden.

---

[52] Die Bezeichnung T5 ist verwirrend, da sie zu einem früheren Zeitpunkt (1980) gewählt wurde. Bei der NK 1982 existierten lediglich 3 Tendenzen (Leitungsmehrheit, "Duisburger Kreis" und T5).

[53] Bei einer kleinen Organisation wie der GIM müssen etwa zwanzig interne Rundbriefe pro Jahr mit durchschnittlich vierzig Seiten als ausgesprochen viel bezeichnet werden.

[54] Siehe hierzu als Beispiel die in Pkt. 4.1. (SPD) dargestellte Problematik eines ZK, dessen Mehrheit sich aus 3 Tendenzen zusammensetzt.

3.4. Publikationswesen

Eine zentrale Rolle im Bereich der Publikationen hatte die Zeitung "was tun", die - nachdem die anfangs angestrebte Bündniskonzeption gescheitert war[55] - als "Sprachrohr" der GIM (wt Nr.50, April 1974) "in der Tradition der revolutionären Aktivisten der APO" (wt Nr.344, 16.12.1982) verstanden wurde.[56]

Anfangs erschien die "was tun" monatlich, ab Mai 1974 vierzehntägig, von März 1976[57] bis Mai 1979 wöchentlich und von da an wieder vierzehntägig[58].

Auflage der "was tun"

1971/72: ca. 9000 (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1643)
Sep. 1974: 9000 (vgl. wt Nr.60, 25.09.1974)
1975: ca. 5000 (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1643)
März 1977: 4100 (vgl. wt Nr.150, 17.03.1977)
Apr. 1978: 3500 (vgl. wt Nr.205, 13.04.1978)
Apr. 1979: knapp 3000 (vgl. wt Nr.259/260, 26.04.1979)
Okt. 1980: 2500 (vgl. wt Nr.298, 25.10.1980)
Jan. 1982: 2200 (vgl. wt Nr.325, 28.01.1982)
1983-1985: etwa 2300 (vgl. Verfassungsschutzberichte 1983 - 1985, a.a.O.)

Die Zahl der Abonnentinnen und Abonnenten betrug hierbei "mehr oder weniger konstant" etwa 600 (wt Nr.346, 27.01.1983).

Wenngleich sich die "was tun" als "Instrument beim Aufbau der Sektion" verstand (wt-Sondernummer, März 1976), war sie für Debatten in der Linken offen. Dies drückte sich vor allem in Gastkommentaren und Interviews aus; so kamen, um nur einige Beispiele zu nennen, Christian Schmidt - ausgetretenes Vorstandsmitglied der SPD-Hamburg (vgl. wt Nr.314, 16.07.1981) -, Peter von Oertzen - Mitglied des SPD-Parteivorstandes (vgl. wt Nr.330, 15.04.1982) -, Roland Jahn - Aktivist der DDR-Friedensbewegung (vgl. wt Nr.357/358,

---

[55] Im Impressum der Null-Nummer im Frühjahr 1968 wurden u.a. Rudi Dutschke, Günter Amendt, Peter Brandt und Christian Semmler genannt. In der "was tun"-Sondernummer vom März 1976 heißt es zum Scheitern der Bündniskonzeption: "Die verschiedenen beteiligten Seiten entwickelten sich rasch in völlig verschiedene politische Richtungen ... Die Organisationsphase der APO ließ keinen Raum mehr für eine Zeitung von dem Charakter der *Was Tun*."

[56] Auch zahlreiche Betriebszeitungen der GIM erschienen unter dem Titel "was tun". Diese wurden allerdings von den Orts- bzw. Betriebsgruppen der GIM erstellt und kostenlos verteilt.

[57] Anläßlich der Umstellung der "was tun" auf wöchentliches Erscheinen führte die GIM am 02.05.1976 in Köln ein Pressefest durch, an dem "bis zu 1700" Personen teilnahmen (vgl. wt Nr.105, 06.05.1976).

[58] Hierbei gab es zwei Ausnahmen: 1. im Herbst 1983 erschien die "was tun" anläßlich der Aktivitäten der Friedensbewegung als wöchentliche Kampagnen-Zeitung; 2. während der "35-Stunden-Kampagne" (1984) erschien die "was tun" ebenfalls wöchentlich, wobei die Gesamtauflage dieser 12 Wochenausgaben 150.000 Exemplare betrug (vgl. Verfassungsschutzbericht 1984, a.a.O.). Diese hohe Auflagenzahl erklärt sich durch einen gesenkten Verkaufspreis (0,50 DM) und zusätzliche Gratis-Verteilungen (vgl. wt Nr.371, 09.02.1984).

07.07.1983) - und Thomas Ebermann - ehemaliger GAL-Abgeordneter in Hamburg (vgl. wt Nr.413, 12.09.1985) - zu Wort.[59]

Eine interne Diskussion über eine Veränderung der Herausgeberschaft der "was tun" (vor der NK 1982), mit dem Ziel diese nicht mehr als "Parteizeitung der GIM" zu verstehen, wurde - auch aufgrund starker innerorganisatorischer Widerstände - nicht umgesetzt (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.17, 10.06.1982).

Wenngleich auch in der "was tun" häufig historische und theoretische Beiträge, zumeist als 4seitiges "was tun-extra", erschienen, gab die GIM als theoretische Zeitschrift "die internationale"[60] heraus. Die Zeitschrift "die internationale" "ist die Fortführung der seit 1948 erscheinenden theoretischen Zeitschrift gleichen Namens der *deutschen Sektion der IV. Internationale*. Mit ihr wurde auf der Vereinigungskonferenz der *Gruppe Internationale Marxisten* und der *Revolutionär Kommunistischen Jugend* im Januar 1973 die von der Westberliner GIM-Gruppe herausgegebene PERMANENTE REVOLUTION fusioniert" ("die internationale", Hrsg.: GIM[61], Hamburg, Nr.1[62], Juli 1973, S.2). Als deutschsprachiges Informationsorgan des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale erschien die Zeitschrift "Inprekorr" (Internationale Pressekorrespondenz). In ihr fanden sich vor allem Übersetzungen als wichtig empfundener Artikel aus Publikationen der Sektionen der IV. Internationale.[63] Des weiteren erschienen verschiedene Reihen (z.B. "Sozialistische Gewerkschaftspolitik", Rote Hefte, ISP-Theorie) sowie Einzelschriften zu bestimmten Themen. Diese wurden - ebenso wie die Buchpublikationen der GIM - vom Verlag "Internationale Sozialistische Publikationen" (ISP) herausgegeben.[64]

4. Das Verhältnis der GIM zu anderen Parteien

Im folgenden werden die Position und das Verhältnis der GIM zu den Parteien und Organisationen beschrieben, die sich auf die Arbeiterbewegung und die neuen sozialen Bewegungen beziehen. In diesem Sinne erübrigt sich eine spezielle Betrachtung der bürgerlichen Parteien (CDU, CSU, FDP) -, zumal die GIM diese Parteien grundsätzlich ablehnte. Dennoch erscheint eine kurze Darstellung der generellen Haltung der GIM in der Auseinandersetzung mit diesen Parteien sinnvoll.

---

[59] Ab Januar 1986 erhielten die "was tun"-Abonnentinnen und -Abonnenten zusätzlich die "Gemeinsame Beilage", die von mehreren sich als kommunistisch oder anarchistisch verstehenden Organisationen und Gruppen herausgegeben wurde. Nach Auffassung der GIM drückte die "Gemeinsame Beilage" "das Bedürfnis nach einem Diskussions- und Verständigungsprozeß revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten verschiedener Strömungen aus" (wt Nr.419, 12.12.1985).

[60] Von 1973 bis 1983 erschien "die internationale" im Buchformat mit durchschnittlich etwa 150 Seiten.

[61] Zeitweise arbeiteten auch die österreichische, schweizerische und luxemburgische Sektion an der "internationale" mit (insbesondere von 1973 bis 1978).

[62] Sowohl 1968 wie auch 1973 begann "die internationale" mit einer neuen Numerierung.

[63] Die Zeitschrift "Inprekorr" erscheint auch heute noch monatlich - "die internationale" erscheint nur noch als deren Innenseiten.

[64] Der ISP-Verlag existiert auch heute noch - sein Angebotsspektrum hat sich allerdings deutlich erweitert.

Beispielhaft hierfür ist eine kontroverse Debatte an der Hamburger Universität (1976), wo die Studierendenorganisationen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), des Kommunistischen Bundes (KB) und des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) - Studierendenorganisation der CDU - das Recht absprachen, auf studentischen Vollversammlungen zu sprechen. In einem Flugblatt vom 05.05.1976 betonten die Mitglieder der GIM-Hamburg, daß sie ".. aus prinzipiellen Gründen der Ansicht (sind), daß demokratische Rechte im Kapitalismus jeder Organisation zustehen müssen, die die Arbeiterbewegung nicht mit terroristischen Methoden zu zerschlagen sucht" (zit. in: Peter Cardorff, Über einige Probleme unserer Haltung zur Demokratie und zu den demokratischen Rechten, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.11, 1977, S.64). Da es sich bei dem RCDS um eine bürgerlich-demokratische und nicht um eine faschistische Organisation handele, sei ihnen das Rederecht ebenso zu gewähren wie bei einer Betriebsversammlung Arbeiterinnen und Arbeitern, die Mitglieder der CDU sind. Ein Redeverbot für bürgerliche Organisationen würde nur deren "Demagogie" bestätigen, wonach Kommunisten die demokratischen Rechte abschaffen würden, sobald sie die Möglichkeit dazu hätten. Die Aufgabe der Marxistinnen und Marxisten sei es die allgemeine Gewährleistung demokratischer Rechte zu erreichen, um sich "in offenen Diskussionen und langsamer Überzeugungsarbeit" durchzusetzen (vgl. ebd., S.62ff).[65]

4.1. SPD

Unabhängig davon ob die SPD Regierungs- oder Oppositionspartei war, hatte die Auseinandersetzung der GIM mit der SPD eine zentrale Bedeutung. Die Mehrheit der GIM vertrat bei den heftigen theoretischen Diskussionen über die Charakterisierung der SPD - vor allem 1974 und 1980 - "die Position, daß die SPD von dem Großteil der Arbeiterklasse als Klassenpartei begriffen werde und ihr der Charakter einer bürgerlichen Arbeiterpartei zukäme" (wt Nr.50, April 1974), während die Minderheit der GIM davon ausging, daß "die SPD .. als Volkspartei begriffen (werde), ihr Charakter .. der einer "bürgerlichen Partei" (sei), die lediglich eine Wahlunterstützung durch die Arbeiterklasse erhält" (ebd.).[66]

Aus der Mehrheitsposition leitete sich auch eine spezielle Bündnispolitik gegenüber der SPD ab, die sich sowohl klar von der als opportunistisch eingeordneten DKP-Haltung, als auch von der sektiererischen Haltung der K-Gruppen abgrenzte. Neben einer scharfen Kritik an der SPD-Politik versuchte die GIM Mitglieder und Gruppen der SPD für "Aktionseinheiten" zu gewinnen, um hierdurch eine Hinwendung zu sozialistischen Positionen zu erreichen und einen Ablösungsprozeß von der SPD vorzubereiten. Anschaulich werden die Differenzen zwischen GIM-Mehrheit und -Minderheit in der Einschätzung der SPD auch an der Beurteilung des Regierungswechsels 1982. Da die Minderheit die SPD als bürgerliche Partei betrachtete, bewertete sie den Wechsel zu einer CDU/CSU/FDP-Regierung nicht als eine "Wende" wie die

---

[65] Zu rechtsextremen und faschistischen Parteien siehe Punkt 7.5. (Antifaschismus und Antirassismus).

[66] Entsprechend dem Organisationsverständnis der GIM erschien unter dem Titel "Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1974" eine 234 Seiten umfassende Sondernummer der "internationale" (a.a.O.) in der die drei dieser NK zur Abstimmung vorgelegten politischen Resolutionen abgedruckt sind. In diesen Texten sowie in den Mitte der 70er Jahre erschienenen organisationsinternen Rundbriefen war die Charakterisierung der SPD eine zentrale Frage. Des weiteren beschäftigte sich die NK 1975 schwerpunktmäßig mit der Entwicklung der SPD (vgl. "die internationale", Frankfurt/M., Nr.8, 1975, S.136-195). Siehe hierzu auch Anna Armand, Kein Kredit für Helmut Schmidt, Frankfurt/M. 1974, und Winfried Wolf, Zehn Jahre Regierungspartei Sozialdemokratie - Krisenmanagement und Ideologie, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.11, 1977, S.87-124.

Mehrheit der GIM, sondern betonte die Kontinuitäten prokapitalistischer Politik und sprach lediglich von "Nuancen", die sich dabei verschoben hätten (vgl. wt Nr.341, 04.11.1982). Eine Politik des "Entrismus" - darunter wird die organisierte Arbeit *in* einer traditionellen Arbeiterpartei verstanden -, wie sie die deutsche Sektion der IV. Internationale bis Ende der 60er Jahre praktizierte, wurde allerdings von beiden Positionen abgelehnt, da sich die Arbeiterbasis der SPD aus dem Parteileben zurückgezogen habe.

Nach Einschätzung der GIM hatte sich die SPD "von der einst propagierten Reformpolitik" zu "einer immer offeneren pro-kapitalistischen" Politik und Ideologie entwickelt (vgl. wt Nr.65, 04.12.1974), die die Krisenpolitik der Unternehmer betriebe. Der notwendige Widerstand der arbeitenden Menschen, z.B. gegen Lohnabbau, werde hierbei durch die der SPD gegenüber loyale Gewerkschaftsbürokratie verhindert. Die GIM erklärte hierzu, daß "der Wert der SPD für die westdeutsche Bourgeoisie .. darin (besteht), die Arbeiterklasse an das westdeutsche kapitalistische System zu binden" (wt Nr.122, 02.09.1976). Neben der im Vordergrund stehenden Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit und Reallohnabbau wandte sich die GIM-Kritik an der SPD-Regierungspolitik auch gegen den Abbau demokratischer Rechte (z.B. Berufsverbote), das Ansteigen der Rüstungsausgaben und den §218. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre verschob sich die Kritik der GIM an der SPD und orientierte, unter dem Eindruck der wachsenden sozialen Bewegungen und einer sich zunehmend formierenden Opposition in der SPD, verstärkt gegen das "Atomprogramm", die Aufrüstung und die "soziale Demontage" (vgl. wt Nr.313, 01.07.1981). Über die Anti-AKW- und die Friedensbewegung strebte die GIM auch verstärkt gemeinsame Aktivitäten mit SPD-Mitgliedern und -Gliederungen an. Wiederholt wandte sich die GIM auch gegen die Ausschlüsse linker SPD-Mitglieder, wie z.B. in den Fällen Mechthild Jansen - wegen Mitarbeit im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (vgl. wt Nr.210, 18.05.1978) - und Karl-Heinz Hansen (siehe hierzu Pkt. 4.2. (Demokratische Sozialisten)). Dementsprechend betonte die GIM auch die Notwendigkeit eines stärkeren linken Flügels in der SPD.

Die ebenfalls oft mit ihren Positionen links vom SPD-Parteiapparat stehenden Jungsozialisten in der SPD (Jusos) erhielten - vor allem 1975-78[67] - eine gesonderte Beachtung seitens der GIM.

Das von den Jusos angestrebte Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung diene der SPD-Führung als "Feigenblatt", um Linke weiterhin an die SPD zu binden (vgl. wt Nr.67, 08.01.1975), wobei den Jusos zwar eine "Spielwiese" für theoretische Diskussionen zugestanden würde (vgl. Armand/Wolf, Jungsozialisten vor der Bundestagswahl, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.9, 1976, S.12), jedoch deren "(Praxis) eine im großen und ganzen SPD-fromme .." (wt Nr.99, 25.03.1976) bliebe. Die GIM betonte hierbei den Bruch zwischen den programmatischen sozialistischen Zielen und der tagespolitischen Anlehnung an die SPD und propagierte ihre Strategie der Übergangsforderungen, "die anknüpfen an den aktuellen Bedürfnissen der Massen, die ihnen durch ihre eigenen Kampferfahrungen vermittelt werden und die wegen ihres unmittelbar systemsprengenden Charakters nicht integrierbar sind" (wt Nr.67, 08.01.1975). Anstelle der Juso-Doppelstrategie (Reformpolitik in der SPD und Unterstützung außerparlamentarischer Aktivitäten außerhalb der Partei) sei der Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei notwendig, wobei "der Bruch bewußter Teile der

---

[67] Die geringere Auseinandersetzung mit den Jusos in den folgenden Jahren erklärt sich durch deren rückläufige Bedeutung. Die Entstehung der Grünen als organisierte Kraft links von der SPD kann hierfür als Hauptargument angeführt werden.

Arbeiterbewegung mit der SPD .. die *Voraussetzung* für die Schaffung einer Alternative (ist)" (wt Nr.99, 25.03.1976).

Örtliche Juso-AGs, die sich auch kritisch zu ihrem Vorstand äußerten, sollten durch die lokalen GIM-Gruppen "nach Möglichkeit beeinflußt und für den Trotzkismus gewonnen werden" (Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1975, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.8, 1975, S.151). Dementsprechend veröffentlichte die "was tun" auch ein Positionspapier einer aus den Jusos ausgetretenen Gruppe in Göttingen, die sich in zentralen Fragen der GIM angenähert hatte (vgl. wt Nr.118-120, 26.08.1976).

Die Kritik der GIM an den Jusos bezog sich überwiegend auf grundsätzliche Fragen. Wenngleich die Jusos an zahlreichen außerparlamentarischen Bewegungen beteiligt waren, an denen auch die GIM teilnahm, scheint es keine über diesen allgemeinen Rahmen hinausgehende Bündnisse zwischen den Jusos und der GIM gegeben zu haben. Der Versuch, an Beschlüssen der Jusos anzusetzen, die punktuell mit den Positionen der GIM übereinstimmten - z.B. die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der 80er Jahre -, beschränkte sich zumeist auf die propagandistische Ebene.

Als Beispiel für die Haltung der GIM zu den Auseinandersetzungen zwischen den Jusos und der SPD-Führung sei der Ausschluß des Juso-Vorsitzenden Klaus Uwe Benneter (1977) angeführt. Benneter war ein Vertreter der Stamokap-Position (Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus) in den Jusos, die auch von der GIM dem linken Juso-Flügel zugeordnet wurde (vgl. wt Nr.151, 24.03.1977). Der knappe Wahlerfolg Benneters gegen den vom SPD-Parteivorstand bevorzugten Kandidaten Ottmar Schreiner wurde als Ausdruck des Bemühens um eine von der SPD unabhängigeren Politik betrachtet. Die Amtsenthebung und der darauf folgende Ausschluß des Juso-Vorsitzenden erforderte nach Auffassung der GIM das Engagement der gesamten Linken, um "das Recht der Jusos, ihren Vorstand und ihre Politik selbst zu bestimmen" (wt Nr.157, 05.05.1977) zu verteidigen, wobei vor allem eine breite Mobilisierung der Jusos und anderer SPD-Mitglieder nötig gewesen wäre. Vor diesen Aufgaben habe der Juso-Vorstand kapituliert, und somit seien durch den "Fall Benneter" "einige Illusionen in die innerparteiliche Demokratie der SPD, in den sog. linken Flügel in der SPD-Spitze, in die "konsequent sozialistische" Politik mancher linker Jusospitzenfunktionäre und insbesondere die des Stamokap-Flügels zerstört" worden (wt Nr.162, 09.06.1977).

Zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten kam es in der GIM bei der Frage des Wahlaufrufs für die SPD - vor allem 1980. Die NK der GIM im Februar 1980 beschloß mit einer absoluten Mehrheit von 37 der 72 an der Abstimmung teilnehmenden Delegierten, nicht zur Wahl der SPD aufzurufen, und hielt damit an der Linie der GIM seit ihrer Gründung 1969 fest.[68] Als Hauptargument gegen einen SPD-Wahlaufruf wurde angeführt, daß ".. die SPD als Partei aufgrund des bürgerlichen Charakters ihrer Politik und ihrer Führung auf der anderen Seite der Barrikade (stehe)"[69] (wt Nr.285, 28.02.1980). Aufgrund der für die GIM zentralen Bedeutung

---

[68] Eine Ausnahme bildete der Wahlaufruf für die SPD (und die DKP) bei der Landtagswahl 1973 in Niedersachsen.

[69] Die Mehrheit gegen einen SPD-Wahlaufruf setzte sich aus 3 der 6 Tendenzen auf dieser NK zusammen. Das hier zitierte Argument wurde von der stärksten Tendenz - der "SPD-Nee"-Position - vertreten (diese erhielt 26 Stimmen und umfaßte "die ganz große Mehrheit der Industriearbeiter der GIM" (wt Nr.285, 28.02.1980)). Da aber auch eine Tendenz der Gegnerinnen und Gegner eines SPD-Wahlaufrufs von der Definition der SPD als einer "bürgerlichen Arbeiterpartei" ausging, und nur in diesem speziellen Fall gegen einen Wahlaufruf war, kann hierbei nicht von einer grundsätzlichen Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der GIM zur Frage der Charakterisierung der SPD gesprochen werden.

dieser Frage und des knappen Abstimmungsergebnisses setzte sich die Diskussion in der GIM und in der "was tun" fort. Auch der prominenteste Vertreter der IV. Internationale, Ernest Mandel, sprach sich öffentlich für die Wahl der SPD aus. Diese Position vertrat auch das Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale. Hinzu kam, daß das auf der NK im Februar 1980 gewählte ZK, in dem die Gegnerinnen und Gegner eines SPD-Wahlaufrufs die Mehrheit stellten, sich auf "kein mehrheitlich getragenes Konzept für eine politische Linie und für einen Aufbau der Organisation" (wt Nr.292, 17.07.1980) einigen konnte.

Auf einer außerordentlichen NK im Juni 1980 entschieden sich etwa zwei Drittel der Delegierten für einen SPD-Wahlaufruf. In einem wt-Extra zur Bundestagswahl wandte sich die GIM gegen die zehn gängigsten Argumente, die SPD zu wählen ("Partei des Friedens", "Partei der arbeitenden Menschen", "Partei der Freiheit und Toleranz" usw.), und stellte dabei ihre Kritik an der SPD dar. Unter der Überschrift "Ein elfter Punkt - Der alleine zählt" begründete die GIM ihren Wahlaufruf für die SPD: "Je mehr Stimmen die SPD am 5. Oktober gewinnt, je größer die Niederlage von Strauß wird, desto mehr wird das Selbstbewußtsein der westdeutschen Arbeiter wachsen. Desto mutiger werden sie im eigenständigen Kampf alle Angriffe auf ihren Lebensstandard und ihre sozialen Errungenschaften abwehren können - von welcher Seite sie auch kommen mögen!" (wt Nr.295, 11.09.1980). Hierbei handelte es sich folglich nicht um die These des "kleineren Übels", sondern ausschließlich um Überlegungen, die das Verhältnis zwischen der SPD und ihren Arbeiterwählern betreffen. Eine SPD-Alleinregierung - die GIM lehnte eine Koalition mit der "Unternehmerpartei" FDP ab - wäre somit vor allem eine Verbesserung der Kampfbedingungen und der Möglichkeiten "zur *Herausbildung einer sozialistischen Alternative zur Schmidt-SPD* und zur kapitalistischen Gesellschaft" (ebd.). Bei den Bundestagswahlen 1983 sprach sich die GIM "für eine SPD-Regierung" aus, die "parlamentarisch gestützt von den Grünen" sein sollte (vgl. wt Nr.348, 24.02.1983). Im Vordergrund der GIM-Aktivitäten stand allerdings die Orientierung "gegen Kohl und Kapital" (ebd.). Die Niederlage der SPD bei diesen Wahlen erklärte die GIM damit, daß auch Hans Jochen Vogel keine Alternative zur Schmidt-Politik darstellte. Dementsprechend habe die SPD aufgrund ihrer "Unternehmerpolitik" bisherige Stimmen von Arbeiterwählern eingebüßt und bedingt durch ihre Friedens- und Umweltpolitik Stimmen unter der Jugend verloren.

In den folgenden Jahren nahm die Auseinandersetzung mit der SPD weniger Raum in der Arbeit der GIM ein. Die Gründe hierfür sind allerdings nicht in einer Positionsveränderung gegenüber der SPD zu sehen, sondern vor allem in der gewachsenen Bedeutung der Grünen und dem Bestreben um die "Einheit der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten", wodurch die GIM ihre Arbeitsschwerpunkte im Bereich des Verhältnisses zu anderen Parteien verschob.

Trotz der zentralen Bedeutung der "Einheitsfrontorientierung gegenüber der SPD" (Resolution der NK der GIM, Juni 1980, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.16, 1981, S.69) - insbesondere der Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen mit der SPD-Basis - finden sich in den Publikationen der GIM nur wenig Anhaltspunkte für Erfolge bei ihren Bemühungen in diesem Bereich.

4.2. Demokratische Sozialisten

In den Jahren 1982 und 1983 spielte die Herausbildung der Demokratischen Sozialisten (DS) eine wichtige Rolle für die GIM in ihrem Bestreben, eine sozialistische Alternative aufzubauen. Die DS wurden von den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl-

Heinz Hansen initiiert[70], wobei die Differenzen mit der SPD vor allem in den Bereichen NATO-Aufrüstung sowie Sozial- und Umweltpolitik lagen. Die GIM unterstützte die Konstituierung der DS und beteiligte sich auch personell daran[71], wobei die GIM neben inhaltlichen Beiträgen zum Sozialismusverständnis sich vor allem für gemeinsame Aktivitäten gegen Aufrüstung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau einsetzte (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.14, 22.04.1982, S.35). Grundlage der GIM-Mitarbeit war die Orientierung der DS "auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse als ent-scheidende gesellschaftsverändernde Kraft" (wt Nr.329, 01.04.1982). Hierbei sei es ein Mangel der DS, daß sie nicht mehrheitlich aus ehemaligen SPD-Mitgliedern und aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern bestehe und nur geringe Ausstrahlung in diese Bereiche ausübe. Inhaltlich kritisierte die GIM die unkonkreten Sozialismusvorstellungen und die Aneinanderreihung von Forderungen der verschiedenen sozialen Bewegungen. Notwendig sei vielmehr die klare Abgrenzung von den sogenannten "sozialistischen Ländern" und die Entwicklung eines Aktionsprogramms "von Forderungen, die an den unmittelbaren Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten ansetzen, aber insgesamt hinführen zu einer antikapitalistischen, demokratisch-sozialistischen Gesamtalternative" (wt Nr.332, 13.05.1982).

Trotz dieser Kritik hieß es in der Resolution der GIM-Konferenz im Juni 1982: "Die DS stellen gegenüber den Grünen und den Alternativen einen Fortschritt dar, insofern sie sich in den Rahmen der Arbeiterbewegung stellen und eine Partei links von der SPD zu gründen versuchen" (wt Nr.336, 08.07.1982). Begrüßt wurde seitens der GIM auch der Versuch der DS anhand konkreter Bedingungen und Forderungen in eine Debatte mit den Grünen zu kommen, um die Möglichkeiten gemeinsamer Kandidaturen zu prüfen (vgl. wt Nr.341, 04.11.1982). Allerdings trat die GIM im Falle des Scheiterns solcher Debatten für sozialistische Kandidaturen ein (vgl. wt Nr.343, 02.12.1982), die "das Bemühen der breiten Arbeiterschaft unterstützen, den Bürgerblock aus der Regierung zu kippen" (GIM-Rundbrief, Nr.2/83, März 1983, S.7).

Bereits Anfang 1983 vertrat die Mehrheit des PB der GIM die Position, daß die DS eine zentristische[72] Organisation sei, bei der es keine positive Entwicklungsmöglichkeit mehr gäbe (vgl. ebd., S.8), wobei es zwei unterschiedliche Argumente gegen die bisherige GIM-Arbeit in den DS gab: a) die Haltung der DS zu den Bundestagswahlen ("links von der SPD zu wählen") sei falsch und ein Wahlaufruf für die SPD notwendig, b) die Arbeit in den DS bremse die Erfordernisse des eigenen Organisationsaufbaus (vgl. ebd., S.30f).

Im Januar 1984 zog die GIM eine abschließende, organisationsinterne Bilanz der DS, wobei sie das Scheitern der DS neben den bereits genannten Kritikpunkten an Programm und Praxis auch auf die veränderte Situation nach dem Regierungswechsel - SPD und Grüne in der Opposition - zurückführte. Das Scheitern der DS wurde auch als eine Niederlage für die GIM

---

[70] M. Coppik und K.-H. Hansen waren bereits mehrfach als SPD-Linke Anlaß für "was tun"-Artikel (vgl. wt Nr.188 und Nr.206), wobei die GIM sich insbesondere gegen den SPD-Ausschluß von K.-H. Hansen wandte (vgl. wt Nr.304, Nr.314 und Nr.323). Zahlreiche Beiträge aus der SPD, die sich gegen das Ausschlußverfahren und dessen Umsetzung am 20.07.1981 wenden, finden sich in: Ditmar Gatzmaga/Willi Piecyk (Hrsg.), Karl-Heinz Hansen - Dokumente eines Konfliktes, Bornheim-Merten 1981. M. Coppik trat selbst, aufgrund seiner Ablehnung der SPD-Regierungspolitik, aus der SPD aus (vgl. wt Nr.326).

[71] Die GIM arbeitete "mit beschränkten Kräften auch innerhalb der DS", wobei auch ein GIM-Mitglied in den DS-Vorstand gewählt wurde (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.2/83, März 1983, S.21).

[72] In der trotzkistischen Terminologie werden die Organisationen als "zentristisch" bezeichnet, deren Politik als zwischen Reform und Revolution schwankend betrachtet wird.

gewertet, da dies das bisher aussichtsreichste Projekt einer sozialistischen Alternative links von der SPD gewesen sei. Hierbei sei auch die "Intervention" der GIM in den DS zu gering und vor allem zu unkoordiniert gewesen, wobei "die Arbeit in den DS nicht als kollektives Projekt der Gesamtorganisation begriffen wurde" (GIM-Rundbrief, Nr.4/84, Januar 1984, S.29).

Obwohl die Auflösung der DS erst Ende der 80er Jahre erfolgte, spielte deren weitere Entwicklung für die GIM fast keine Rolle mehr.

4.3. Die Grünen

Ab 1978 beschäftigte sich die GIM mit der Bildung grüner und alternativer Listen, die sich im Januar 1980 als Bundespartei "Die Grünen" gründeten. Deren Ausgangspunkt sah die GIM sowohl in der Anti-AKW-Bewegung als auch in einem parteipolitschen Vakuum links von der SPD. Hierbei begrüßte die GIM, "daß in der parteipolitischen Landschaft in der BRD endlich etwas ins Rollen kommt" (wt Nr.198, 23.02.1978), formulierte aber auch eine deutliche Kritik. Das Hauptproblem sei, daß "die Arbeiterklasse als die große Mehrheit der Bevölkerung und als entscheidende soziale Kraft in der spätkapitalistischen Gesellschaft und ihre Massenorganisationen .. nicht der Orientierungspunkt für diese Listen (sind)" (wt Nr.225, 31.08.1978). Des weiteren argumentierte die GIM dafür, daß grüne Listen im Parlament "eine SPD-Regierung gegen die CDU stützen" sollen und somit auch "in den sozialdemokratischen Wählerstamm eindringen können und daher auch die SPD-Führung und -Regierung entsprechend unter Druck setzen" (ebd.). Die GIM kritisierte die undifferenzierte Ablehnung der "etablierten" Parteien, insbesondere auf der Grundlage ihrer Einschätzung der SPD als "bürgerliche Arbeiterpartei", die "trotz der reaktionären Politik ihrer Führung, eine andere Klasse repräsentiert als CDU und FDP" (wt Nr.309, 30.04.1981). Bezogen auf den Bundestag forderte die GIM eine Tolerierung einer SPD-Regierung, um eine bürgerliche Mehrheit (CDU, CSU, FDP) zu verhindern, wobei jeder "Aufrüstungsschritt, jede arbeiter- und umweltfeindliche Maßnahme einer solchen Re-gierung abzulehnen" sei (wt Nr.339, 30.09.1982).

Neben diesem, für die GIM zentralen Punkt wurde das Wirtschaftsprogramm der Grünen (1983) als "linksreformistisch" eingestuft, "pazifistische Illusionen" in der Friedensdebatte kritisiert und die mangelnde außerparlamentarische Aktivität problematisiert.

Die GIM beteiligte sich Ende der 70er Jahre mit eigenen Vorschlägen an den programmatischen Diskussionen der grünen Listen (vgl. wt Nr.220/221, 27.07.1978), orientierte allerdings dabei auf die Bildung "sozialistischer Bündnislisten"[73], für die sie den linken Flügel der grün-bunten Bewegung gewinnen wollte. Obwohl sie mit dieser Position wenig Erfolg hatte, rief das PB der GIM bei den Landtagswahlen in Hessen im Oktober 1978 zur Wahl der Grünen Liste Hessen (GLH) auf, da diese ".. in der Öffentlichkeit eindeutig als Protestformation links von der SPD begriffen (wird)" (wt Nr.227, 14.09.1978). Anläßlich des Gründungskongresses der Grünen wandte sich die GIM im Januar 1980 gegen die Beteiligung an der neuen Partei, da ".. sich die kleinbürgerliche Orientierung und die desorientierende Wirkung ihrer programmatischen Aussagen klar erwiesen (hat)" (wt Nr.282, 10.01.1980). Hierbei erklärte die

---

[73] Siehe hierzu: Winfried Wolf, Blaue Wunder mit grün-bunter Tarnkappe oder: Für eine sozialistische Alternative, in: "kritik" - Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Berlin, Nr.18, 1978, S.125-144.

GIM auch, "daß diese neue Formation der Grünen für uns nicht wählbar ist" (ebd.).[74] Trotz dieses pauschalen Urteils beteiligten sich z.B. in Hamburg und Berlin GIM-Mitglieder an der eher linksorientierten Grün-Alternativen Liste (GAL) bzw. an der Alternativen Liste (AL), um an den weiteren Debatten teilzunehmen (vgl. wt Nr.325, 28.01.1982, bzw. Nr.395, 06.12.1984). Während die GIM-Hamburg bereits im Mai 1982 ihren Austritt aus der GAL - gegen die Position des PB der GIM[75] - erklärt hatte (vgl. wt Nr.334, 10.06.1982), kandidierten im März 1985 bei den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin zwei GIM-Mitglieder für die AL Kreuzberg. Die AL erreichte hierbei in Kreuzberg 25,5%, und eine GIM-Aktivistin wurde Mitglied der AL-Fraktion im Bezirksparlament (vgl. wt Nr.401, 14.03.1985). Bei den Bundestagswahlen 1983 rief die GIM nicht zur Wahl der Grünen auf, da sie deren Haltung zur Arbeiterbewegung als "unklar" einschätzte (vgl. wt Nr.348, 24.02.1983), dennoch bewertete sie den Einzug der Grünen in den Bundestag als einen "Lichtblick" für die gesellschaftlichen Massenbewegungen (vgl. wt Nr.349, 10.03.1983).

Während die "was tun" in der Auseinandersetzung mit den Grünen fortan auch deren positiven Aspekte und die politischen Gemeinsamkeiten mit der GIM (z.B. bei der Forderung nach dem Austritt der BRD aus der NATO) stärker betonte, sprachen sich einzelne GIM-Mitglieder organisationsintern dafür aus, daß die Möglichkeiten einer "Mitarbeit von GIM'lern bei den Grünen" diskutiert werden (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.1/83, März 1983, S.25). Diese Position wurde von der (späteren) GIM-Minderheit im Zuge der Vereinigungsverhandlungen zwischen GIM und KPD - auch in der "was tun" - forciert und durch deren Eintritt bei den Grünen umgesetzt.[76]

Die Mehrheit der GIM lehnte diesen Schritt ab, erklärte aber einen Wahlaufruf für die Grünen als "prinzipiell möglich" (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.7/83, Okt. 1983, S.6), da diese sich "als konsequentere Oppositionspartei erwiesen" haben - "sei es im Widerstand gegen Raketenstationierung und Volkszählung, im Kampf gegen Waldsterben und Umweltskandale oder in der Aufdeckung der Flick-Affäre" (wt Nr.399, 14.12.1985).[77]

Zahlreiche Beiträge der GIM-Minderheit sprachen sich in der "was tun" für die "Organisierung eines einheitlichen ökosozialistischen Flügels" bei den Grünen aus (vgl. wt Nr.409/410, 10.07.1985).[78] Die GIM-Mehrheit setzte demgegenüber auf Aktionseinheiten sowie auf

---

[74] Diese Position bestätigte auch die NK der GIM im Februar 1980, bei der "alle 6 Positionen auf dieser NK .. sich unmißverständlich gegen diese Variante der Verirrung in ein kleinbürgerliches Wahlverhalten ausgesprochen (haben)" (wt Nr.285, 28.02.1980). Derartig krasse Einschätzungen lassen sich dadurch erklären, daß die Grünen auch für erhebliche Teile der sozialistischen Linken ein Anziehungspol waren und somit auch die Existenz der GIM in Frage stellten.

[75] Das PB der GIM sprach von "der linken Liste GAL", bei der es folgende positive Entwicklungen feststellte: 1. Abspaltung der "grün-bürgerlichen" Teile, 2. eine zunehmend antikapitalistische Stoßrichtung, 3. eine stärkere Beachtung sozialer Fragen und 4. eine Abwendung von der "ultralinken" Haltung gegenüber einer SPD-Regierung (vgl. wt Nr.334, 10.06.1982).

[76] Siehe hierzu Pkt. 10. (Der Weg zur Vereinigung von GIM und KPD).

[77] In "was tun"-Interviews kamen u.a. Marianne Hürten und Wolfgang Schmidt (Grüne/NRW) (wt Nr.403), Thomas Ebermann (GAL/Hamburg) (wt Nr.413) und Ulrich Briefs (Grüne/NRW) (wt Nr.418) zu Wort, worin sich ebenfalls eine Öffnung der GIM zeigte.

[78] Zur Position der ökosozialistischen Grünen siehe: Thomas Ebermann/Rainer Trampert, Die Zukunft der Grünen - Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Hamburg 1985 (3. Aufl.).

"programmatische und aktuelle Diskussion mit dieser Partei, insbesondere mit denjenigen Kräften, die eine uns nahestehende politische Position entwickelt haben" (GIM-Rundbrief, Nr.4/86, März 1986, S.7).

4.4. DKP

Die im September 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der im August 1956 in der BRD verbotenen KPD. Da die DKP die mitgliederstärkste[79] sich kommunistisch nennende Organisation war, sich positiv auf den "real existierenden Sozialismus" bezog und über vergleichsweise zahlreiche "Kontakte zur Arbeiterschaft in den Betrieben und in den Gewerkschaften" verfügte ("die internationale", Mannheim, Nr.3, 1970[80], S.13), beschäftigte sich die GIM auch mit ihrer Politik und Praxis. Des weiteren sind die Beiträge der GIM zur Kritik an den Ländern des "real existierenden Sozialismus" und zu den entsprechenden "Bruderparteien" als Teil der Auseinandersetzung mit der DKP zu verstehen.

Im Zusammenhang mit der DKP-Gründung wies die GIM darauf hin, daß es in der KPD infolge der Illegalität kaum Möglichkeiten zur Diskussionsentwicklung gab und diese "gegen Kritik oder Einflüsse von außen und unten abgeschirmt" war (ebd., S.15).

Während die GIM in ihrem Dokument von 1970 die Kritik an der DKP sehr traditionell führte ("Hinwendung zur bürgerlichen Demokratie", "kautskyanischen Vorstellungen über Demokratie und Staatsmacht", "auf einer Stufe mit den *Minimal-Programmen* der Sozialdemokratie in ihrer reformistischen Vergangenheit"), wurde die Kritik ab Mitte der 70er Jahre konkreter - wenngleich die Schärfe bestehen blieb.

Allgemein vertrat die GIM die Position, daß die DKP keine "glaubwürdige klassenpolitische Alternative links von der SPD" (wt Nr.76, 16.05.1975) darstellte. Die Politik der DKP fördere und erzeuge vielmehr parlamentarische und reformistische Illusionen und verschleiere den "bürgerlichen Klassencharakter des Staatsapparats" (ebd.). Da die DKP sich einerseits auf die Propagierung von "Reformen im Interesse der Arbeiterschaft" beschränkte und andererseits ihren Schwerpunkt auf den "Kampf gegen das Rechtskartell" legte (womit lt. "was tun" "Strauß und Springer, Altnazis und eine Handvoll böser Monopolisten" (ebd.) gemeint waren), konnte sie zu keiner Differenzierung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft beitragen. Die Forderungen der DKP, wie z.B. "Gegen Mietwucher und Bodenspekulation sind strenge gesetzliche Maßnahmen zu treffen" oder "Für sofortigen Preisstopp", würden vielmehr Illusionen in parlamentarische linke Mehrheiten fördern und damit eher zur Bindung an die SPD beitragen.

Dennoch rief die GIM Mitte der 70er Jahre auch zur Wahl der DKP auf, weil sie sich "auf die Arbeiter als einer von der Bourgeoisie selbständigen Klasse" (wt Nr.85, 18.09.1975) berufe, richtige Teilforderungen vertrete und gegen die Politik von CDU, FDP und Schmidt-Regierung stünde. Die in der Regel positiven Wahlbilanzen der DKP, auch bei rückläufigen Ergebnissen - mit dem Verweis auf Einzelerfolge in Gemeinden und Städten - bezeichnete die GIM als

---

[79] Im Februar 1969 hatte die DKP 22.000 Mitglieder (vgl. Siegfried Heimann, Deutsche Kommunistische Partei, in: Stöss (Hrsg.), a.a.O., S.907), 1982 waren es ca. 40.000 Mitglieder (vgl. Gerd Langguth, Protestbewegung, Köln 1984 (2. unv. Aufl.), S.154). Hinzu kommen noch die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) sowie der MSB Spartakus als Studierendenorganisation und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) als Jugendverband.

[80] Diese Ausgabe der "internationale" trägt den Titel "Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1970". Der an dieser Stelle verwendete Text lautet: "Die DKP - eine reformistische Partei eigener Art" (S.13-32).

"stalinistische Selbstbeweihräucherungspropaganda, die niemanden [sic!] nützt" (wt Nr.93, 06.01.1976).

Als politische Grundlagen der DKP benannte die GIM 1. die Anlehnung an die sowjetische Bürokratie und die SED-Bürokratie, 2. die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und 3. die antimonopolistische Demokratie. Die Anpassung an die Vorstellungen der Sowjetunion im Rahmen der Politik der "friedlichen Koexistenz" bedeutete für die GIM "eine Orientierung, die die Möglichkeit einer proletarischen Revolution und eines revolutionären Kampfes um die Macht in den imperialistischen Ländern ausschließt und einen Entwicklungsprozeß hin zum offenen Reformismus einschließt" (wt Nr.121, 26.08.1976). Dies bedeute auch "die Unterwerfung unter das konservative Bedürfnis der Bürokratie, in den Arbeiterstaaten ihre Macht *gegen* die Arbeiterklasse ihres eigenen Landes zu sichern" ("die internationale", Mannheim, Nr.3, 1970, S.31). Anstelle der DKP-Orientierung auf Verträge zwischen dem "sozialistischen und imperialistischen Lager" zur Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen setzte die GIM die Perspektive der internationalen, unabhängigen Aktionen der Arbeiterklasse, die "letzten Endes" die sozialistische Revolution zum Ziel haben (vgl. ebd., S.30). Diese allgemeine Position schließt Beziehungen und Verhandlungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsystemen nicht aus, sondern verweist darauf, daß diese keine grundsätzlichen Lösungen bieten.[81]

Auch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) und die davon abgeleitete Perspektive der antimonopolistischen Demokratie lehnte die GIM ab. Die DKP verstand unter Stamokap ein höheres Stadium des Imperialismus, in dem der bürgerliche Staat mit dem Monopolkapital verschmolzen sei. Daraus ergäben sich Widersprüche in der herrschenden Klasse zwischen den nichtmonopolistischen Teilen des Kapitals und dem Monopolkapital. Dies führe zu neuen Bündnismöglichkeiten, da z.B. kleinere und mittlere Unternehmer zu "Ausbeutungsobjekten des Monopolkapitals" würden. Dementsprechend müßte die Herrschaft der Monopole im Sinne einer antimonopolistischen Demokratie "zurückgedrängt" werden (vgl. Otto Brunner, Mitbestimmung - eine Kampfaufgabe? - Zur Position von DKP/SEW, in: "die internationale", Hamburg, Nr.4, 1974, S.111).

Die GIM bestritt hingegen, daß der Staat, wie die Theoretiker des Stamokap behaupteten, allein Instrument der herrschenden Kapitalfraktion sei, sondern vielmehr Ausdruck der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die DKP-Politik würde "die kapitalistischen Wettbewerbsbedingungen .. verbessern" und "die Arbeiterklasse zum Vehikel bestimmer Fraktionsinteressen der Bourgeoisie" erklären (ebd., S.112). Bei der antimonopolistischen Strategie handele es sich um eine Fortsetzung der Volksfrontpolitik[82], die nach Einschätzung der GIM u.a. in Spanien, Frankreich und Chile ".. zu blutigen Niederlagen der Arbeiterbewegung geführt (hat)" (ebd., S.116). Demgegenüber trat die GIM für die Einheitsfrontpolitk der Arbeiterklasse ein, wobei Forderungen notwendig seien, die "anknüpfend am derzeitigen

---

[81] Siehe hierzu: Ernest Mandel, Friedliche Koexistenz und Weltrevolution, Frankfurt/M. 1975 (3.Auflage).

[82] Die Volksfrontpolitik wurde nach 1935 (VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale) von den kommunistischen Parteien im Kampf gegen den Faschismus entwickelt. Aufgabe dieser Politik sei es, "ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, dem städtischen Kleinbürgertum, den Intellektuellen sowie allen anderen sozialen Gruppen zu schaffen, die sich für bürgerlich-demokratische Freiheiten einsetzten" (Kleines politisches Wörterbuch, Berlin/DDR, 1983 (4.Aufl.), S.1023).

Bewußtseinsstand den Rahmen des bürgerlichen Systems durchbrechen" (wt Nr.121, 26.08.1976).

Im Bereich Gewerkschaftspolitik wurde der DKP Anpassung und Anbiederung an die Gewerkschaftsbürokratie vorgeworfen, da es keine grundlegende Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführungen gäbe und die DKP sich häufig nur in Nuancen von den Positionen der DGB-Führung unterschiede (vgl. wt Nr.99, 25.03.1976, und wt Nr.123, 09.09.1976). Beispielsweise beinhalte die DKP-Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung "in ihrer *Grundtendenz* die *Klassenzusammenarbeit*" ("die internationale", Mannheim, Nr.3, 1970, S.27). Auf der anderen Seite unterstütze die DKP auch die Maßnahmen der Gewerkschaftsführung gegen linksextreme Organisationen (Unvereinbarkeits-beschlüsse). Demgegenüber heißt es in der wt (Nr.123): "Die Aufgabe der Kommunisten ... ist die, den Druck der Arbeitermassen gegen den Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiterorganisation zu stellen. Und dieser Kampf kann sich nur gegen den Träger der fremden Klasseneinflüsse, die Gewerkschaftsbürokratie, richten."[83]

Weitere Kritikpunkte an der DKP waren:

a) die innerorganisatorische Demokratie, die nicht gegeben sei, "weil eine stumme, kritiklose oder nur am Stammtisch aufmüpfige Basis die Grundlage für die DKP-Führung ist" (wt Nr.231, 12.10.1978). Als Beispiele wurde das Verhindern von Debatten über die Biermann-Ausweisung und die Bahro-Verhaftung angeführt, wobei die DKP Leserbriefe an die UZ ("Unsere Zeit", Zeitung der DKP) nicht abdruckte und sogar kritische Mitglieder ausschloß (vgl. ebd.).

b) Die Haltung der DKP zur Unterdrückung der Frauen, so z.B. die Position, "daß Ehe und Familie ... eine starke Kraft für den Klassenkampf sein können" (Ruth Kellner - für die UZ-Redaktion, UZ, 23.06.1978, zit. in: wt Nr.231). Demgegenüber argumentierte die GIM: "Das Familiensystem stellt die Institution der Klassengesellschaft dar, die den spezifischen Charakter der Unterdrückung der Frauen bestimmt und aufrechterhält. Nicht zuletzt dient es auch dazu, diese Unterdrückung ideologisch zu rechtfertigen" (ebd.).

c) Deren Verteidigung sogenannter sicherer sozialistischer Kernkraft, auch nach dem GAU von Tschernobyl, bei gleichzeitiger Ablehnung der Atomkraftwerke im Kapitalismus. Die GIM forderte hierbei die "Stillegung aller Atomanlagen!" (vgl. wt Nr.429, 15.05.1986).

Trotz der zahlreichen, weitgehenden Differenzen trat die GIM für Aktionseinheiten mit der DKP ein und kritisierte deren Führungsanspruch in Bündnissen sowie deren Ausgrenzung "revolutionärer Kräfte", da dies eine Schwächung der nicht-sozialdemokratischen Linken bedeute. In diesem Zusammenhang verurteilte die GIM auch mehrfach "Handgreif-lichkeiten" gegen Gruppen der extremen Linken. So verwehrten z.B. im April 1974 in Aachen DKP-Ordner GIM-Mitgliedern und anderen den Zugang zu einer öffentlichen DKP-Veranstaltung mit der Begründung, daß "die DKP .. kein Interesse daran (habe), mit "Extremisten" zu diskutieren" (wt Nr.74, 16.04.1975); im September 1976 griffen in Oldenburg DKP-Ordner Mitglieder des

---

[83] In der theoretischen Zeitschrift der GIM wird die Perspektive wie folgt beschrieben: "Für Kommunisten kann es nur darum gehen, eine gewerkschaftliche Strategie zu entwickeln, die darauf orientiert, jede Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zu verweigern, jede Übernahme von Verantwortung für die kapitalistische Marktwirtschaft abzulehnen, die die Unabhängigkeit der Klassenorganisation der Arbeiter verteidigt, die den Bruch der lohnabhängigen Massen mit reformistischen Illusionen ermöglicht und vorantreibt und diese auf die sich zuspitzenden Klassenauseinandersetzungen mit dem Kapital adäquat vorbereitet." (Brunner, 1974, S.99.)

Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) an, die anläßlich einer DKP-Wahlkampfveranstaltung vor der Weser-Ems-Halle gegen die Politik der DKP protestierten - das Ergebnis waren mehrere verletzte KBW-Mitglieder (vgl. wt Nr.126, 30.09.1976). Als weiteres Beispiel sei der Ausschluß von GIM-Mitgliedern aus den Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote in Freiburg und Esslingen im September 1977 angeführt - die Initiative dafür kam von der DKP (vgl. wt Nr.178, 06.10.1977). Zur Erklärung dieses Vorgehens zitiert die "was tun" die These 41 des Düsseldorfer Parteitags der DKP: "... Die DKP bekämpft entschieden den Antikommunismus und Antisowjetismus der ultralinken Splittergruppen. Eine Zusammenarbeit mit den Führungsgruppen solcher Gruppen (...) kann es nicht geben." (Ebd.) Demgegenüber vertrat die GIM die Notwendigkeit von Aktionseinheiten und solidarischer Zusammenarbeit sowie das Recht aller Beteiligten auf die Darstellung der eigenen Positionen. Diese grundsätzliche Haltung vertrat die GIM auch, als im April 1982 Teile der Friedensbewegung (allen voran Rudolf Bahro) den Ausschluß der DKP forderten, da diese ".. die Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung (ist)" (Rudolf Bahro, in: "Der Spiegel", 12.04.1982, zit. in: wt Nr.330, 15.04.1982). Trotz der Differenzen zwischen der GIM und der DKP in der Friedensbewegung[84] trat die GIM gegen diesen Ausgrenzungsversuch auf und benannte als Kriterium der Mitarbeit den sogenannten Minimalkonsens "Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westdeutschland und in Westeuropa" (wt Nr.330).

4.5. K-Gruppen

Als K-Gruppen wurden die dogmatischen, maoistischen Organisationen bezeichnet, die sich nach 1968 bildeten und Mitte der 70er Jahre die dominierende Strömung innerhalb der revolutionären Linken waren.[85] Daher erklärt sich die intensive Kritik der GIM an diesen Organisationen.[86] Folgende Kritikpunkte standen für die GIM im Vordergrund:

1. Die Position der "Vaterlandsverteidigung", die vor allem von der KPD [Maoisten][87] und der KPD/ML vertreten wurde, betonte, entsprechend der Außenpolititk der VR China, die "Notwendigkeit eines Bündnisses mit möglichst großen Teilen der westdeutschen Bourgeoisie

---

[84] Zur Position der GIM siehe Pkt. 7.1. (Friedensbewegung).

[85] Die größte maoistische Organisation war der KBW mit bis zu 2500 Mitgliedern in den Jahren 1976 und 1977 (vgl. Verfassungsschutzberichte 1976 und 1977, a.a.O.). Der KBW war auch die einzige K-Gruppe die einen Parlamentssitz erreichte - 1975 errang der KBW bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg mit "über 2000 Stimmen" einen Sitz im Heidelberger Stadtrat. Nach anderthalbjähriger Mitgliedschaft im Stadtrat wurde die KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum mit den Stimmen von SPD, FDP und CDU aus dem Gemeindeparlament ausgeschlossen. Die GIM erklärte hierzu, "daß die demokratischen Rechte nur für diejenigen gelten sollen, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung verteidigen" (wt Nr.126, 30.09.1976). Als Ausdruck ihres Protestes rief die GIM dazu auf, bei den Bundestagswahlen (1976) mit der Erststimme in Heidelberg Helga Rosenbaum zu wählen.

[86] Der Kommunistische Bund (KB) wurde seitens der GIM nicht eindeutig den K-Gruppen zugeordnet. Da der KB allerdings kaum Erwähnung in den Publikationen der GIM fand - eine Ausnahme bildet die 1976 erschienene Broschüre der GIM-Hamburg (72 Seiten) "Wohin treibt der Kommunistische Bund? Eine Auseinandersetzung mit seiner Theorie und Praxis" -, erübrigt sich eine gesonderte Betrachtung.

[87] Die Bezeichnung KPD [Maoisten] wurde aus dem Beitrag "Die Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten]" von Jürgen Bacia im Parteienhandbuch (a.a.O., S.1810-1830) übernommen und dient der Unterscheidung von der Weimarer KPD und von der KPD/ML. Die KPD [Maoisten] gründete sich 1970 als KPD/Aufbauorganisation und nannte sich von 1971 bis zu ihrer Auflösung 1980 KPD. Die KPD/ML übernahm 1980 die Bezeichung KPD.

im Kampf mit der von ihnen als "sozialimperialistisch" bezeichneten Sowjetunion" (Cardorff/Sommer, Die neuen Vaterlandsverteidiger der KPD (RF)[88] und KPD/ML, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.7, 1975, S.107). Daraus folgerte "in der Konsequenz" eine Position "für die *Stärkung* von Bundeswehr und NATO gegen den "Hauptkriegs-treiber" Sowjetunion" (wt Nr.77, 30.05.1975). Die GIM bezeichnete diese Position als eine "*offen konterrevolutionäre*" (ebd.), wandte sich gegen die Einordnung der UdSSR als imperialistisch[89] und betonte die Notwendigkeit des antimilitaristischen Kampfes gegen die Bundeswehr und die NATO.

2. Die KPD [Maoisten] betrachtete sich "schon heute als *die* Kommunistische Partei und zugleich fortgeschrittenster Teil der Arbeiterklasse"[90] (Wolf/Beiersdorfer, Kritik des westdeutschen Maoismus, Frankfurt/M. 1975, S.39), wodurch sich auch deren Sektierertum erklärte. Demgegenüber verstand sich die GIM als "*Teil* der breiten revolutionären Linken" (ebd.) und trat für gemeinsame Aktionen ein um "einen glaubwürdigen revolutionär-marxistischen Pol *aufzubauen*" (ebd.).

3. Die Kampagne des KBW gegen den §218[91], deren Höhepunkt eine Demonstration auf KBW-Linie ("Das Volk soll selbst entscheiden - Volksentscheid!") mit 25.000 Teilnehmenden am 21.09.1975 in Bonn war, führte zu heftiger Kritik seitens der GIM: "Die Entscheidung über ganz spezifische Interessen der Frau dem "Volk" zu überlassen, stempelt, ebenso wie die patriarchalische Ideologie, die Frau zur Unmündigkeit und muß von jeder Frau, die gegen ihre Unterdrückung kämpft, als Faustschlag ins Gesicht empfunden werden." (wt Nr.75, 30.04.1975.) Die Position des KBW, daß der §218 sich nicht speziell gegen Frauen, sondern gegen das ganze Volk richte, verneine die besondere Unterdrückung der Frauen. Als eine "stockreaktionäre" und "frauenfeindliche Einstellung" bezeichnete die GIM die KBW-Position, wonach es "allein die elenden sozialen Umstände im Kapitalismus" seien, die die Forderung nach dem Recht auf Abtreibung begründen und dementsprechend dieses Recht im Sozialismus überflüssig wäre (vgl. wt Nr.72, 19.03.1975). Demgegenüber forderte die GIM, daß "die Frau ihre Fortpflanzungsfunktionen frei und ungehindert selbst kontrollieren kann", und sah darin "eine Grundvoraussetzung für die Befreiung der Frau" (ebd.). "Die Bildung von reinen Frauengruppen" begrüßte die GIM als "eine fortschrittliche Sache", wobei die Unterstützung durch revolutionäre Organisationen selbstverständlich sei (ebd.).

Des weiteren kritisierte die GIM deren "generelle Ersetzung der dialektischen Methode durch einen *Schematismus* zum Teil stalinistischer, zum Teil maoistischer Herkunft" (Wolf, Die Bilanz der ML oder: Wird jetzt das Kind mit dem Bade ausgeschüttet?, in: "kritik" - Zeitschrift für

---

[88] Die GIM ergänzte in Klammern die Anfangsbuchstaben des Zentralorgans "Rote Fahne", um Mißverständnisse zu vermeiden. Gemeint ist die KPD [Maoisten].

[89] Siehe hierzu: Boris Reinstein, Der "Sozialimperialismus" als höchstes Stadium des Schematismus, in: "die internationale", Hamburg, Nr.3, 1974, S.44-75, sowie Jürgen Arz/Otmar Sauer, Zur Entwicklung der sowjetischen Übergangsgesellschaft 1917-29, Frankfurt/M. 1976. Beide Texte richten sich vor allem gegen die Positionen des KBW.

[90] Ähnliche Positionen vertraten auch die KPD/ML und der KBW. Siehe hierzu: Programm der KPD/ML, Dortmund 1979 (2. veränderte Auflage), sowie Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Frankfurt/M. 1978 (8. Auflage).

[91] Siehe hierzu: Zentrales Komitee des KBW, Die bürgerliche Reaktion zementiert den §218. Die Arbeiterklasse muß ihn zu Fall bringen!, Mannheim 1975 (2. Auflage).

sozialistische Diskussion, Berlin, Nr.25, 1980, S.162), deren Politik der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition)[92], deren Einschätzung der SPD als eine "Agentur der Monopolbourgeoisie", deren These der Faschisierung von Staat und Gesellschaft, deren Versuch, soziale Bewegungen für den eigenen Parteiaufbau zu instrumentalisieren, und nicht zuletzt die stalinistisch-autoritäre Organisationsform, die sich vor allem durch "Kadavergehorsam" auszeichnete (vgl. Dräger/Hülsberg, Aus für Grün? - Die grüne Orientierungskrise zwischen Anpassung und Systemopposition, Frankfurt/M. 1986, S.56).

Als Reaktion auf die kontinuierliche Kritik seitens der GIM versuchten die maoistischen Organisationen (insbesondere die KPD [Maoisten] und die KPD/ML) eine Veranstaltungsreihe gegen deren Politik "gewaltsam zu sprengen". Hierbei wurden z.B. am 06.11.1975 in Berlin Eisenstangen und Pflastersteine eingesetzt, wodurch "mehrere Genossinnen und Genossen der GIM .. zum Teil schwer verletzt (wurden)" (wt Nr.89, 13.10.1975). Die GIM betonte hierbei erneut das Recht auf Freiheit der Diskussion und bewertete diese Vorfälle als "Ausdruck für den politischen Bankrott der gesamten maoistischen Bewegung" ("die internationale", Frankfurt/M., Nr.8, 1975, S.8).

Dennoch wandte sich die GIM entschieden gegen die Forderungen nach einem Verbot der K-Gruppen, insbesondere als der Bundesvorstand der CDU beschloß, über den Bundesrat einen Verbotsantrag gegen den KBW, die KPD [Maoisten] und die KPD/ML einzureichen. Die GIM betrachtete dies als einen Angriff auf die gesamte Linke und sprach sich "Für uneingeschränkte Organisations- und Meinungsfreiheit" aus (vgl. Flugblatt der GIM-Düsseldorf, November 1977 - dokumentiert im Anhang).[93]

Trotz weitreichender Differenzen rief die GIM 1974 bei den Wahlen in Hessen und Bayern zur Wahl des KBW und der KPD [Maoisten] auf, da die Stimmen für diese Organisationen "das gestiegene Gewicht der revolutionären Linken zum Ausdruck bringen" (wt Nr.61, 09.10.1974) und "die revolutionäre Lösung der kapitalistischen Krise gegenüber der reformistischen Sackgasse repräsentieren" (wt Nr.62, 23.10.1974). Anläßlich der Wahlen in Bremen 1975 erklärte die GIM, daß "jede Stimme für DKP, KBW oder Spartacusbund .. eine Stimme gegen die Bourgeoisie (ist)" (wt Nr.85, 18.09.1975). Die KPD [Maoisten] war aufgrund "ihres reaktionären Rechtskurses" ("Vaterlandsverteidigung") indiskutabel geworden (vgl. wt Nr.86, 02.10.1975). Eine deutliche Veränderung der bisherigen GIM-Position erfolgte 1979, als die GIM die KBW-Kandidatur in Schleswig-Holstein als eine "Diskreditierung des revolutionären Gedankens" (wt Nr.261/262, 10.05.1979) bezeichnete.

In einer Bilanz der K-Gruppen wies die GIM darauf hin, daß das "Scheitern dieser 'Parteien' .. überhaupt nichts mit einem Scheitern des Marxismus zu tun (hat) " (Wolf, 1980, a.a.O., S.161) und sprach sich für "*Vereinheitlichungsbestrebungen*" (ebd., S.166) der sozialistischen Linken aus.

In den 80er Jahren spielten die K-Gruppen für die GIM kaum noch eine Rolle. Eine Ausnahme bildete hierbei die KPD (ehemals: KPD/ML), die sich nach einem Prozeß der

---

[92] Siehe hierzu Pkt. 6 (Die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der GIM).

[93] Siehe hierzu auch die Erklärung des PB der GIM in der wt Nr.178 vom 06.10.1977.

programmatischen und praktischen Neubestimmung (vgl. wt Nr.404, 25.04.1985) im Oktober 1986 mit der GIM vereinigte.[94]

Abschließend sei erwähnt, daß die KPD [Maoisten] sich im März 1980[95] und der KBW im Februar 1985 auflöste.[96]

4.6. Andere trotzkistische Organisationen

Die GIM beschäftigte sich nur in geringem Maße mit den zahlreichen anderen sich auf den Trotzkismus berufenden Gruppen.[97] Eine Ausnahme bildeten hierbei die Internationalen Kommunisten Deutschland (IKD), die Pfingsten 1969, nach der Spaltung der deutschen Sektion in zwei etwa gleich starke Gruppen, neben der GIM entstanden (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1606). Deren Vorläufer in der deutschen Sektion war die "Bolschewistische Fraktion", die vor allem den Bruch mit dem Entrismus, eine offene revolutionäre Propaganda und den Aufbau einer Jugendorganisation forderte und dabei der IV. Internationale insgesamt ein Abweichen von der "proletarischen Klassenlinie" vorwarf (ebd.). Hierzu erschien unter dem Titel "Wider den "National-Trotzkismus""[98] die einzige ausführ-liche Auseinandersetzung (113 Seiten) der GIM mit einer anderen trotzkistischen Organisation. Die GIM bezeichnete darin die Spaltung als "prinzipienlos, weil sie auf rein organisatorischen und taktischen Differenzen beruhte" (a.a.O., S.1), zumal auch die Politik der GIM, "wenn auch nicht in der verbohrt einseitigen Weise" (ebd., S.108), sich in die angestrebte Richtung entwickelte. Da die IKD eine Abspaltung von der IV. Internationle auf nationaler Ebene war und die Spaltung "*erst hinterher*" (ebd., S.109) politisch begründete, sprach die GIM von "National-Trotzkismus" und stellte noch einmal die grundsätzlichen Positionen der IV. Internationale dar.

Vor allem Mitte der 70er Jahre setzte sich die GIM auch mit dem, aus Abspaltungen der IKD bzw. der Kommunistischen Jugendorganisation (KJO) Spartacus entstandenen, Spartacusbund (Spabu) - Zeitung: "spartacus"; theoretisches Organ: "Ergebnisse & Perspektiven" - auseinander, der mit etwa 300-400 Mitgliedern (1974) in dieser Zeit die zweitstärkste trotzkistische Organisation in der BRD war. Wenngleich der Spabu die IV. Internationale als "zentristisch" einstufte, war die GIM zu einer "privilegierten" gemeinsamen Praxis und auch zu programmatischen Debatten bereit (vgl. wt Nr.60, 25.09.1974). Anläßlich der Spabu-Kandidatur

---

[94] Siehe hierzu Pkt. 10 (Der Weg zur Vereinigung von GIM und KPD).

[95] Nach der Auflösung der KPD [Maoisten] erschien eine kritische Bilanz ehemaliger Führungsmitglieder dieser Partei: Schlögel/Jasper/Ziesemer, Partei kaputt - Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin 1981. Unter dem Titel "Wir warn die stärkste der Partein ... - Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen" hatte der Rotbuch Verlag Berlin bereits 1977 ehemalige Mitglieder dieser Organisationen zu Wort kommen lassen (siehe hierzu auch wt Nr.191, 05.01.1978).

[96] Die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) hervorgegangene Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) fand in der "was tun" nur wenig Beachtung.

[97] Zur allgemeinen Entwicklung und Politik der anderen trotzkistischen Organisationen in der BRD siehe: Brandt/Steinke, a.a.O., S.1627-1638; Langguth, a.a.O., S.132-133 und S.141-151; sowie die Gegenüberstellung der verschiedenen internationalen trotzkistischen Tendenzen bei Bartsch, 1977. Die Position der IV. Internationale zu den verschiedenen Spaltungen und Neugruppierungen auf internationaler Ebene findet sich in: Frank, o.J. Auch einige kleinere trotzkistische Organisationen verbreiteten bzw. verbreiten noch heute ihre Betrachtung zur Geschichte der IV. Internationale.

[98] Erschienen als: "die internationale", Hamburg, Nr.3-4, 1971.

zur Bremer Bürgerschaft 1975 bescheinigte die GIM dem Spabu, daß dessen Programm "der Krise des Kapitalismus und den Fragen der Arbeiterklasse revolutionäre Antworten geben kann", dennoch sei die Kandidatur aufgrund "seiner qualitativen und quantitativen Stärke ... lächerlich" (wt Nr.85, 18.09.1975). Zur Auseinandersetzung mit dem Spabu veröffentlichte die "was tun" auch Erklärungen von ehemaligen Spabu-Mitgliedern, die sich der GIM anschlossen (vgl. wt Nr.136, 09.12.1976, und wt Nr.236, 16.11.1978). Insbesondere die Forderung des Spartacusbundes bei den Bundestagswahlen 1980, ungültig zu stimmen, führte bei der GIM zu der Einschätzung, daß der Spabu sich zu einer "ultralinken Sekte" entwickelt habe (vgl. wt Nr.298, 23.10.1980).[99]

Ab 1978 strebte die GIM eine Vereinigung mit der ebenfalls trotzkistisch orientierten Kommunistischen Liga (KL) - Zeitung: "Revolution" - an, bei der es sich um eine Abspaltung des Spartacusbundes handelte. Grundlage sei hierfür, "daß eine Annäherung beider Organisationen in wichtigen Fragen des Klassenkampfes und den Aufgaben der revolutionären Marxisten in der Bundesrepublik existiert" (wt Nr.207, 27.04.1978). Differenzen tauchten vor allem in der Orientierung bei Wahlen auf, wo die GIM z.B. in Hessen 1978 einen kritischen Wahlaufruf für die Grüne Liste Hessen (GLH) verbreitete, während die KL die Position "Wählt links von der SPD, Stimmabgabe für DKP und KBW" vertrat (vgl. wt Nr.229, 28.09.1978). Hierbei dokumentierte die "was tun" auch kontroverse Beiträge der KL. Die Gründe des Scheiterns dieser Vereinigungsbestrebungen wurden in der "was tun" nicht ausgeführt; es ist allerdings davon auszugehen, daß die KL sich stärker als die GIM für einen breiteren sozialistischen Zusammenhang öffnete. Dafür spricht auch, daß die KL sich faktisch in die DS auflöste.

Die anderen trotzkistischen Organisationen fanden fast keine Beachtung seitens der GIM, während einige dieser Gruppen (z.B. die TLD, der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) und die Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA)) einen ihrer Schwerpunkte in der "Entlarvung" der GIM sahen. Die GIM zeigte kein Interesse auf "sterile Anfeindungen" von Organisationen zu reagieren, bei denen es sich fast ausschließlich um "Propagandagruppen" ohne Bedeutung für die politische Praxis handele. Lediglich in relevanten Fällen würden diese Gruppen Erwähnung finden (vgl. wt Nr.94, 20.01.1976). Dementsprechend unterstützte die GIM das Versammlungsrecht des BSA gegen gewaltsame Übergriffe der KPD [Maoisten] (vgl. wt Nr.84, 04.09.1975) und beteiligte sich an einer TLD-Veranstaltung um "im Fall eines Angriffs das Recht der TLD auf Durchführung ihrer Veranstaltung zu verteidigen" (wt Nr.284, 07.02.1980). Die GIM begründete dies damit, daß "jede andere politische Haltung - etwa nur "befreundete" Organisationen zu schützen - .. zum Vorteil des bürgerlichen Staats (endet)" (ebd.).[100]

---

[99] Der Spartacusbund löste sich Anfang der 80er Jahre auf.

[100] Weitere trotzkistische Gruppen, wie z.B. die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), oder die "Voran"-Gruppe fanden keinerlei Erwähnung in der "was tun".

5. Die Position der GIM zur RAF (Rote-Armee-Fraktion)

Bei der RAF handelt es sich um eine zahlenmäßig sehr kleine Gruppe, die sich Anfang der 70er Jahre - nach dem Zerfall der APO - bildete und die den bewaffneten Kampf propagierte und praktizierte.[101]

Von der GIM wurden die "terroristischen Einzelaktionen" der RAF entschieden abgelehnt. Hierbei handelte es sich nicht um eine allgemeine Ablehnung von Gewalt, sondern sie bezog sich auf den "individuellen Terror" (wt Nr.175, 15.09.1977) der RAF. Demgegenüber sei die revolutionäre Gewalt der Massen zum Sturz des kapitalistischen Systems notwendig, da keine herrschende Klasse auf friedlichem Wege ihre Macht abgeben würde. Das Ausmaß der Gewalt bestimme sich hierbei durch den Widerstand der Herrschenden. Die Attentate der RAF hingegen nützten "in ihren Auswirkungen der Konterrevolution" (wt Nr.64, 20.11.1974) und "(stehen) im Gegensatz zu proletarischen revolutionären Methoden des Massenkampfes .." (ebd.). Überspitzt heißt es in einem wt-Kommentar: "Aber wenn wir als Revolutionäre unsere eigene moralische Empörung zur Grundlage unseres Handelns, als Rechtfertigung bewaffneter Rache machen würden, dann müßten wir den ganzen Tag, im Betrieb, in der Schule, Universität, auf der Straße und in der U-Bahn, nur noch mit dem entsicherten Ballermann in der Tasche herumlaufen." (Ebd.) Die Aktionen der RAF haben demnach Stellvertretercharakter, wobei "die Massen passive Zuschauer von spektakulären Taten einer Handvoll von Leuten sind" (wt Nr.75, 30.04.1975). Darüber hinaus basierten sie auf einer völlig falschen Analyse der gesellschaftlichen Situation. Die Einschätzung der RAF, daß "die Bundesrepublik .. faschistisch (sei) oder der Faschisierungsprozeß .. bereits sehr weit fortgeschritten (sei)" wurde als eine Verharmlosung des Faschismus bezeichnet, da "Repression .. Kennzeichen jeder Klassengesellschaft (ist)" (Sommer, 1975, a.a.O., S.46).

Die Attentate der RAF wurden nach Einschätzung der GIM als Vorwand genutzt, um schärfere Repressionsmaßnahmen durchzusetzen, demokratische Rechte abzubauen und gleichzeitig von den zentralen Problemen dieser Gesellschaft (Arbeitslosigkeit, Krise, Inflation) abzulenken. Des weiteren werde ein Klima der Kriminalisierung aller revolutionären Linken geschaffen, indem die Ablehnung des kapitalistischen Systems mit dem Terrorismus gleichgesetzt wird. Hierbei "richtet sich die gegenwärtige Repressionskampagne *objektiv* gegen die gesamte Arbeiterbewegung" (wt Nr.65, 04.12.1974). In diesen Zusammenhang ordnete die GIM auch die Berufsverbotepraxis (seit 1972), die Verbotsdrohungen gegen die K-Gruppen (insbesondere 1977) und die Forderungen nach Einschränkung des Demonstrationsrechts im Zusammenhang mit der Anti-AKW-Bewegung (ab 1977) ein. Nach Einschätzung der GIM handelte es sich, insbesondere im "Deutschen Herbst" 1977, um einen Test für die Situation wirklicher Massenunruhen, da dieser Polizeiapparat jederzeit bei Demonstrationen und Arbeitskämpfen eingesetzt werden könnte. "Die Polizeistaatsmethoden finden heute ihr bevorzugtes Erprobungsfeld im individuellen Terrorismus: ihr Ziel werden jedoch letztlich Massenaktionen sein. Muß man daran erinnern, daß der Polizeistaat in Brokdorf, Grohnde und Kalkar bereits in Aktion getreten ist?" (wt Nr.181, 27.10.1977). In diesem Zusammenhang verwies die GIM auch auf die zentrale Losung der SPD von 1969: "Mehr Demokratie wagen" - offensichtlich sei das Gegenteil der Fall.

---

[101] In der theoretischen Zeitschrift der GIM wurde die soziale Zusammensetzung der RAF wie folgt beschrieben: "Der Kern ... stammt aus kleinbürgerlichen, teilweise auch aus schon gutbürgerlichen Häusern. Hinzu kamen einige proletarischer Abkunft, die durch die Jugendrevolte radikalisiert waren." (Fred Sommer, Stadtguerilla oder Parteiaufbau, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.6, 1975, S.41.)

Eine genauere Betrachtung der einzelnen Gewalttaten seitens der RAF oder ähnlicher Gruppen ist nicht notwendig, da die Position der GIM zu diesem Bereich grundsätzlich war und es auch über die Jahre keine Differenzen oder Positionsveränderungen gab.

Trotz der eindeutigen Ablehnung der Theorie und Praxis der RAF wandte sich die GIM wiederholt gegen deren Haftbedingungen (Isolation, Kontaktsperre) und forderte die "*völlige Gleichstellung mit den anderen Gefangenen*" sowie die Abschaffung der "*diskriminierenden Bedingungen bei den Prozessen*" (wt Nr. 60, 25.09.1974). Diese "Solidarität mit den politischen Gefangenen" resultierte a) aus deren Opposition zum herrschenden System und b) aus der Repression des Staates gegen sie. Die Einschätzung der "was tun"-Redaktion, daß es sich bei der RAF um "Genossen" handelt, die "Teil der linken und Arbeiterbewegung waren und sind" (wt Nr.175, 15.09.1977) war offensichtlich keine einheitliche Meinung der GIM und wurde mehrfach in Leserbriefen kritisiert.[102]

Die Behandlung der RAF-Gefangenen wurde als "systematischer Terror" bezeichnet (wt Nr.60, 25.09.1974), wobei es das Ziel dieser jahrelangen sozialen Isolation sei, sie psychisch und physisch so zu schwächen, daß ihr Wille gebrochen wird. In einer Erklärung des Politischen Büros der GIM wird die RAF als "das Produkt unserer unmenschlichen, bundesrepublikanischen Verhältnisse" bezeichnet. "Der Kampf gegen den "Terrorismus" muß anfangen beim Kampf gegen jene, die die sozialen Bedingungen dafür geschaffen und durch ihre politischen Entscheidungen geradezu provoziert haben, daß einige sich gegen dieses System nur noch mit individuellen Gewaltakten zur Wehr zu setzen wußten." (wt Nr.181, 27.10.1977.)

Die Politik und Praxis der RAF stellte auch aufgrund ihres Namens (Farbwahl!) und der Selbstbeschreibung als "marxistisch" eine Herausforderung für die GIM dar. Uneinigkeit bestand hierbei innerhalb der GIM über die Frage, ob die RAF anarchistisch sei. Allgemein wurde der Anarchismus als kleinbürgerlich eingestuft, da er auf individuelle Aktionen setze, anstatt den Aufbau einer revolutionär-marxistischen Partei anzustreben.[103] Die Praxis der RAF weise hier Parallelen auf: "Propaganda der Tat, unbedingtes Primat der Praxis, revolutionäre Ungeduld, Motivation der Kader vor allem durch einen glühenden moralischen Protest, von den Massen isoliertes Handeln oder elitäre Abkapselung." (Sommer, 1975, a.a.O., S.37.) Theoretisch sei die RAF allerdings nicht als anarchistisch zu bezeichnen, da die Betonung individualistischer Freiheit sowie der Versuch der Vorwegnahme anderer Lebensformen ebenso fehle wie der Bezug auf anarchistische Theoretiker und deren Organisationsfeindlichkeit (vgl. ebd.). Demgegenüber beschrieb ein Flugblatt der GIM-Düsseldorf (a.a.O.) die RAF als "anarchistische Gruppe", da sie eine Politik des "individuellen Terrors" betriebe. Einigkeit bestand allerdings darin, daß die RAF nicht marxistisch (und auch nicht maoistisch) sei, da sie in der Arbeiterklasse nicht das revolutionäre Subjekt sah, ihr eine umfassende gesellschaftliche Analyse fehlte und dementsprechend nicht auf das Eingreifen in die Klassenkämpfe und den Aufbau einer revolutionären Partei setzte.

---

[102] Ähnlich kontrovers dürfte die Forderung "*Freiheit für alle politischen Gefangenen*" - aufgestellt in einem Flugblatt der GIM-Düsseldorf (vermutlich November 1974 - dokumentiert im Anhang) - diskutiert worden sein.

[103] Eine Kritik des Anarchismus findet sich bei: Fred Sommer, Anarchismus ohne Organisation? Am Beispiel Spaniens, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.12, 1978, S.50-65. Erstaunlicherweise wird dieser Text heute in Broschürenform von der SAG vertrieben.

Um ihre Ziele im Bereich "Antirepressionsarbeit" umzusetzen, trat die GIM für Aktionseinheiten aller revolutionären Linken und für die Bildung von örtlichen Komitees ein. Die Repression des bürgerlichen Staates erfordere die Solidarität der gesamten Linken - auch bei schwerwiegender Differenzen. In einem offenen Brief an die Organisationen der revolutionären Linken schlug die GIM die Gründung eines Antirepressionsbündnisses vor, wobei "trotz aller bestehenden Differenzen die betreffenden Organisationen jeden Schlag der Repression gegen eine der beteiligten Gruppen auch als Schlag gegen die eigene Organisation betrachten und die gegenseitige Verteidigung übernehmen werden" (wt Nr.65, 04.12.1974). Längerfristig wurde der Aufbau einer Roten Hilfe propagiert, die als Schutz- und Solidaritätsorganisation der gesamten Linken notwendig sei.[104]

6. Die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der GIM

Wie auch andere marxistisch orientierte Organisationen betrachtete die GIM die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik als ein zentrales Arbeitsfeld.[105]

In den frühen 70er Jahren arbeiteten die GIM und die RKJ aufgrund ihrer überwiegend jugendlich und studentisch zusammengesetzten Mitgliedschaft vor allem propagandistisch zu tarifpolitischen Auseinandersetzungen. Eine umfassende gewerkschaftspolitische Konzeption wurde erst 1974 formuliert. In den "Thesen der GIM[106] - Vom Propagandismus zur Verankerung in der Arbeiterklasse" ("die internationale", Hamburg, Nr.4, 1974, S.5-58) wird als Ziel der Aufbau einer klassenkämpferischen linken Gewerkschaftstendenz angegeben. Diese Perspektive unterscheide sich insbesondere von der RGO-Politik - z.B. der KPD [Maoisten] -, da diese eine parallele Organisationsstruktur in den Gewerkschaften anstrebt und einen Bruch mit den Gewerkschaften provoziert. Nach Einschätzung der GIM führe dies zu einer Isolierung von der großen Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter und "(würde) damit der Bürokratie bei ihrer Behauptung der Kontrolle über die überwältigende Mehrheit der Klasse objektiv in die Hände arbeiten .." (ebd., S.31).

Als sektiererisch wurde auch das KBW-Konzept der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion abgelehnt. Demgegenüber betreibe die DKP eine opportunistische Politik im Verhältnis zu der Gewerkschaftsführung, die "... zwangsläufig zu einer Nachtrabpolitik gegenüber der Arbeitervorhut (wird)" (ebd., S.33).

---

[104] Mitte der 70er Jahre existierten mehrere konkurrierende Rote Hilfen, die jeweils zu einer Partei oder Richtung der revolutionären Linken gehörten. Heute besteht nur noch eine, parteiunabhängige und strömungsübergreifende Rote Hilfe, die 700 Mitglieder zählt (vgl. Verfassungsschutzbericht 1993, a.a.O., S.69). So gesehen wurde ein Ziel der GIM erreicht - wenn auch ohne größeres Engagement ihrerseits.

[105] Hierzu heißt es in einer Resolution der NK 1980: "Es ist eine der elementarsten Aufgaben eines jeden Mitgliedes unserer Organisation, Mitglied der Gewerkschaften zu sein, neue Mitglieder für die Gewerkschaften des DGB zu gewinnen und sich am Aufbau und an der Stärkung gewerkschaftlicher Strukturen in vorderster Linie zu beteiligen." ("Die revolutionären Marxisten und die Massenorganisationen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik", in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.16, 1981, S.65.)

[106] Der Titel ist mißverständlich, da es sich um einen Text der Internationalistischen Tendenz (IT) handelt, der allerdings auf der NK die relative Mehrheit erhalten hatte und als allgemeine Grundlage für die Gewerkschaftsarbeit der GIM betrachtet wurde.

Die von der GIM angestrebte Gewerkschaftstendenz müsse sich innerhalb des DGB organisieren, verschiedene klassenkämpferische Gruppierungen zusammenschließen, der sozialpartnerschaftlichen Linie der "Gewerkschaftsbürokratie"[107] ein alternatives Programm entgegensetzen und für eine Demokratisierung der Gewerkschaften eintreten. Die zentralen innergewerkschaftlichen Forderungen der GIM sind hierbei die Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Funktionäre durch die entsprechenden Basisorganisationen, die Wahl der Tarifkommissionen durch Vertrauensleutekonferenzen, die Bindung von Tarifabschlüssen an Urabstimmungen und die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (vgl. "Thesen der GIM ...", a.a.O., S.48f). Für die Durchsetzung dieser Forderungen wurde die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat, der Regierung und den Unternehmern als Voraussetzung betrachtet. Als gewerkschaftliche Ziele propagierte die GIM einen garantierten Mindestlohn, lineare (statt prozentuale) Lohnerhöhungen, den Wegfall der unteren Lohngruppen, die tarifliche Absicherung betrieblicher Zulagen, den Abschluß kurzfristiger Tarifverträge und eine gleitende Lohnskala in den Tarifverträgen[108]. Um das Recht auf Arbeit durchzusetzen sei die Verteilung der vorhandenen Arbeit und die Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich nötig. Darüber hinaus wurde ein Vetorecht der Betriebsräte bei Entlassungen und Stillegungen sowie die Offenlegung der Geschäftsbücher gefordert (ebd., S.49ff).

Um ihre Arbeit im gewerkschaftlichen Bereich zu verstärken beschloß die GIM 1979 - parallel zu Beschlüssen der IV. Internationale - eine "Wende zur Industrie", deren Ziel es war "den Anteil der Industriearbeiter in der Mitgliedschaft zu erhöhen und dazu in bestimmtem Umfang bereits gewonnene Mitglieder in diesen Bereich "umzusetzen" sowie die Prioritäten und die interne Arbeitsweise der Organisation entsprechend zu ändern" (wt Nr.267/268, 28.06.1979). Der hierdurch erfolgte Anstieg der Zahl der in Betrieben tätigen GIM-Mitglieder war allerdings gering, da die Abspaltungen von Minderheitstendenzen (Kompaß-Tendenz und "Proletarische Fraktion") vor allem Mitglieder aus diesem Bereich umfaßten.

Wenngleich an dem Ziel einer klassenkämpferischen linken Gewerkschaftstendenz festgehalten wurde, verstärkte die GIM ihre Arbeit in sog. Ein-Punkt-Initiativen. Beispiele hierfür sind vor allem der "Aktionskreis Leben - Gewerkschafter gegen Atom"[109] sowie das "Info 35" im

---

[107] Die GIM bezeichnet die Gewerkschaftsführung als eine "Bürokratie .., deren Politik von dem Interesse geleitet wird, ihre soziale Position in den Gewerkschaften und in dieser Gesellschaft zu erhalten. Sie überschreitet daher auch nicht den Rahmen des bürgerlich-kapitalistischen Systems und versucht, alle Bewegungen in diesen Grenzen zu halten. Dafür demobilisiert sie die Arbeiterklasse, predigt die Versöhnung gegensätzlicher Klasseninteressen und greift auf die Mittel der bürokratischen Gängelung und Unterdrückung zurück." ("Die revolutionären Marxisten und die Massenorganisationen ...", a.a.O.)

[108] Zur Begründung dieser Forderung heißt es: "Unter Bedingungen sprunghaften Preisanstiegs bedeutet die gleitende Lohnskala die automatische Anhebung der Löhne im Verhältnis zu den Preissteigerungen während der Laufzeit der Tarifverträge.

Die gleitende Lohnskala ersetzt nicht den gewerkschaftlichen Kampf. Sie stellt den Lohnkampf auf eine höhere Ebene: Statt Nachzugsgefechten, die nur vorweggenommene Preissteigerungen nach Monaten aufholen sollen, wird der Kampf bei den Tarifabschlüssen um eine tatsächliche Steigerung des Reallohns geführt" (ebd., S.50).

[109] Siehe Fußnote 132.

Kampf für die 35-Stunden-Woche. Ein dauerhafter Zusammenschluß konnte allerdings nicht erreicht werden.[110]

In ihrer gewerkschaftlichen Arbeit versuchte die GIM auch die Forderungen anderer sozialer Bewegungen in den Gewerkschaften zu verbreiten und den DGB für eine aktive Politik in diesem Sinne zu gewinnen. Neben dem Widerstand gegen die Atomenergie sei hier auf die Aktivitäten für die ersatzlose Streichung des §218 und die Mobilisierungen gegen die Stationierung neuer US-Raketen verwiesen.

Da die GIM jede Spaltung der Arbeiterklasse ablehnte, wandte sie sich nicht nur gegen die Spaltung in Arbeitende und Arbeitslose sowie in erwachsene und jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern auch gegen die Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter sowie in männliche und weibliche Arbeitskräfte. Die besonderen Forderungen benachteiligter Gruppen müßten von der gesamten Gewerkschaftsbewegung übernommen werden.

Wenig erfolgreich blieb der Versuch mit der 1978 erstmals erschienenen Zeitung "Sozialistische Gewerkschaftspolitik" ein Bündnisprojekt klassenkämpferischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu schaffen. Trotz zahlreicher Bemühungen konnte die GIM keine weiteren Gruppen oder Zeitungsredaktionen für eine längerfristige Zusammenarbeit gewinnen.

Insgesamt ist festzustellen, daß die GIM sich zwar an den gewerkschaftlichen Aktivitäten - im Rahmen ihrer Kräfte - beteiligte und diese unterstützte[111,] aber hierbei die Gewinnung von Arbeiterinnen und Arbeitern für die GIM vergleichsweise gering blieb. Angaben über die Anzahl von GIM-Mitgliedern in gewerkschaftlichen Funktionen liegen ebensowenig vor wie über die Anzahl von Betriebsgruppen und -zeitungen der GIM.

7. Das Verhältnis der GIM zu sozialen Bewegungen

7.1. Friedensbewegung

Die größte außerparlamentarische Protestbewegung in der Geschichte der BRD bildete die durch den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 ausgelöste Friedensbewegung. In der ersten Hälfte der 80er Jahre mobilisierte die Friedensbewegung Menschen mit verschiedener politischer Präferenz, die aus allen gesellschaftlichen Gruppen kamen, gegen neue Atomraketen und Kriegsgefahr. Die GIM, die diese Aktivitäten - allerdings mit einer gewissen Verspätung[112] -

---

[110] In einem Aufsatz von Uwe Göbel mit dem Titel "Trotzkisten und Gewerkschaften" ("Gewerkschaftsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft", 13.Jahrg., Heft 3, Mai 1979, S.5-12) wurde "die Ausbreitung der "Aktionskreise Leben - Gewerkschafter gegen Atom" (AKL), die von der trotzkistischen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) initiiert wurden und von anderen linksextremistischen Gruppen aber auch von Demokraten unterstützt werden", als ein Beispiel angeführt, das ".. erneut den Einfluß (zeigt), den trotzkistischer "Entrismus" immer wieder erreicht" (ebd., S.12).

[111] Die umfangreichsten Aktivitäten entwickelte die GIM 1984 im Kampf für die 35-Stunden-Woche. Zur Argumentation siehe: Peter Bartelheimer, 35 Stunden sofort! Verteilung der Arbeit auf alle, Frankfurt/M. 1983.

[112] Die GIM räumte selbstkritisch ein, daß sie die Anfänge der Friedensbewegung nur unzureichend zur Kenntnis genommen habe und eine gezielte Arbeit in diesem Bereich anfangs nur schwerfällig anlief (vgl. GIM-Rund-brief, Nr.12, 29.01.1982, S.16f).

unterstützte, sah deren Bedeutung vor allem "darin, daß Hunderttausende von Menschen bürgerlichen Politikern und imperialistischen Regierungen das Recht absprechen, in einer zentralen politischen Frage über ihr Schicksal zu entscheiden" (Die revolutionären Marxisten zur Situation in der BRD, a.a.O., S.21). In der Friedensbewegung engagierte sich die GIM primär in den gewerkschaftlichen Friedensinitiativen und betrachtete ihre Antikriegsaktivitäten als festen Bestandteil ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Darüber hinaus bemühte sie sich, insbesondere Jugendliche für ihre Positionen zu gewinnen. In den örtlichen Strukturen der Friedensbewegung trat die GIM kaum in Erscheinung. An allen größeren Mobilisierungen beteiligte sie sich, und auch in ihren Publikationen nahmen die Aktionen und Diskussionen der Friedensbewegung einen großen Raum ein.

Obwohl die GIM die zentrale Perspektive der Friedensbewegung "Keine neuen Atomraketen" ebenfalls propagierte, übte sie eine deutliche Kritik an einigen in der Friedensbewegung verbreiteten Positionen. Dem Slogan "Abrüstung in Ost und West" läge die falsche Auffassung zugrunde, daß die beiden "Supermächte" gleichermaßen bekämpft werden müßten. Die GIM wies demgegenüber darauf hin, daß alle entscheidenden Aufrüstungsschritte von den USA und der NATO ausgingen. Darüber hinaus dürfe sich die Friedensbewegung nicht auf allgemeine Abrüstungsforderungen beschränken, sondern müsse die "einseitige Abrüstung des Imperialismus" (ZK-Resolution zur Antikriegsarbeit, in: GIM-Rundbrief, Nr.12, 29.01.1982, S.10) fordern. Die Hauptursache von Aufrüstung und Krieg sah die GIM im Expansionsdrang der imperialistischen Wirtschaft. Eine derartige "politisch-ökonomische Logik" gäbe es in den "bürokratisierten Arbeiterstaaten" nicht. Deren Rüstungspolitik diene vor allem der Sicherung der eigenen bürokratischen Herrschaft (vgl. Manuel Kellner, Friedensbewegung im geteilten Deutschland, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.18, 1983, S.47). Daraus leitete die GIM ab, daß einer einseitigen Abrüstung des Westens eine Abrüstung im Osten folgen müsse. Die Friedensbewegung in den Staaten des Warschauer Paktes - insbesondere in der DDR - wurde vor allem als eine demokratisch-oppositionelle Bewegung gegen die Bürokratie verstanden und als Versuch, deren Entscheidungsmonopol - auch in Rüstungsfragen - aufzubrechen. Die GIM führte deshalb 1983 eine Veranstaltungsreihe mit dem aus der DDR abgeschobenen Friedensaktivisten Roland Jahn durch, wobei der Schwerpunkt auf dem Widerstand gegen die Militarisierung der DDR-Gesellschaft und gegen die Repressionsmaßnahmen der Herrschenden lag, die Veranstaltungen aber auch die Solidarität zwischen der West- und Ost-Friedensbewegung verdeutlichen sollten.

Der sowjetischen Bürokratie warf die GIM vor, sich der Logik des Wettrüstens zu unterwerfen und auf Verhandlungserfolge zu hoffen, anstatt auf die Mobilisierungen der Friedensbewegung zu setzen. Die Intervention sowjetischer Truppen in Afghanistan wurde ebenfalls verurteilt und hierbei insbesondere die Position der DKP, die die Sowjetunion als "Friedensmacht" darstellte, kritisiert.[113] Dennoch sprach sich die GIM gegen eine Ausgrenzung der DKP aus der Friedensbewegung aus, da das Kriterium einer Mitarbeit nur die Ablehnung der Stationierung neuer US-Raketen sein könne.

Eine grundsätzliche Kritik übte die GIM an pazifistischen Vorstellungen, wobei sie allgemein von einer Unumgänglichkeit revolutionärer Gewalt auf dem Weg zu einer demokratischen

---

[113] Siehe hierzu: Hans-Jürgen Schulz, Die sowjetische Militärmacht, Frankfurt/M. 1985.

sozialistischen Gesellschaft sprach[114] und hierbei vor allem die Revolution in Nicaragua als Beispiel anführte. Die Kriegsdienstverweigerung wurde von der GIM als eine passive Haltung bezeichnet. Wenngleich die GIM das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verteidigte, propagierte sie die Arbeit gegen den Militarismus *in* der Armee. Gerade kritische Jugendliche sollten zu einer antimilitaristischen Orientierung unter den Soldaten beitragen, wobei es das strategische Ziel "ist, die Atomisierung (Vereinzelung) der Soldatenmassen aufzuheben, sie kollektiv handlungsfähig zu machen und Positionen zu erringen, die es ermöglichen, die militärische Hierarchie in entscheidenden Momenten außer Kraft zu setzen" ("was tun"-Extra, Broschüre der GIM-Braunschweig, o.J. - vermutlich 1981, S.17).[115]

Grundsätzlich ging die GIM davon aus, "daß die Kriegsgefahr erst dann als periodische Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Systems beseitigt sein wird, wenn die soziale Basis dafür, das kapitalistische System, überwunden ist" (ZK-Resolution zur Antikriegsarbeit, a.a.O.). Im Vordergrund ihrer Aktivitäten in der Friedensbewegung stand, neben dem allgemeinen Ziel der Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, die Forderung nach einem Austritt der BRD aus der NATO - um eine Schwächung des Imperialismus zu erreichen (vgl. "was tun"-Extra "Raus aus der NATO", in: wt Nr.391, 11.10.1984) - und vor allem die Forderung "Arbeitsplätze statt Rüstung". Diese Forderung verdeutliche den Klassencharakter der Rüstungspolitik, da einerseits bei den Rüstungsausgaben eine immense Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums erfolge, andererseits aber erklärt würde, daß kein Geld für Sozialleistungen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorhanden sei. Hierbei versuchte die GIM schwerpunktmäßig auch die Gewerkschafts-bewegung zu mobilisieren. Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 sah die GIM hierfür verbesserte Möglichkeiten, da die SPD in der Opposition immer stärker vom NATO-Beschluß abrückte und auch der DGB sich weiter in Richtung Friedensbewegung entwickelte. Das Auftreten Willy Brandts als Redner auf der Friedensdemonstration am 22.Oktober 1983 in Bonn bewertete die GIM positiv, da dessen öffentliche Ablehnung des NATO-Beschlusses die Möglichkeit biete, die Bewegung nochmals deutlich zu verbreitern und zu vergrößern. Inhaltliche Abstriche oder "Kungelei" müßten durch eine demokratische und durchschaubare Struktur der Friedensbewegung verhindert werden (vgl. wt Nr.363, 20.10.1983).

Nach den Erfolgen der großen Friedensdemonstrationen orientierte die GIM auf eine Kampagne für eine gesetzliche Volksbefragung, um "eine breite Diskussion darüber zu beginnen, wer in Existenzfragen der Bevölkerung entscheiden soll" (wt Nr.364, 27.10.1983).[116]

---

[114] Hierzu heißt es in der "internationale": "Der Befreiungskampf der Arbeiter wird der letzte Kampf sein, in dem die Menschen einander mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen" (Kellner, 1983, a.a.O., S.45).

[115] Siehe hierzu auch: Hans-Jürgen Schulz, Frieden schaffen - aber wie? Lehren aus der Geschichte der Friedensbewegungen, Frankfurt/M. 1983, und "Die Revolutionäre und die Armee" - Militärpolitisches Programm der GIM, Frankfurt/M. 1976. Dieser Text entwickelt Forderungen für die Praxis der antimilitaristischen Arbeit in der Armee, wobei es das Ziel "ist die Grundlagen zur Zersetzung und Zerschlagung des bürgerlichen Gewaltapparates zu schaffen" (ebd., S.4). Hierbei wird auch das "Recht auf militärische Ausbildung für alle, auch für Frauen" (ebd., S.25) gefordert. Diese Position wurde allerdings 1981 in der "was tun" korrigiert: "Manche meinen, bei dieser Zersetzungsarbeit innerhalb der Armee könnten Frauen eine wichtige Rolle spielen. Ohne Zweifel. Aber wir fordern nicht Aufrüstung, um hinterher besser abrüsten zu können." (wt Nr.314, 16.07.1981.) Auch die wt Nr.337 vom 02.09.1982 spricht sich deutlich gegen Frauen in der Bundeswehr aus, da dies nichts mit Emanzipation zu tun habe und lediglich der Militarisierung der Bevölkerung diene.

[116] Die am 17.Juni 1984 von der Friedensbewegung durchgeführte autonome Volksbefragung - anläßlich der Europa-wahlen - wurde ebenfalls von der GIM unterstützt. Diese Volksbefragung hatte die gleiche Orientierung wie die

Darüber hinaus propagierte sie Streiks als "das einzige Mittel, mit dem die Stationierung "blockiert" werden kann" (ebd.). Hierbei müsse die deutliche Mehrheit der Bevölkerung, die die Raketenstationierung ablehnt, mobilisiert werden.

Die GIM beteiligte sich auch an Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen die US-Politik gegenüber Grenada und Libyen und sprach sich gegen die US-amerikanische strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) aus. Der Versuch der GIM die Friedensbewegung für eine stärkere Solidaritätsarbeit für Nicaragua zu gewinnen blieb wenig erfolgreich. Die GIM erklärte dies damit, daß die Friedensbewegung Ausdruck einer spontanen Massenstimmung gegen die Kriegsgefahr sei und antiimperialistische Positionen hierbei schwer vermittelbar seien.

7.2. Internationalismus

Da das internationalistische Engagement traditionell für trotzkistische Kräfte von großer Bedeutung ist, werden im folgenden drei Beispiele dargestellt, die anhand der Theorie der "drei Sektoren der Weltrevolution"[117] ausgewählt wurden. Als Beispiel für den Bereich der "permanenten Revolution in zurückgebliebenen Ländern" wird die Revolution in Nicaragua (1979) angeführt, für den der "politischen Revolution in den Arbeiterstaaten" die Gewerkschaft Solidarnosc in Polen (1980/81) und für den Bereich der "proletarischen Revolution in den imperialistischen Ländern" der Streik der britischen Bergarbeiter (1984/85).[118] Von der allgemeinen Revolutionstheorie des Trotzkismus auf die konkrete Praxis bezogen, heißt dies beim Beispiel Nicaragua vor allem eine Politik gegen den US-Imperialismus, beim Beispiel Polen vor allem gegen die Repressionsmaßnahmen der Herrschenden und beim Beispiel des britischen Bergarbeiterstreiks vor allem die Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes.

Generell ist festzustellen, daß die GIM sich an internationalistischen Solidaritätsbewegungen sowohl bundesweit als auch örtlich beteiligte und hierbei auch ihre Mitgliedschaft in der IV. Internationale und die Kontakte zu den verschiedenen Sektionen versuchte für die Bewegungen nutzbar zu machen. Neben der umfangreichen Berichterstattung in der "was tun" ist auch die Zeitschrift "Inprekorr" bedeutsam, in der die Analysen und Perspektiven der IV. Internationale auf internationaler Ebene dargestellt werden. Darüber hinaus veröffentlichte der ISP-Verlag zahlreiche internationalistische Bücher, die oftmals auch von Vertretern revolutionärer Bewegungen anderer Länder verfaßt wurden.[119]

Den Sieg der Revolution in Nicaragua betrachtete die GIM als Bestätigung ihrer Theorie, daß nur der revolutionäre Kampf für eine "Arbeiter- und Bauernregierung"[120] eine Orientierung für die

---

Unterschriftensammlung "Krefelder Apell": die Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Dem "Krefelder Appell" sprach auch die GIM eine "fortschrittliche Rolle" zu, wobei sie eine "solidarische Kritik" formulierte, die betonte, daß eine grundsätzliche Ablehnung der Bundeswehr und der NATO notwendig sei (vgl. wt Nr.310, 14.04.1981).

[117] Siehe hierzu: Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche (1963), in: Alles (Hrsg.), 1989, a.a.O.

[118] Weitere internationalistische Schwerpunkte der GIM waren in den 70er Jahren Chile, Portugal, Spanien und Angola, in den 80er Jahren El Salvador und Türkei, sowie als "Dauerthemen" Südafrika und Cuba.

[119] Als Beispiele seien zwei Bücher des Agrarministers Nicaraguas Jaime Wheelock erwähnt: Nicaragua - Die große Herausforderung, Frankfurt/M. 1984; Die sandinistische Landreform, Frankfurt/M. 1985.

[120] Zur Kategorie der "Arbeiter- und Bauernregierung" siehe: Raimund Loew, Nicaraguas Revolution - Überlegungen zum Begriff "Arbeiter- und Bauernregierung", in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.18, 1983, S.68-80.

"zurückgebliebenen Länder" biete. Bürgerliche Oppositionsbewegungen stellten nach Einschätzung der GIM keine Perspektive dar, da sie zu keinen grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen bereit wären. Dementsprechend wurde die Beteiligung bürgerlicher Kräfte an der Übergangsregierung abgelehnt und "eine Regierung, die sich stattdessen .. auf die mobilisierten Massen (stützt)" propagiert (wt Nr.270, 26.07.1979). Hierbei müßten auch die noch bestehenden Bereiche kapitalistischer Produktion überflüssig werden. Neben der Trennung von den bürgerlichen Ministern sah die GIM die Hauptaufgaben der FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsfront) - hierbei im Einklang mit deren Politik - in der Bewaffnung der Bevölkerung und der Bildung von Verteidigungskomitees, einer umfassenden Agrarreform, der Verstaatlichung der Banken und einer Alphabetisierungskampagne. Dem Druck durch die Hungersnot und durch den US-Imperialismus müsse die Solidarität aller antiimperialistischen Kräfte weltweit entgegengesetzt werden.

Die Leitung der IV. Internationale sprach sich in Nicaragua für eine Mitarbeit in der FSLN aus und lehnte den Versuch der kolumbianischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PST) - einer sympathisierenden Organisation der IV. Internationale - ab, die mit einer Brigade "Simon Bolivar" "an den letzten Wochen des Bürgerkriegs teilgenommen" (wt Nr.273, 06.09.1979) hatte und hierbei als FSLN auftrat, ohne deren Führung zu akzeptieren. Diese Brigade wurde ohne Absprache mit der IV. Internationale gebildet und von dieser als "der Versuch einer Gruppe ausländischer Genossen" bezeichnet, "sich an die Stelle der im revolutionären Kampf gegen Somoza entstandenen Führung zu setzen" (ebd.). Die Ursache dieses Konfliktes lag in der unterschiedlichen Einschätzung der nicaraguanischen Revolution. Während die deutliche Mehrheit der IV. Internationale die Revolution vor allem als einen antiimperialistischen Erfolg betrachtete und diese - bei einer solidarischen Kritik - unterstützte, bezeichnete eine Minderheit das Programm der FSLN als kleinbürgerlich und die Regierung als bürgerlich. Hierbei kam es zu einer Abspaltung der Minderheit, wovon die GIM allerdings nicht nennenswert betroffen war.

Neben dem Engagement im Bereich der politischen Solidarität beteiligte sich die GIM auch an Aktivitäten mit dem Ziel eine materielle Solidarität zu leisten, die eine Entwicklung und Unabhängigkeit Nicaraguas fördere.[121] Hierbei unterstützte die GIM auch Arbeitsbrigaden nach Nicaragua und den Aufbau von Städtepartnerschaften. Über die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung hinaus müsse auch die Friedens- und Arbeiterbewegung dem revolutionären Prozeß zur Seite stehen und vor allem gegen eine direkte US-Intervention aktiv werden, da eine Niederlage der nicaraguanischen Revolution auch "die allgemeine Aufrüstung von USA und NATO nochmals beschleunigen" (wt Nr.351, 07.04.1983) sowie positive Entwicklungsmöglichkeiten in anderen Teilen Mittelamerikas bremsen würde. Das Handelsembargo der US-Regierung gegen Nicaragua sowie die fortgesetzten Contra-Angriffe seien weitere Argumente für eine aktive Solidaritätsarbeit, die auch Druck auf die Bundesregierung ausüben müsse, um die Bereitstellung des seit 1983 nicht ausbezahlten Wirtschaftskredits zu erreichen.

Bei den Diskussionen über die Frage der Demokratie in Nicaragua begrüßte die GIM, daß keine Partei zugelassen war, die die Contras unterstützte und deren Zerstörungsaktionen

---

[121] Hierbei begrüßte die GIM auch die Hilfeleistungen z.B. aus Cuba und aus der UdSSR, wobei die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Nicaraguas das zentrale Anliegen bleibe. "Schönfärberei" der sowjetischen und osteuropäischen Gesellschaften in der FSLN-Presse müßte deshalb zurückgewiesen werden, da diese sowohl für die Politisierung der nicaraguanischen Bevölkerung, als auch für die internationale Solidaritätsbewegung, negative Konsequenzen habe (vgl. Matthias Schindler, in: Wheelock, 1984, a.a.O., S.29f).

propagierte. Allerdings seien repressive Maßnahmen, wie sie z.B. gegen ultralinke Gruppierungen eingesetzt wurden, abzulehnen und durch eine offene, argumentative Auseinandersetzung zu ersetzen (vgl. Schindler, a.a.O., S.28).

Betont wurde seitens der GIM auch die aktive und eigenständige Teilnahme der Frauen an der Revolution sowie die rechtliche und soziale Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

Im Bereich der Länder des sog. real existierenden Sozialismus engagierte sich die GIM vor allem für die polnische Gewerkschaft Solidarnosc (ab 1980). Deren Forderungen nach freien Gewerkschaften und für allgemeine Demokratisierung unterstützte die GIM und wandte sich grundsätzlich gegen die Position der bürgerlichen Medien - und, aus entgegengesetztem Blickwinkel, auch der DKP -, wonach die Aktionen und Streiks der polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Sozialismus gerichtet wären. Nach trotzkistischer Analyse seien zwar die Produktionsmittel verstaatlicht, allerdings herrsche hierbei nicht die Arbeiterklasse, sondern eine privilegierte Bürokratie. Dementsprechend propagierte die GIM eine politische Revolution zum Sturz der bürokratischen Kaste mit dem Ziel einer sozialistischen Demokratie. Von den Aktivitäten der polnischen Arbeiterklasse versprach sich die GIM den Beginn einer derartigen Entwicklung (vgl. wt Nr.294, 30.08.1980).

Die GIM versuchte in ihrer Unterstützungsarbeit für Solidarnosc vor allem die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zu betonen und bemühte sich dementsprechend insbesondere in den Gewerkschaften um praktische Aktivitäten wie Solidaritätsadressen, Veranstaltungen, Spendensammlungen und gewerkschaftliche Delegationsreisen nach Polen. Hierzu müßten auch die SPD und die westdeutsche Linke beitragen. Als praktischen Ansatz unterstützte die GIM die Initiative "Solidarität mit Solidarnosc", zu deren bekanntesten Vertretern Jakob Moneta und Heinz Brandt gehörten. Neben dieser konkreten Solidaritätsarbeit trat die GIM in ihren Publikationen ungewohnt direkt für eine sozialistische Perspektive ein. Der Grund hierfür war die Einschätzung, daß in Polen ein revolutionärer Prozeß im Gange sei, der auf eine "*Doppelherrschaft*" hinauslaufe: einerseits "die noch herrschende Bürokratie - mit ihren Verbündeten, wie der Kremlbürokratie und der katholischen Kirche", und andererseits "die in Solidarnosc organisierten Arbeiter und sich organisierenden Landarbeiter und Kleinbauern" ("Solidarität mit Solidarnosc - für den Sieg der polnischen Arbeiter und Bauern!", Resolution des PB der GIM, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.16, 1981, S.10). Mit der Ausrufung des Kriegsrechts durch die polnische Regierung am 13.Dezember 1981 wurde der Zustand der Doppelherrschaft unter Einsatz des Repressionsapparates beendet. In einer Resolution des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale vom 8.Januar 1982 heißt es dazu: "Die Ausrufung des Kriegszustandes, die Massenverhaftungen unter denen, die politisch aktiv waren und unabhängig dachten, die Einsetzung einer Diktatur zeigen erneut, daß es keine Reform oder graduelle Demokratisierung des bürokratischen Systems geben kann." ("Politische Revolution und Konterrevolution in Polen", in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.17, 1982, S.15.)

Daß auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts die Solidarität des DGB sich auf "Lippenbekenntnisse" (wt Nr.324, 14.01.1982) beschränkte und nur kleinere Aktionen linker Kräfte erfolgten (vgl. ebd.) verdeutlicht, daß es in weiten Teilen der Friedensbewegung - und auch der Linken - nur wenig Interesse an einer Solidaritätsarbeit mit Polen - und auch an den Vorschlägen der GIM - gab.

Ein Beispiel für die Unterstützung eines Arbeitskampfes in einem westeuropäischen Land ist der britische Bergarbeiterstreik 1984/85. Der Streik der Bergarbeitergewerkschaft NUM

(National Union of Mineworkers) richtete sich gegen Zechenstillegungen bei denen lt. "was tun" 80.000 Arbeitsplätze im britischen Bergbau bedroht waren (vgl. wt Nr.395, 06.12.1984). Die GIM bezeichnete diesen Arbeitskampf als den wichtigsten "in Westeuropa seit den sechziger Jahren" (wt Nr.388, 30.08.1984) und zugleich als den bittersten, da die Bergarbeiter weder Lohn noch Streikgeld erhielten. Die GIM rief daher in einer Spendensammlung für die NUM zur materiellen Solidarität mit den britischen Bergarbeitern und ihren Familien auf. Eine wichtige Aufgabe in der Unterstützung der NUM sah die GIM auch im Verhindern von Kohlelieferungen nach Großbritannien.[122] Der praktischen Solidarität dienten darüber hinaus die Veranstaltungsreihen im Oktober 1984 und im März 1985, zu denen die GIM eine Vertreterin der Bergarbeiterfrauen - sowie eine Frau aus dem Frauenfriedenslager Greenham Common - eingeladen hatte. Die Frauen spielten in diesem Arbeitskampf eine besondere Rolle, da sie sich unabhängig als "Women Against Pit Closures" (Frauen gegen Zechenschließungen) organisierten und sich mit eigenen Aktivitäten an den Streiks und Demonstrationen beteiligten. Hierbei entwickelten sie auch Widerstand gegen "die sexistische Haltung der Bergarbeiter und ihrer Gewerkschaft" (wt Nr.389, 13.09.1984).[123]

Die GIM betonte des weiteren das Engagement verschiedener anderer gesellschaftlicher Gruppen, wie z.B. der Schwarzen, der unterdrückten Nationalitäten sowie der Lesben und der Schwulen.[124]

Das Ziel der Thatcher-Regierung und der Unternehmer in diesem Streik sei die Schwächung der gesamten Arbeiterbewegung gewesen. Die Führung der NUM mit ihrem Vorsitzenden Arthur Scargill - von der GIM als radikal-reformerisch bezeichnet - habe diese Kampfansage verstanden. Notwendig sei in dieser "Klassenschlacht" (wt Nr.388, 30.08.1984) daher "eine Mobilisierung der gesamten Gewerkschaftsbewegung ... bis zum Generalstreik" (ebd.). Als Verantwortliche für die Niederlage der Bergarbeiter betrachtete die GIM vor allem die Führungen des Gewerkschaftsdachverbandes (TUC) und der Labour-Party, die lediglich zu allgemeinen Solidaritätserklärungen - und dies auch nur auf den Druck ihrer Basis hin - bereit waren. Diese Analyse bestätige die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen Führung der gesamten britischen Arbeiterbewegung, die "jeden einzelnen Kampf der Arbeiterklasse als Teil des Kampfes für den Sozialismus führt" (wt Nr.403, 11.04.1985).

Auch nach dem Streik setzte die GIM die Unterstützungsarbeit fort. Zwei Beispiele sind hierfür: 1. die Kundgebung der NUM zur Solidarität mit den britischen Bergarbeitern am 9.März 1985 in der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg, an der - obwohl die Führungen der IG Metall und des

---

[122] Die GIM verurteilte hierbei z.B. die Kohlelieferungen aus Polen und wies darauf hin, daß die illegale Gewerkschaft Solidarnosc zur Unterstützung der Bergarbeiter aufgerufen hat. In der BRD kritisierte die GIM vor allem den Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie Adolf Schmidt, der ".. nicht nur die aktive Solidarität (verweigert)", sondern ".. auch öffentlich Streikbruch (rechtfertigt)" (wt Nr.395, 06.12.1984). Auch die Haltung der IG Metall, sich auf die Unterstützung der Familien zu beschränken, lehnte die GIM ab und forderte die direkte finanzielle Unterstützung der NUM (vgl. wt Nr.397, 10.01.1985).

[123] Siehe hierzu auch die im ISP-Verlag erschienene Broschüre "Britische Kumpel und ihre Frauen im Kampf - Bergarbeiterstreik 1984/85", Frankfurt/M. 1985.

[124] Eine Vertreterin der Gruppe "Lesbians Against Pit Closures" (Lesben gegen Zechenschließungen) äußerte sich dazu in einem "was tun"-Gespräch wie folgt: "Wir verteilen Flugblätter, in denen bekennen wir uns offen als Lesben, und wir sprechen als solche auch auf Veranstaltungen. Die politische Hauptverbindung zwischen Lesben und den Bergarbeitern ist die Repression durch die Polizei. Und die Verteufelung in der veröffentlichten Meinung, wie es jetzt mit den Schwulen und AIDS passiert." (wt Nr.400, 28.02.1985.) Die GIM betonte hierbei auch, daß die NUM die Ziele der sozialen Bewegungen in ihrem Kampf positiv aufgriff (vgl. wt Nr.401, 14.03.1985).

DGB sich distanzierten - 2000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter teilnahmen, und 2. eine Spendensammlung zur Unterstützung der inhaftierten und entlassenen Bergarbeiter.

7.3. Frauenbewegung

Die Frauenbewegung wurde von der GIM als "die bedeutendste" gesellschaftliche Bewegung "links von der SPD" bezeichnet, "sowohl was ihren (potentiellen) quantitativen Umfang betrifft als auch vom Charakter der mit ihr und von ihr aufgeworfenen Fragen her" (wt Nr.227, 14.09.1978). Drei Ebenen sind in diesem Bereich der GIM-Politik festzustellen: 1. die Arbeit in und mit der Frauenbewegung, 2. die theoretischen Analysen und Debatten über Fragen der Frauenbefreiung und 3. das Bemühen, innerorganisatorische frauenbenachteiligende Strukturen zu beseitigen.

Die GIM beteiligte sich seit dem Entstehen der "neuen" Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre an deren Aktivitäten. Dabei trat sie für die autonome Organisierung von Frauen ein und betonte hierbei, daß "es .. keinen Widerspruch zwischen der Unterstützung und dem Aufbau von reinen Frauenorganisationen und dem gleichzeitigen Aufbau einer revolutionär-marxistischen Partei von Frauen und Männern (gibt)" ("Kein Sozialismus ohne ...", a.a.O., S.61). Grundsätzlich ging die GIM von einer besonderen Unterdrückung *aller* Frauen als Frauen aus, wobei allerdings Arbeiterinnen aufgrund ihrer ökonomischen Situation stärker betroffen sind.[125] Darüber hinaus seien Immigrantinnen in der BRD dreifach - als Frauen, als Lohnarbeiterinnen und als Ausländerinnen - unterdrückt.

Im Vordergrund der GIM-Aktivitäten in und mit der Frauenbewegung stand das Engagement für die ersatzlose Streichung des §218, dessen Funktion vor allem die Aufrechterhaltung der Mutterschaftsideologie sei. Hierbei rückte die GIM das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper in den Mittelpunkt und sprach "dem kapitalistischen Staat jedes Recht ab, sich der Reproduktionsfunktionen der Frau zu bemächtigen und diese zu reglementieren und zu kommandieren" (wt Nr.95, 04.02.1976). Gleichzeitig müsse die "*Notwendigkeit* von Abtreibungen" (ebd.) maximal eingeschränkt werden, wozu beispielsweise die kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln und die Schaffung kostenloser und ganztägiger Kinderbetreuung beitragen würde.

Ein weiteres Thema war die Gewalt gegen Frauen, die sowohl historisch (z.B. die "Hexen"-Verbrennungen im Mittelalter), international (z.B. die Beschneidung von Mädchen in Afrika und Asien) als auch in der BRD (z.B. die Darstellung der Frauen als Sexualobjekt in der Werbung und der Pornographie) in vielfältigen Formen auftauche. Die GIM wies auch hierbei darauf hin, daß "schlagende Männer .. nicht *einer* Schicht an(gehören)" (wt Nr.149, 10.03.1977). Erforderlich sei auch in diesem Zusammenhang die völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit für die Frauen, um z.B. mit einer Anklage gegen und einer Trennung von dem entsprechenden Mann direkt reagieren zu können.

---

[125] In einer Erklärung des PB der GIM zum §218 heißt es hierzu: "Das Abtreibungsverbot hat einen doppelten Charakter: zum einen trifft es das Geschlecht der Frauen insgesamt (was bürgerliche Frauen einschließt) und zementiert die geschlechtsspezifische Unterdrückung der Frau. Zum anderen ist es ein Instrument der Klassenunterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie. Nicht nur weil die Arbeiterfrauen besonders davon betroffen sind, sondern auch, weil die Arbeiterklasse insgesamt direkt betroffen ist. Die überwältigende Mehrheit der Frauen mit Kindern lebt noch im Rahmen der kapitalistischen Kleinfamilie. Das bedeutet bei ungewolltem Nachwuchs für den *ganzen* Arbeiterhaushalt unerträgliche finanzielle Belastung, beengter Wohnraum, fehlende Versorgungsmöglichkeiten, evtl. Minderung des Familieneinkommens." (wt Nr.77, 30.05.1975.)

Allgemein ist festzustellen, daß die GIM sich bei allen Themen bemühte, die besondere Situation von Frauen zu berücksichtigen. Neben Beiträgen, die sich speziell mit der Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen und deren Interessen beschäftigen, beispielsweise zu Frauen in Südafrika in wt Nr.422 (06.02.1986), wurde der Kampf für Frauenbefreiung auch als integraler Bestandteil von Argumentationen wie z.B. gegen den Stalinismus verstanden, da dieser ".. von der bürgerlichen Ideologie ... die frauenfeindliche Ideologie von der "besonderen Natur" der Frau (übernahm) und .. diese zur Rechtfertigung der Frauenunterdrückung in der Gesellschaft und in der Arbeiterbewegung und als allgemeines Mittel zur Aufrechterhaltung der bürokratischen Herrschaft (Familienstruktur!) ein(setzte)" (wt Nr.227, 14.09.1978).

In der Frauenbewegung argumentierte die GIM vor allem für eine verstärkte Zusammenarbeit von autonom und gewerkschaftlich engagierten Frauen. Die Aufgabe von Sozialistinnen sei es, in der autonomen Frauenbewegung auf gemeinsame Aktionen mit den Gewerkschaften und somit auf Massenmobilisierungen zu orientieren. Hierbei könnten z.B. Forderungen wie "35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" als Frauenforderungen aufgegriffen und argumentiert werden.[126] In den Gewerkschaften müßten Sozialistinnen für die Forderungen der Frauenbewegung eintreten und gemeinsame Aktivitäten mit autonomen Frauengruppen vorschlagen. Die GIM trat in den Gewerkschaften sowohl für ein entschlossenes Engagement gegen die wirtschaftliche Benachteiligung von Frauen im Kapitalismus ein (z.B. Leichtlohngruppen) als auch gegen die patriarchalischen Strukturen des DGB. Ihr Ziel war es, daß die "*besonderen* Forderungen [der Frauen, d. Verf.] Bestandteil der Forderungen der Arbeiterbewegung werden" (wt Nr.73, 02.04.1975).

Die theoretischen Beiträge der GIM zu Fragen der Frauenbefreiung beschäftigen sich zum einen mit dem Verhältnis zwischen Marxismus und Feminismus, wobei in der generellen Linie eine Erweiterung der marxistischen Theorie angestrebt wurde. Nach Auffassung der GIM hat die feministische Theorie objektiv einen antikapitalistischen Charakter, wobei sie praktisch ihre Aufmerksamkeit auf die verschiedensten Formen von Frauenunterdrückung richte, ohne dabei "den Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft und Unterdrückung der Frau" (Konrad Eckhoff, Feminismus und Marxismus, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.8, 1975, S.97) zu vernachlässigen. Allerdings verstehe die Frauenbewegung sich nicht als Bestandteil der Arbeiterbewegung und sei deshalb nicht auf diese ausgerichtet.[127] Dennoch sei das Ziel der GIM - "die Überwindung dieser kapitalistisch-patriarchalischen Verhältnisse" (wt Nr.75, 30.04.1975) - in das breite Spektrum feministischer Theorie einzuordnen.

Zum anderen setzen sich theoretische Beiträge der GIM mit konkreten Einzelfragen auseinander, wie z.B. der Rolle der Hausarbeit im Kapitalismus[128], dem Verhältnis von Familie

---

[126] Ein weiteres Beispiel ist die von der GIM unterstützte Forderung nach einer Quotenregelung gegen Frauenarbeitslosigkeit. Wenngleich "eine Quotenregelung allein ... nur eine gerechte Verteilung des Mangels" bedeutet, ".. durchbricht (sie) .. die automatische Bevorzugung von Männern" (wt Nr.236, 16.11.1978) und schafft somit Bewußtsein über Formen der Frauenbenachteiligung. In diesem Sinne sei diese Forderung ein richtiger Schritt auf dem Weg zur Erwerbsarbeit für alle.

[127] Siehe hierzu auch die Beiträge in der "internationale" Nr.10 (1976).

[128] Siehe hierzu z.B. die Beiträge in der "internationale" Nr.7 (1975). Die Forderung nach "Lohn für Hausarbeit" wurde von der GIM abgelehnt, da sie mit der Orientierung auf die Bezahlung von dem eigentlichen Problem - daß die Hausarbeit fast ausschließlich Frauenarbeit ist - ablenke. Vielmehr drohe bei einer Umsetzung der Forderung "Lohn für Hausarbeit" eine weitere Festigung der Rollenzuweisung für die Frauen. Als notwendig wurde die Aufhebung der Hausarbeit als

und Patriarchat oder auch dem Zusammenhang von sozialistischer Revolution und Frauenbefreiung.

Die als patriarchalisch charakterisierte Kleinfamilie wurde als eine Hauptinstitution der Klassengesellschaft betrachtet, die "mit ihrer hierarchischen Struktur ... zur Anpassung an die gesellschaftlichen Normen (zwingt)" (wt Nr.67, 08.01.1975), geschlechtsspezifische Rollen verfestigt und der Reproduktion der männlichen Arbeitskraft dient. Die Basis für die Abschaffung der Kleinfamile sei der Verlust ihrer ökonomischen Funktion in einer sozialistischen Gesellschaft, da in dieser "der Haushalt, der Unterhalt und die Erziehung vom Kollektiv übernommen werden" (ebd.). Allerdings sei hiermit nur die materielle Grundlage zur Befreiung der Frauen gegeben, eine automatische Veränderung der menschlichen Beziehungen erfolge dadurch nicht. Erforderlich sei darüber hinaus der "Kampf zur Ausmerzung aller Formen der Unterdrückung" ("Kein Sozialismus ohne ...", a.a.O., S.52) und daraus resultierende weitreichende Bewußtseins- und Einstellungsveränderungen. Eine unabhängige Frauenbewegung bleibe somit auch nach einer sozialistischen Revolution erforderlich.

Innerhalb der GIM waren die Frauen eine Minderheit in der Mitgliedschaft. Um innerorganisatorische Benachteiligungen aufzuheben wurden z.B. bei Treffen und Konferenzen Kinderbetreuungen organisiert, männliches Diskussionsverhalten in der Organisation kritisiert, die Arbeit der Frauenkommission aufgewertet[129] und die Quotierung des ZK - allerdings erst im Dezember 1985 - beschlossen. Wenngleich die GIM - anders als die K-Gruppen oder die DKP - von einer besonderen Unterdrückung der Frauen ausging und den Feminismus als notwendige Ergänzung des Marxismus betrachtete, haben einige Frauen die GIM verlassen, um sich verstärkt in der Frauenbewegung zu engagieren (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1625).

7.4. Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung

Erst Mitte der 70er Jahre begann die GIM sich in der Ökologie-, und hierbei vor allem in der Anti-AKW-Bewegung, zu engagieren. Allerdings beschränkte sich die GIM auf die Teilnahme an größeren Mobilisierungen (z.B. Kalkar und Wackersdorf), eine eher unregelmäßige Berichterstattung in der "was tun" und die Mitarbeit einzelner GIM-Mitglieder in den entsprechenden Initiativen.

In den Vordergrund ihrer Aktivitäten stellte die GIM die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen und sprach sich für die beschleunigte Entwicklung alternativer Energiequellen aus. Die GIM wies hierbei auf die Gefahren der Atomenergie hin und betonte den Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und der Orientierung am kapitalistischen Profit. Notwendig sei daher auch die "Verstaatlichung des Energiesektors unter Arbeiterkontrolle" (wt Nr.80/81, 10.07.1975).[130]

In der Diskussion über die Aktionsformen der Anti-AKW-Bewegung orientierte die GIM auf Massenaktionen, in die auch die Teile der Gewerkschaften und der SPD einbezogen werden

---

Frauenarbeit betrachtet, worunter die GIM die Perspektive der Vergesellschaftung der Hausarbeit verstand (vgl. wt Nr.160, 26.05.1976).

[129] Die Arbeit der weiblichen GIM-Mitglieder "in der Frauenkommission hat Vorrang vor anderen Aufgaben" (GIM-Rundbrief, Nr.16, 17.05.1982, S.59).

[130] Siehe hierzu auch die im ISP-Verlag erschienene Broschüre "TSCHERNO*WYHL* ist überall", Frankfurt/M. 1986.

sollten, die die Forderungen der Bewegung vertraten. Den linksradikalen Teilen in der Anti-AKW-Bewegung warf die GIM eine Verabsolutierung der Militanz (z.B. Besetzungen und Blockaden) vor und wandte sich "gegen die Illusion .., daß solche Projekte durch einzelne, quasi-militärische Aktionen zu verhindern sind" (wt Nr.336, 08.07.1982).[131]

Um die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung in den Gewerkschaften und in der SPD zu stärken, und zugleich als Kristallisationspunkt der gewerkschaftlichen Linken, unterstützte die GIM vor allem den "Aktionskreis Leben - Gewerkschafter gegen Atom".[132] Hierbei argumentierte die GIM insbesondere gegen die Behauptung, daß Kernkraftwerke Arbeitsplätze sichern (vgl. Einheit im Kampf gegen Atomkraftwerke, Broschüre der GIM, Frankfurt/M. 1977, S.7f), und propagierte ihre allgemeinen gewerkschaftspolitischen Forderungen ("7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich").[133] Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung setzte sich die GIM für eine Ausrichtung auf die Gewerkschaften ein, da Erfolge nur im gemeinsamen Kampf mit der organisierten Arbeiterbewegung erreicht werden können und "letztlich der Kampf gegen die Umweltzerstörung und Vernichtung der menschlichen Lebensgrundlagen in den Kampf für eine sozialistische, von den Produzenten selbstverwaltete und demokratisch organisierte Gesellschaft mündet" (Flugblatt der GIM, Frankfurt/M. 1979 - dokumentiert im Anhang). Eine Orientierung auf die Parlamente, wie sie die GIM bei dem grün-alternativen Teil der Bewegung ausmachte, wurde als nicht sinnvoll betrachtet.

Die Polizeieinsätze gegen Anti-AKW-Demonstrationen (z.B. in Brokdorf) griff die GIM wiederholt auf, um den Charakter und die Aufgaben der "staatlichen Repressionsorgane" zu verdeutlichen (vgl. wt Nr.134, 25.11.1976). Dem Versuch, die Bewegung durch gezielte Medienaktivitäten gegen Linke und sog. Chaoten zu spalten, sei entgegenzutreten. Hierbei kritisierte die GIM aber auch das Vorgehen linksradikaler Gruppen, die eine Spaltung der Bewegung in einen "militanten" und einen "nichtmilitanten" Teil förderten. Den K-Gruppen warf die GIM - in der zweiten Hälfte der 70er Jahre - darüber hinaus vor, die Bürgerinitiativen im eigenen Organisationsinteresse instrumentalisieren zu wollen.

Bei einer Reihe von Beiträgen in der "was tun" zum Thema Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung fällt auf, daß der Schwerpunkt auf Fragen der Taktik der Bewegung oder auf Nebenaspekten (z.B. Demonstrationsverboten) liegt. Dies kann mit einem breiteren Konsens in der allgemeinen Orientierung der Anti-AKW-Bewegung erkärt werden, da die Forderungen nach Stillegung aller Atomanlagen, gegen die friedliche und militärische Nutzung der Atomenergie und für die verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energien in weiten Teilen der Bewegung unstrittig waren.

---

[131] Die GIM bezeichnete die Frage der Gewaltanwendung als eine taktische Frage. Ihr primäres Ziel sah die GIM in einer Ausweitung der Massenmobilisierungen vor allem in den Gewerkschaften. Anläßlich einer Demonstration gegen das AKW Brokdorf entschied sich die GIM 1981 - als die bürgerliche Presse die Anti-AKW-Bewegung als gewalttätig diffamierte - dafür, "*ausdrücklich zu einer friedlichen Demonstration aufzurufen*" (Erklärung des PB der GIM, in: wt Nr.305, 26.02.1981).

[132] Der "Aktionskreis Leben" entstand 1977 als Bündnis linker Gruppierungen in den Gewerkschaften. Initiierend wirkte hierbei Heinz Brandt, ehemaliger Redakteur der "Metall" (herausgegeben von der IG Metall), der sich in der Anti-AKW-Bewegung engagierte und dabei den "Atomfilz" zwischen Gewerkschaftsbürokraten und Atomindustrie anprangerte. Ein Ausschlußantrag, den eine Gliederung der IG Metall stellte, konnte durch eine Solidaritätskampagne - an der die GIM sich aktiv beteiligte - verhindert werden (vgl. wt Nr.194, 26.01.1978).

[133] Siehe hierzu auch das "was tun"-Extra ("AKW-Nee") in wt Nr.273 vom 06.09.1979.

Auch die nach dem GAU in Tschernobyl (1986) angelaufene Initiative für einen Volksentscheid über die weitere Nutzung der Atomenergie wurde von der GIM unterstützt und neben massenhaften Aktionen gegen die einzelnen Atomanlagen als notwendiger Beginn einer neuen Anti-AKW-Bewegung begrüßt. Die veränderten Positionen in der SPD und im DGB böten hierbei neue Möglichkeiten - wenngleich diese Positionen noch halbherzig seien und der Druck der Anti-AKW-Bewegung entscheidend bleibt (vgl. Gemeinsame Erklärung von GIM und KPD, in: wt Nr.430, 29.05.1986).

Neben dem Engagement gegen die Atomanlagen finden sich in den Publikationen der GIM kaum Hinweise auf eine ökologische Politik (eine Ausnahme bildet die Ablehnung von Großprojekten wie der Startbahn West). In Anbetracht des Ausmaßes der Umweltzerstörung, der Größe der entsprechenden außerparlamentarischen Bewegung und der Entstehung der Grünen als vor allem ökologische Partei müssen die Aktivitäten der GIM in diesem Bereich als relativ gering bezeichnet werden.

7.5. Antifaschismus und Antirassismus

Im Bereich ihrer antifaschistischen Arbeit bezog sich die GIM - stärker als in anderen Politikfeldern - direkt auf die Analysen Leo Trotzkis.[134] Trotzki sah die Ursache für den Aufstieg des Faschismus in einer schweren Strukturkrise des Kapitalismus *und* in der Schwäche der revolutionären Arbeiterbewegung begründet. In dem Moment, in dem die parlamentarische Demokratie kein Garant mehr für die bürgerliche Herrschaft sei, benötige das Bürgertum eine kleinbürgerliche faschistische Massenbewegung, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und sämtliche demokratischen Rechte abzuschaffen. Der Faschismus zeichne sich dadurch aus, daß die Unterdrückungsmaßnahmen sich nicht nur gegen *revolutionäre* Arbeiterorganisationen richten, sondern gegen *jede* Form der kollektiven Organisation der abhängig Beschäftigten. Ziel ist hierbei die Atomisierung und Demoralisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die soziale Basis der faschistischen Massenbewegung stelle das durch die Strukturkrise deklassierte Kleinbürgertum. Der Beginn einer faschistischen Bewegung lasse sich hierbei an dem Einsatz direkter physischer Gewalt gegen die Arbeiterbewegung bestimmen. In diesem Kampf zwischen den am meisten verzweifelten Teilen des Kleinbürgertums und den bewußtesten Teilen der Arbeiterklasse halten sich die passiveren Massen noch zurück, wobei sie dazu neigen sich auf die stärkere Seite zu schlagen. Nachdem der Faschismus die Arbeiterbewegung zerschlagen und damit seine Hauptaufgabe seitens des Großkapitals erfüllt hat, wird die Massenbewegung bürokratisiert und zu weiten Teilen dem Staatsapparat einverleibt. Sobald sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessert haben, erfolgt der Drang des Kapitals auf eine ähnliche Änderung auf dem Weltmarkt - die Folge ist eine kriegerisch-militärische Außenpolitik. Der Klassencharakter des Faschismus zeige sich in der Verwirklichung der Interessen des Monopolkapitals (z.B. beschleunigte Kapitalkonzentration). Dementsprechend verringere sich die kleinbürgerliche Massenbasis des Faschismus im Laufe seines Niedergangs.

---

[134] Als Beispiele für "was tun"-Dossiers bzw. -Extras zur Faschismustheorie Trotzkis und zu den Ursachen des deutschen Faschismus seien die wt Nr.54 (24.06.1974), die wt Nr.197 (16.02.1978) und die wt Nr.345 (13.01.1983) genannt.

Im Kampf gegen den Faschismus propagierte Trotzki die Einheitsfront der Arbeiterparteien (SPD und KPD), ohne dabei auf eine scharfe Kritik an beiden Parteien zu verzichten.[135]

Dementsprechend versuchte auch die GIM in ihren antifaschistischen Aktivitäten vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter, insbesondere die gewerkschaftlich, sozialdemokratisch und kommunistisch organisierten, zu mobilisieren. Darüber hinaus sprach sie insbesondere Jugendliche an. Die GIM wandte sich hierbei sowohl gegen die Theorie der "schleichenden Faschisierung", da diese nicht deutlich zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus differenziere und somit "den *wirklichen Faschismus verniedlichte*" (wt Nr.54, 24.06.1974), als auch gegen die Verharmlosung der faschistischen Gefahr mit dem Verweis auf die geringen Mitgliederzahlen faschistischer Organisationen. Erforderlich sei ein antifaschistischer Kampf, der den Zuwachs der Faschisten verhindere. Da der Erfolg des Faschismus nicht auf der Überzeugungskraft seiner Argumente beruhe, sondern auf demagogischer Hetze und Gewalt, könne der Faschismus nicht durch demokratische Diskussionen bekämpft werden. Die GIM stellte deshalb die Forderung "Keine demokratischen Rechte und Freiheiten für Faschisten" in den Vordergrund ihrer Aktivitäten, betonte hierbei aber, daß die Umsetzung die Einheitsfront der Arbeiterbewegung erfordere, da der bürgerliche Staat kein Interesse an der Unterbindung faschistischer Aktivitäten habe. Dementsprechend fördere die Forderung nach dem Verbot der faschistischen Organisationen Illusionen in den bürgerlichen Staat und seine Organe, zumal die Erfahrung gezeigt habe, daß derartige Verbote und Gesetze sich zuerst und vor allem gegen die Linke wenden.[136] Dennoch beteiligte sich die GIM auch an Aktionen, die die Verbotsforderung als zentrale Losung hatten, verbreitete dabei aber auch ihre Gegenargumente und betonte die Notwendigkeit von Massenmobilisierungen gegen die faschistische Gefahr (vgl. Kellner, Gemeinsam handeln gegen rechts, in: "Gemeinsame Beilage", Hamburg, Nr.3 (3.Jahrgang), 19.09.1986, S.2f).

Während die GIM in den 70er Jahren bisweilen auch Losungen wie "*Für die Zerschlagung der braunen Banden durch die Arbeiterbewegung!*" (hier zitiert aus einem Flugblatt der GIM-Düsseldorf von 1979 - dokumentiert im Anhang) in den Vordergrund stellte, wurde 1986 "Kein Fußbreit den Faschisten!" als die "richtige Parole" bezeichnet (vgl. Kellner, Gemeinsam handeln ..., a.a.O., S.3). Dieser Parole entsprechend trat die GIM bei Mobilisierungen gegen faschistische Versammlungen und Aufmärsche dafür ein, Protestaktivitäten mit dem Ziel der Verhinderung der faschistischen Aktionen am Ort des Geschehens durchzuführen und sich nicht auf eine, einige Kilometer entfernte, Kundgebung zu beschränken. Hierbei sprach sich die GIM allerdings gegen "minderheitliche Kommandoaktionen" aus, da diese "- so sympathisch sie sein mögen - auch nicht zur Beseitigung der faschistischen Gefahr führen, auch nicht ihr Anwachsen verhindern" (ebd.).

---

[135] Zu Trotzkis Faschismusanalyse siehe insbesondere: Leo Trotzki, Schriften über Deutschland, 1929-1940 (2 Halbbände), Frankfurt/M. 1971. Das Vorwort des vorgenannten Textes ist auch als Einzelpublikation erschienen: Ernest Mandel, Trotzkis Faschismustheorie, Frankfurt/M. 1977 (2.Aufl.). Des weiteren seien angeführt: Mandel, 1981 (Kapitel VIII: Der Faschismus, S.102-115); Alles, 1987 (Pkt. 2.2.: Exkurs zu Trotzkis Faschismusanalyse, S.37-46); Helga Schuler-Jung, Politische Theorie Trotzkis und Trotzkismus, in: Franz Neumann (Hrsg.), Handbuch politischer Theorien und Ideologien, Hamburg 1987 (erw. Fassung) (Pkt. 3.2.: Faschismusanalyse, S. 385-387); Annette Leppert-Fögen, Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt/M. 1974, S.312-316 und pass.

[136] Die GIM führte als Beispiel u.a. das Verbot der französischen Sektion der IV. Internationale 1973 an, da das angewandte Gesetz "ursprünglich gegen die Nazis entstanden war" (wt Nr.285, 28.02.1980).

Als notwendig betrachtete die GIM die Entwicklung gemeinsamer Selbstverteidigungsstrukturen zum Schutz vor faschistischen Angriffen. Hierbei müßten alle linken Organisationen, die Frauen- und die Arbeiterbewegung, sowie alle fortschrittlichen Kräfte zu einer handlungsfähigen Selbstverteidigung beitragen, die auch den Schutz von Versammlungsräumen, Kulturzentren oder Ausländer-Treffpunkten organisiert (vgl. ebd.).

Den Rahmen für ein Anwachsen der faschistischen Gefahr bilde die kapitalistische Krise und die reaktionäre Regierungspolitik. Hierbei wandte die GIM sich auch wiederholt gegen die als rassistisch verstandene "Hetze von Strauß, SPD/FDP-Koalition und den Wallmännern" (wt Nr.292, 17.07.1980). Verkürzt dargestellt, argumentierte die GIM, daß nicht die ausländischen Kolleginnen und Kollegen den Arbeitsplatz bedrohen, sondern die Praxis des Kapitals (z.B. bei Rationalisierungen). Des weiteren könne das "Menschenrecht auf Arbeit" (ebd.) nicht auf Deutsche beschränkt werden. Das Steigen der Flüchtlingszahlen wurde mit der sich weltweit verschärfenden Unterdrückung und Ausbeutung begründet. In diesem Zusammenhang forderte die GIM "die Verwirklichung des Rechts auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnortes und die Abschaffung des Eisernen Vorhangs gegenüber der Dritten Welt" (ebd.).

Die GIM sprach sich für eine antirassistische Bewegung aus, wobei zu der Mobilisierung der Betroffenen die Solidarität der deutschen linken und Arbeiterorganisationen kommen müsse, um so den "gemeinsamen Kampf von Deutschen und Ausländern, für eine internationalistische Gesinnung und gegen die Pläne von Kohl und Kapital" zu verdeutlichen (Aufruf der wt-Redaktion zum "Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik", in: wt Nr.390, 27.09.1984).[137] Die sog. Ausländerfrage wurde von der GIM vor allem vom Klassenstandpunkt aus betrachtet. Betont wurde daher die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse unabhängig von der Nationalität. Dementsprechend wurden vor allem Forderungen gegen die rechtliche und soziale Ungleichheit propagiert. Allerdings gab es auf der NK 1982 eine Minderheitenposition, die die Einwanderinnen und Einwanderer primär als unterdrückte nationale Minderheit einschätzte und weniger als unterdrückter Teil der Arbeiterklasse.

Da die GIM in der Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden Perspektivlosigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft den Hauptgrund für das verstärkte offene Auftreten rassistischer Hetze und faschistischer Organisationen sah, betonte sie, daß "die Arbeiterbewegung .. den Faschisten den wachsenden Masseneinfluß nur streitig machen (kann), wenn sie selbst einen überzeugenden und glaubwürdigen Weg aus der kapitalistischen Krise weist" (wt Nr.433-435, 17.07.1986).

7.6. Weitere Politikfelder

Im folgenden werden Aktivitäten, Mobilisierungen und Bewegungen angeführt, die aufgrund ihrer geringeren Dauer und Größe nur kurz dargestellt werden.

---

[137] Eine 42 Seiten umfassende Broschüre der GIM mit dem Titel "Im Kapitalismus sind alle Arbeiter Fremdarbeiter" (Frankfurt/M. 1982) befaßt sich u.a. mit der Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und versucht, neben der Analyse, "den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Arbeiter für ihre Interessen zu entwickeln" (ebd., S.3). Der Text wurde von der Immigrantenkommission des ZK der GIM erstellt und auf der Delegiertenkonferenz der GIM im Juni 1982 angenommen. Die GIM wies hierbei auf eine mangelnde Kontinuität ihrer Arbeit in diesem Bereich hin und betrachtete diesen Text als ein Diskussionsangebot an Interessierte und Betroffene.

a) In der Bewegung gegen den im Januar 1972 beschlossenen "Radikalenerlaß" betonte die GIM nicht nur ihre Ablehnung der tatsächlich durchgeführten Berufsverbote gegen sogenannte verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst, sondern wies auch auf "die Erzeugung einer Stimmung der Duckmäuserei und Furcht" hin (Christian Geyer, Fünf Jahre Berufsverbote - Wie können wir sie zu Fall bringen?, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.11, 1977, S.5). Während die Mehrheit der Bewegung - bestehend aus der DKP sowie reformistischen und liberalen Kräften - sich in ihrer Argumentation auf das Grundgesetz und bürgerlich-demokratische Ansprüche bezog, betonte die GIM vor allem "die prinzipielle Begrenztheit dieser bürgerlichen Demokratie" und den "Klassencharakter des Staates und der Justiz" (ebd., S.36). In einem solchen Rahmen sei "die Forderung nach Einhaltung der rechtsstaatlichen Verfahrensweisen und voller Gewährung der demokratischen Grundrechte" (ebd., S.42) angebracht.

Die GIM beteiligte sich - oftmals gegen den Widerstand der DKP - an den "Bürgerinitiativen gegen die Berufsverbote" und argumentierte in diesen gegen *alle* Berufsverbote. Letzteres wurde von der GIM hervorgehoben, da einerseits "Reformisten und DKPler ... teilweise so weit gehen, Berufsverbote gegen "wirkliche" Verfassungsfeinde aus dem linksextremen Lager zu unterstützen" (ebd., S.5), und andererseits "maoistische Gruppen ... teilweise offen Berufsverbote für "Sozialimperialisten" fordern oder sie doch wenigstens nicht aktiv bekämpfen" (ebd.). Nach Auffassung der GIM sollte die Bewegung gegen die Berufsverbote sich zu einer Bewegung zum Schutz und zur Erweiterung aller demokratischen Rechte entwickeln. Angestrebt war damit auch eine stärkere Einbeziehung der Arbeiterklasse.[138]

Betroffen von Berufsverboten waren auch einzelne Mitglieder der GIM (vgl. z.B. wt Nr.67, Nr.100 und Nr.307). Als ein Berufsverbot wurde auch die Einreiseverweigerung für Ernest Mandel (ab Februar 1972) betrachtet, der auf eine Professorenstelle an der FU Berlin berufen worden war. Im Zusammenhang damit initiierte die GIM in Berlin einen "Kongreß gegen Repression" (Mai 1972), an dem 3000-4000 Personen teilnahmen (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S.1624). Dennoch blieb das Einreiseverbot bestehen und wurde auch im Bundestagswahlkampf der GIM 1976 nicht aufgehoben, als diese darauf hinwies, daß "das Einreiseverbot für eines der bekanntesten Mitglieder unserer Organisation .. eine schwerwiegende Wahlbehinderung ... dar(stellt)" (wt Nr. 124, 16.09.1976). Erst 1978, unter dem neuen Bundesinnenminister Gerhart Baum, wurde das Einreiseverbot aufgehoben. Begründet wurde dies damit, daß "der Trotzkismus keine Gefahr mehr für die innere Sicherheit darstelle" (zit. in: wt Nr.225, 31.08.1978). Die GIM wies diese Begründung zurück, da die Gefahr durch den Trotzkismus seit 1972 gleichbleibend gering gewesen wäre. Der Grund für die Aufhebung des Einreiseverbots sei die über sechs Jahre andauernde Solidarität mit Mandel gewesen, die sich in zahlreichen Protesten sowie in Einladungen zu Vorträgen, Seminaren und Veranstaltungen ausdrückte. Im Anhang ist ein Interview des "Spiegel" (Nr.11/1972) mit Mandel dokumentiert.

Ebenfalls in den Bereich ihres Engagements für demokratische Rechte sind die Aktivitäten gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann aus der DDR einzuordnen. Die GIM versuchte diese mit dem Einreiseverbot für Mandel in einen Zusammenhang zu setzen, um darauf hinzuweisen, daß "die Solidarität gegen Unterdrückung und Repressalien .. unteilbar (ist)" (wt Nr.135, 02.12.1976). Unterstützt wurde folglich auch 1977/78 das III. Russell-Tribunal zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in der BRD und 1978 die Kampagne für die Freilassung des in der DDR inhaftierten Rudolf Bahro.

---

[138] Die GIM wies hierbei z.B. darauf hin, daß es Entlassungen aus politischen Gründen auch im Betrieb gäbe.

b) Lediglich als theoretisches Problem stellte sich für die GIM die Herausbildung des Eurokommunismus.[139] Dieser wurde als ein Prozeß der Sozialdemokratisierung und der Integration in das kapitalistische System bewertet. Gekennzeichnet sei dies durch eine Politik der Klassenzusammenarbeit und der Orientierung auf die Parlamente. Die GIM argumentierte hierbei allgemein gegen Stalinismus und Reformismus und versuchte die eigene Organisation als revolutionäre Alternative zu profilieren.

c) In den Debatten um die Entstehung und Entwicklung der beiden linken Tageszeitungen "die Neue" und "die Tageszeitung" ("taz") sah die GIM die Möglichkeit eines Zusammenführens verschiedener fortschrittlicher Bewegungen mit dem Bemühen, verstärkt "in die gesamte gesellschaftliche Realität zu kommen" (wt Nr.237, 23.11.1978), und somit eine "Chance zur Durchbrechung des bürgerlichen Monopols über Presse und andere Medien" (wt Nr.245, 18.01.1979). Die GIM begründete ihre ausgebliebene Mitarbeit vor allem mit mangelnden Kräften ihrerseits. Inhaltliche Differenzen, wie z.B. die geringe Beachtung der Arbeiterbewegung in der "taz" sowie eurokommunistische Tendenzen in der "Neuen", oder eine Betrachtung dieser Zeitungsprojekte als Konkurrenz wären hierbei nicht relevant gewesen (vgl. ebd.).

d) Die GIM beteiligte sich 1983 an den Aktivitäten gegen die geplante - aber nicht durchgeführte - Volkszählung und rief zur Verhinderung und zum Boykott auf. Die Volkszählung diene nur den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und der politischen Kontrolle der Bevölkerung durch den Staat. Demgegenüber sei es erforderlich, "den Widerstand kollektiv zusammenzufassen und zum Ausdruck zu bringen" (wt Nr.351, 07.04.1983). Allerdings wies die GIM darauf hin, daß ihre Ablehnung der Volkszählung nicht grundsätzlich sei, da Datenerhebungen in einer sozialistischen Gesellschaft ".. von den Bedürfnissen, Wünschen und Interessen der breiten Massen (ausgehen) und ... einer vollständigen öffentlichen Kontrolle unterliegen" (ebd.).

8. Die Jugendpolitik der GIM

Der Bereich Jugendpolitik umfaßte bei der GIM drei Felder: 1. die Hochschularbeit, 2. die allgemeine Jugendpolitik der GIM und 3. den Versuch eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation aufzubauen.

Trotz des Zusammenhangs zwischen der Studentenbewegung der 60er Jahre und der Gründung der GIM entwickelte diese in dem Bereich Hochschularbeit keine umfassenden Konzepte. Eine spezielle Studierendenorganisation, wie es bei anderen Parteien üblich war, wurde von der GIM nicht angestrebt. Vielmehr sollten die studentischen Mitglieder als "Basisgruppen der GIM" auftreten. Die GIM propagierte hierbei eine "konsequente Interessenvertretung der Studenten" und wandte sich gegen die "Mauschel- und Abwiegelpolitik des MSB/SHB"[140], die als reformistisch charakterisiert wurde (vgl. wt Nr.75, 30.04.1975).

---

[139] Von praktischer Bedeutung war der Eurokommunismus in Italien, Frankreich und Spanien. Die dortigen kommunistischen Parteien entwickelten einen Reformkurs, wobei eine Loslösung von der KPdSU angestrebt und eine eigene Kommunismus-Konzeption entwickelt wurde. Siehe hierzu: Ernest Mandel, Kritik des Eurokommunismus - Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?, Westberlin 1978.

[140] MSB = Marxistischer Studentenbund Spartakus - Studierendenorganisation der DKP. SHB = Sozialistischer Hochschulbund - "Juniorpartner" des MSB "im Spannungfeld [sic!] zwischen SPD und DKP" (25 Jahre linke StudentInnenbewegung in der BRD, Hrsg.: Linke Liste an der GH Duisburg, Duisburg 1992, S.25f).

Hochschulpolitische Schwerpunkte der GIM waren 1. die Ablehnung der "kapitalistischen Hochschulreform", die als ein Versuch interpretiert wurde, die Ausbildung den veränderten Bedingungen des Arbeitsmarktes anzupassen, dementsprechnend richteten sich die Aktivitäten gegen das Hochschulrahmengesetz, neue Prüfungsordnungen und die zunehmende Verschulung des Studiums; 2. die Wahrnehmung des polititschen Mandats der ASten, vor allem in den Bereichen Arbeitslosigkeit, demokratische Rechte und antiimperialistische Solidarität; 3. der Kampf gegen frauenfeindliche Strukturen an den Hochschulen und die Förderung autonomer Frauenstrukturen; sowie 4. die Initiierung einer breiten Diskussion über ein positives Sozialismusbild.

Im sozialen Bereich versuchte die GIM gemeinsame Aktionen von Studierenden mit Auszubildenden sowie Schülerinnen und Schülern zu erreichen. Die verbindende Forderung lautete dabei: "Gleiche, leistungsunabhängige und existenzsichernde Ausbildungsförderung für alle Auszubildenden!" (Wahlplattform zur GP [Gesamtparlament, d. Verf.] -Wahl, Basisgruppe der GIM, Düsseldorf 1975, S.2). Damit wurde an den Interessen der Studentinnen und Studenten angesetzt und versucht, eine Orientierung auf und Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse zu erreichen.

Ziel der GIM war auch die Mitarbeit in den studentischen Vertretungsorganen. Hierbei wurde vor allem eine Politisierung der Basisorgane angestrebt, um sowohl eine von den Studierenden losgelöste Bürokratie als auch eine fachbereichsbornierte Haltung zu verhindern. Bis etwa 1977 erzielten die wenigen Kandidaturen von GIM-Gruppen durchaus nennenswerte Ergebnisse, die auch zu Sitzen in Studierendenparlamenten führten (z.B. Uni Freiburg, FH Mannheim, FH Düsseldorf).[141] Ab 1976/77 trat die GIM für die Bildung sozialistischer Listen an den Hochschulen ein. Über die Sozialistische Bündnisliste (SBL) war die GIM 1976/77 am Göttinger AStA beteiligt, der von der SBL und einer "Sponti"-Liste gestellt wurde (vgl. wt Nr.153, 07.04.1977).

Die AStA-Strukturen wurden als parlamentarisch bezeichnet und deshalb eine Anbindung an Vollversammlungen und Basisstrukturen gefordert. Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie der Rolle der Hochschule als Produzentin neuer Rationalisierungstechnologien sei die systematische Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung nötig. Den Vertretern der "gewerkschaftlichen Orientierung" (gemeint sind MSB, SHB und Jusos) wurde demgegenüber eine Anpassung an die Gewerkschaftsführungen vorgeworfen.

Innerhalb des Verbandes der Deutschen Studentenschaften (VDS) beteiligte sich die GIM an der Basisgruppenfraktion, die verschiedene ASten zusammenschloß, die a) links von Jusos und MSB/SHB standen und b) sich von KBW[142] und KPD [Maoisten] abgrenzten. Die

---

[141] Die Ergebnisse von Studierendenparlamentswahlen sind umfassend in den "roten blättern" - Zeitung des MSB Spartakus - dokumentiert. Einzelne Angaben finden sich auch in der "was tun", so erreichte beispielsweise 1974 die Basisgruppe der GIM an der Fachhochschule Düsseldorf im Fachbereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik 34% der Stimmen und wurde, nach dem MSB Spartakus, die zweitstärkste Kraft (vgl. wt Nr.75, 30.04.1975). Da bei diesem Beispiel die Zahl der Stimmen fehlt, seien die Studierendenratswahlen an der Freiburger Uni im Wintersemester 1976/77 erwähnt. Dort erreichte die GIM 659 Stimmen (1 Sitz) (wt Nr.147, 24.02.1977). Leider fehlt hierbei die entsprechende Prozentzahl.

[142] Zur Kritik der GIM an der Hochschulpolitik des KBW siehe Kurt Beiersdorfer, Kommunistische Politik in der Sackgasse - Bemerkungen zum Beschluß des ZK des KBW zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten, in: Wolf/Beiersdorfer, a.a.O., S.90-111.

Basisgruppenfraktion umfaßte mehrheitlich "Spontis" und Unorganisierte, allerdings arbeiteten auch ASten mit, an denen der Kommunistische Bund (KB) und der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (Bayern) beteiligt waren. Nach Einschätzung der GIM war der VDS "durch den dominierenden Einfluß der Reformisten ... mehr eine Verwaltung der Studentenbewegung als Kampforgan" (wt Nr.153, 07.04.1977). Die Basisgruppenfraktion sei "das einzige Forum für die Entwicklung einer sozialistischen Hochschulpolitik innerhalb der VDS" (wt Nr.198, 23.02.1978), wenngleich ein gemeinsames Konzept fehlte, welches nach den Vorstellungen der GIM vor allem "für den Erhalt und die Weiterarbeit einer unabhängigen, demokratischen Studentenbewegung an allen Hochschulen" mobilisiere, "eine Demokratisierung der VDS zugunsten direkter Kontrolle durch die Basisorgane der Studentenschaft an allen Hochschulen" anstrebe sowie den "Widerstand gegen die kapitalistische Studienreform" organisiere (ebd.).

Mit Büchertischen, "was tun"-Verkauf und ähnlichen Aktivitäten versuchte die GIM auch Studentinnen und Studenten für ihre politischen Ziele insgesamt zu gewinnen.

Seit Ende der 70er Jahre ist der Einfluß der GIM an den Hochschulen deutlich zurückgegangen. Im Bereich der Hochschularbeit gab es seitdem keine organisierten GIM-Aktivitäten mehr. Der Zeitpunkt erklärt sich vor allem durch die NK der GIM im Juni 1979 und der dort beschlossenen "Wende zur industriellen Arbeiterschaft". Diese NK erklärte "es für notwendig, in der gesamten Mitglied-schaft die Bereitschaft zu wecken, die Berufswahl diesem Ziel unterzuordnen und entsprechend zentral und örtlich festgelegter Schwerpunkte zum Erreichen dieses Ziels beizutragen" (wt Nr.267/268, 28.06.1979).

Im Bereich der allgemeinen Jugendpolitik legte die GIM ihren Schwerpunkt auf die Arbeitslosigkeit. Ihr Ziel war es, das Recht auf Arbeit und Ausbildung zu erkämpfen, wobei die Jugendlichen sich nicht auf die "Gewerkschafts-bürokratie" verlassen sollten, da diese "personell zu sehr verwachsen mit der SPD" sei (wt Nr.74, 16.04.1975). Notwendig sei daher der Zusammenschluß von Jugendlichen in selbstorganisierten Gruppen, die allerdings "auf die Gewerkschaften ausgerichtet" (ebd.) sein sollten. Die GIM wies darauf hin, daß Jugendliche (ebenso wie Frauen und Ausländer) besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, denn von rund einer Million Arbeitslose seien 100.000 unter 20 Jahre, weitere 150.000 bis 25 Jahre alt (vgl. wt Nr.76, 16.05.1975). Die Jugendarbeitslosigkeit müsse als Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit bekämpft werden, daher gelte auch hier die Losung "Verteilung der Arbeit auf alle Hände - voller Lohnausgleich!" (ebd.). In einem Sofortprogramm der GIM gegen Jugendarbeitslosigkeit (1975) wurden die konkreten Forderungen der Jugendlichen aufgeführt, so wurde vor allem eine Arbeitslosenunterstützung von mindestens 600 DM, auch für Schulabgänger die keine Lehrstelle oder keine Arbeit gefunden haben, gefordert. Neben Forderungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen (z.B. gegen die Reduzierung von Lehrstellen im Öffentlichen Dienst) und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze (z.B. die Übernahme leerstehender Fabriken durch die Öffentliche Hand und die Einrichtung von Lehrwerkstätten) wurde auch eine Ausweitung des Kündigungsschutzes für Jugendliche gefordert. Dieses Sofortprogramm müsse "gegen die Logik der Kapitalisten" durchgesetzt werden, indem der Kampf sich direkt gegen das "am Profit orientierte Ausbildungssystem" richte (ebd.).[143] Des weiteren trat die GIM für die

---

[143] Diese Ausrichtung findet sich auch in der Wahlplattform der GIM zur Bundestagswahl '76, Frankfurt/M. 1976 (Kapitel 9: Für die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend, S.27-29). Auch in der Resolution der Delegiertenkonferenz der GIM zur Jugendarbeit vom Juni 1982 (Für eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation!, Frankfurt/M. 1983) war die Jugendarbeitslosigkeit ein zentrales Problem.

Verstaatlichung der Berufsausbildung ein, diese solle von den Gewerkschaften kontrolliert und von den Unternehmern finanziert werden.

Mit dem Sofortprogramm und ihren weitergehenden Vorstellungen beteiligte sich die GIM an den Initiativen gegen Jugendarbeitslosigkeit und versuchte einen einheitlichen gewerkschaftlichen Kampf dagegen zu entwickeln. Wiederholt setzte sich die GIM für eine Orientierung auf die Gewerkschaften ein, warnte aber davor, die eigenen Aktivitäten von der Gewerkschaftsbürokratie bremsen und vereinnahmen zu lassen. Eine solche Ausrichtung trage im Kampf gegen Jugend- und allgemeine Arbeitslosigkeit auch zu einer Demokratisierung der Gewerkschaften bei.

In den Bereich Jugendpolitik lassen sich auch die Aktivitäten der GIM gegen Wohnungsnot einordnen, da die "Instandbesetzer- und Häuserkampfbewegung" Anfang der 80er Jahre vor allem aus Jugendlichen bestand. Die Wohnungsmisere träfe Jugendliche besonders, da diese sich kaum noch eine eigene Wohnung leisten könnten und auch selbstverwaltete Jugendzentren kaum existierten. Konkret forderte die GIM daher die "Verstaatlichung aller leerstehenden Wohnungen" und trat "für autonome, selbstverwaltete Jugendzentren" ein. Des weiteren dürfe "die Miete 10% des Haushaltseinkommens nicht übersteigen". Hierfür sei ein "staatliches Programm des sozialen Wohnungsbaus" erforderlich - dies beinhalte auch ein "Berufsverbot für Makler" (vgl. wt Nr.307, 03.04.1981).

In der Zeit von 1981 bis 1986 legte die GIM - unter dem Eindruck des großen Engagements von Jugendlichen in den neuen sozialen Bewegungen (vor allem in der Friedens- und Alternativbewegung), aber auch gewachsener Möglichkeiten im Bereich der Gewerkschaftsjugend - ihren Schwerpunkt auf den Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Jugendorganisation (JO). Die Grundlage hierfür war praktisch der Zusammenschluß örtlicher revolutionär-sozialistischer Jugendgruppen mit der Jugendkommission der GIM mit dem Ziel einer handlungsfähigen bundesweiten Organisation sowie theoretisch die Resolution der GIM zur Jugendarbeit. Die GIM beschrieb darin die Jugendlichen als die dynamischsten Aktivisten in den Arbeitskämpfen und in den sozialen Massenbewegungen. Die JO solle vor allem auf Aktionen orientieren und sich nur auf "einige wenige programmatische Grenzpfähle" beziehen. Hierbei seien ein weltweiter, selbstverwalteter Sozialismus als Ziel zu benennen sowie Schwerpunkte für das Eingreifen der JO zu beschreiben. Beispiele seien - neben dem Engagement gegen die kapitalistische Krise und die Unterdrückung der Frau - der Kampf gegen die NATO-Raketen, die Solidarität mit Solidarnosc und die Unterstützung der Revolution in Mittelamerika. Eine politische Solidarität der JO zur GIM und zur IV. Internationale widerspreche nicht dem Grundsatz einer unabhängigen JO, da die "GIM-Disziplin" nur für die GIM-Mitglieder in der JO gelte und deren Anteil in der JO "nicht mehr als 20% der Mitgliedschaft" umfassen sollte. Die GIM sollte sich daher beim Aufbau der JO auf Vorschläge, Hilfestellungen und Spenden beschränken (vgl. Für eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation!, a.a.O., S.24ff). Da administrative Befugnisse über die JO entschieden abgelehnt wurden, müsse die GIM durch ihre Argumente und ihre Praxis überzeugen. Hierbei wurden offizielle, gleichberechtigte und durchschaubare Beziehungen von Organisation zu Organisation angestrebt.[144]

---

[144] Im GIM-Rundbrief (Nr.1/85, Januar 1985, S.16) heißt es im "ZK-Resolutionsentwurf zur Zusammenarbeit zwischen GIM und RSJ-roter Maulwurf" (die JO nannte sich ab Okt. 1984 Revolutionär-Sozialistische Jugend (RSJ-Roter Maulwurf)): "Bei politischen Diskussionen innerhalb der RSJ-rM vertreten die GIM-Mitglieder die jeweils beschlossene Linie der GIM. Können unsere Mitglieder in der Beschlußfassung nicht überzeugen und nimmt die RSJ-rM Beschlüsse an, die der Linie

Das Bestreben der GIM, eine JO aufzubauen, war auch auf das Projekt "Wende zur Industrie" bezogen, da Schülerinnen und Schüler in ihrer Berufswahl noch flexibel seien und darüber hinaus eine gezielte Arbeit unter der Arbeiterjugend betrieben werden sollte. Des weiteren sei der Aufbau einer JO ein Schritt, um Jugendliche auch für die GIM zu gewinnen und somit einer Überalterung entgegenzuwirken.

Innerhalb der JO sollten sich Minderheitspositionen organisiert ausdrücken können und mehrheitlich getroffene Entscheidungen gemeinsam durchgeführt werden. Gemeinsame Diskussionen und Aktionen mit anderen Strömungen der Jugend wurden ebenso angestrebt wie die Zusammenarbeit mit internationalen JOs, die in Sympathie zur IV. Inter-nationale standen.

Neben der Herausgabe der Jugendzeitung "roter Maulwurf", eigener Broschüren und anderer Informationsmaterialien führte die JO eigene Veranstaltungen und Schulungen durch und mobilisierte für die Teilnahme an den Sommerlagern der JOs, die in Sympathie zur IV. Internationale standen. Diese Sommerlager wurden seit 1984 jährlich durchgeführt und unterstrichen auch das Bemühen der gesamten IV. Internationale - seit Anfang der 80er Jahre - JOs aufzubauen (vgl. wt Nr.353, 12.05.1983). Neben einem Freizeit- und Kulturprogramm ermöglichte es ein umfangreiches politisches Programm, die Theorie und Praxis der IV. Internationale kennenzulernen sowie in einen Erfahrungsaustausch mit Jugendlichen aus anderen Ländern zu kommen. Da diese Sommerlager "selbstorganisiert" waren und alle Lagerteilnehmenden die Probleme und Aufgaben gemeinsam diskutierten und kollektiv umsetzten, ließen diese Camps auch "ein stückweit" die sozialistische Perspektive praktisch werden (vgl. wt Nr.388, 30.08.1984).

Sommerlager der europäischen Jugendorganisationen in Sympathie zur IV. Internationale

1984: BRD (Schwarzwald), 650 Teilnehmende / davon 90 aus der BRD (vgl. wt Nr.388, 30.08.1984)

1985: Südfrankreich, mehr als 800 Teilnehmende / davon ca. 80 aus der BRD (vgl. wt Nr.413, 12.09.1985)

1986: Franz. Zentralmassiv, 550 Teilnehmende / davon 23 aus der BRD (vgl. wt Nr.436, 28.08.1986)

Entwicklung der Jugendorganisation[145]

Oktober 1981: 3 örtliche Gruppen + Jugendkommission der GIM (vgl. wt Nr.318, 07.10.1981)

Jahreswende 1981/82: Bildung einer bundesweiten Koordination (vgl. wt Nr.326, 18.02.1982)

Juni 1982: 6 Gruppen mit etwa 50 Mitgliedern (vgl. Die revolutionären Marxisten zur Situation in der BRD, a.a.O., S.4)

---

der GIM widersprechen, dann führen unsere Mitglieder in der RSJ-rM die Beschlüsse der RSJ-rM solidarisch aus. Auch hier gilt unser generelles Herangehen, zunächst den Test einer Linie in der Praxis zu organisieren, bevor auf die Revision einer möglicherweise falschen Linie hin gekämpft wird."

[145] Diese Angaben decken sich mit denen der Verfassungsschutzberichte (a.a.O.). Dort wurde der Mitgliederstand der "Roten Maulwürfe" wie folgt angegeben: 1983: über 150, 1984: etwa 150, 1985: weniger als 100.

Januar 1983: 12 Ortsgruppen (vgl. wt Nr.345, 13.01.1983)

19./20.11.1983: 1. Vollversammlung der "Maulwürfe" - 17 örtliche Gruppen mit über 150 Mitgliedern (vgl. wt Nr.367, 01.12.1983)

13./14.10.1984: Gründungskongress als RSJ-Roter Maulwurf (vgl. wt Nr.392, 25.10.1984)

September 1985: ca. 90 Mitglieder (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.18/85, Okt. 1985, S.26)

August 1986: ca. 60 Mitglieder (vgl. GIM-Rundbrief, Nr.17/86, Aug. 1986, S.5)

20./21.09.1986: Vereinigung von RSJ-Roter Maulwurf und Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) zu den Autonomen Sozialistischen Jugendgruppen (ASJG) (vgl. wt Nr.438, 25.09.1986)

Das relative Wachstum der "Maulwürfe" 1982-83 war vor allem auf deren Aktivitäten in der Friedensbewegung zurückzuführen, wo diese insbesondere für Streiks (in Schulen, Universitäten und Betrieben) gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen als weitestgehende Aktionsform eintraten sowie durch ihre Orientierung auf die Arbeiterbewegung, die Forderung nach NATO-Austritt und die Solidaritätsarbeit zu Zentralamerika über ein eigenes Profil verfügten. Bedeutsam war hierbei die Herangehensweise der "Maulwürfe", die am Aufbau der sozialen Bewegungen teilnahmen und versuchten, eine "korrekte Perspektive für die Durchsetzung ihrer Ziele anzugeben", anstatt "Forderungen *an* die Massenbewegungen" zu stellen und zu "versuchen diese vor ihren Parteikarren zu spannen" (Für eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation!, a.a.O., S.18). Daß sich diese Aufwärtsentwicklung nicht fortsetzte, wurde darauf zurückgeführt, daß es keine zentrale Kampagne mehr gab, sondern die noch geringen Kräfte an mehreren Bereichen gleichzeitig arbeiteten (Nicaragua, 35-Stunden-Woche, Rassismus, Frauen). Auch die rückläufige Unterstützung durch die GIM, unter dem Stichwort "Unabhängigkeit der JO", wurde als Grund angeführt. Der Gründungskongreß der "Revolutionär-Sozialistischen Jugend - Roter Maulwurf" am 13./14.10.1984 fand somit bereits in einer Phase der Stagnation statt.[146]

Dennoch konnten zumindest in der Nicaragua-Solidaritätsarbeit positive Ergebnise erzielt werden. Auf Einladung der Juventud Sandinista (JS) war eine Vertreterin der RSJ-rM im Oktober 1984 als Wahlbeobachterin in Nicaragua. Hierzu veröffentlichte der ISP-Verlag einen kleinen Band, der vor allem Jugendliche für die Nicaragua-Solidarität gewinnen sollte (Nicaragua: Die Jugend der Revolution, Frankfurt/M. 1984) und "zu einem kleinen Verkaufsschlager geworden ist". Im Anschluß an das 1. Internationale Sommerlager - an dem auch ein Vertreter der JS teilnahm - führten die "Maulwürfe" in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in mehreren Städten eine Veranstaltungsreihe mit einer Delegation der JS durch, an der "mehrere tausend" zumeist junge Menschen teilnahmen (vgl. wt Nr.409/410, 10.07.1985).

Parallel zu den Vereinigungsbestrebungen der GIM mit der KPD (ehemals: KPD/ML) entwickelten sich auch Kontakte zwischen den "Maulwürfen" und der KPD-nahen Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD). Beide Jugendorganisationen wiesen darauf hin, daß die Beziehungen zwischen "Maulwürfen" und KJD unabhängig von GIM und KPD abliefen.

---

[146] Nach der Gründung der RSJ-rM und der Bildung entsprechender Organisationsstrukturen wurde die Jugendkommission der GIM aufgelöst, da sie den Eindruck einer GIM-Fraktion in der JO erweckt und Skepsis gegenüber der Bundesleitung der RSJ-rM ausgedrückt hätte.

Die Initiative in Richtung einer Vereinigung ging hierbei von der KJD aus, nachdem die "Maulwürfe" sich anfangs eher zurückhaltend bis skeptisch äußerten. Durch Informationsaustausch, Gespräche und gemeinsame Aktivitäten - sowohl an der Basis, wie auch auf Leitungsebene - stellten sich aber, praktisch wie auch programmatisch, ausreichende Übereinstimmungen heraus, um die Bildung einer gemeinsamen, unabhängigen JO anzustreben (vgl. wt Nr.419, 12.12.1985). Die Gründung als Autonome Sozialistische Jugendgruppen (ASJG) erfolgte dann am 20./21.09.1986 sogar noch zwei Wochen vor der Vereinigung von GIM und KPD (vgl. wt Nr.438, 09.10.1986).[147]

Tendenzauseinandersetzungen, wie sie in der GIM stattfanden, scheinen in der JO keine besondere Rolle gespielt zu haben (vgl. wt Nr.392, 25.10.1984), wenngleich es auch einige "Maulwürfe" gab, die wie die GIM-Minderheit sich nicht an der Vereinigung beteiligten, sondern zu den Grünen wechselten.

Da sowohl die grundsätzlichen, als auch die sozusagen tagespolitischen Positionen der JO in der generellen Linie mit denen der GIM übereinstimmten, erübrigt sich eine nähere Betrachtung.

9. Die Wahlpolitik der GIM

Nachdem die Mitglieder der IV. Internationale in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren im Rahmen des "Entrismus" zur Wahl der SPD aufgerufen und sich davon eine mobilisierende Wirkung auf den Klassenkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter versprochen hatten, erfolgte mit der Gründung der GIM 1969 eine Umorientierung. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 1972 sprach sich die GIM für Wahlenthaltung aus und gab bei den folgenden Landtagswahlen verschiedentlich Wahlempfehlungen für "re-volutionäre" Kandidaturen (vgl. Brandt/Steinke, a.a.O., S. 1639f).[148] Hierunter verstand die GIM sowohl den KBW und die KPD [Maoisten][149], als auch den Spartacusbund[150]. Diese seien - trotz der zahlreichen Differenzen mit der GIM - "Organisationen, die die revolutionäre Lösung der Krise verkörpern" (wt Nr.61, 09.10.1974), und eine Stimmabgabe für diese Organisationen dokumentiere, "daß die Krise des Kapitalismus nicht im Parlament gelöst werden kann" (wt Nr.70, 21.02.1975). Mitte der 70er Jahre rief die GIM zur Wahl der "Kandidaten der Linken" auf, worunter neben dem KBW auch die DKP[151] verstanden wurde. Entscheidend war hierbei die Ablehnung einer Politik, "die darauf hinausläuft, die Arbeiterklasse für die kapitalistische Krise bezahlen zu lassen" (wt Nr.97, 05.03.1976).

---

[147] Die ASJG lösten sich später auf. Die aus der Vereinigung von GIM und KPD hervorgegangene VSP strebte keine eigene JO an und unterstützte verschiedene radikale linke Jugendansätze.

[148] Eine Ausnahme bildeten - wie bereits in Fußnote 68 angeführt - die Wahlen in Niedersachsen 1973, wo die GIM zur Wahl der SPD und der DKP aufrief, da "keine Kandidaten aus dem revolutionären Lager aufgestellt worden sind" (wt Nr.52, 30.05.1974).

[149] Siehe hierzu auch Pkt. 4.5. (K-Gruppen).

[150] Siehe hierzu auch Pkt. 4.6. (Andere trotzkistische Organisationen).

[151] Siehe hierzu auch Pkt. 4.4. (DKP).

Bei den Bundestagswahlen 1976 kam es zur ersten und einzigen Kandidatur der GIM. Die "Perspektive der Fortsetzung der dezidiert rechten Politik Helmut Schmidts" in einer Situation, "wo die SPD-Regierung die offene Ausplünderung und Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse im Interesse der Unternehmer betreibt", erfordere die Eigenkandidatur der revolutionären Marxistinnen und Marxisten (vgl. Resolution des Zentralkomitees der GIM, in: wt Nr.106, 13.05.1976).[152] Hierbei sah die GIM "Möglichkeiten, bürgerliche Wahlen als Hebel zur Propagierung und Verankerung eines Klassenkampfprogramms zu nutzen" (wt Nr.115-117, 15.07.1976), wobei neben dem stärkeren politischen Interesse der Bevölkerung in Wahlkampfzeiten auch die Selbstdarstellung in Fernseh- und Rundfunkspots bedeutsam sei.[153] Als Beispiel für die Schwierigkeiten der GIM mit der Ausstrahlung ihrer Wahlspots ist im Anhang die Ablehnung des WDR dokumentiert, einen Fernsehspot der GIM auszustrahlen.[154]

In den Vordergrund ihres Wahlkampfes stellte die GIM ihre gewerkschaflichen Positionen und ihre klassenpolitischen Forderungen. Des weiteren wurden Forderungen für Frauen (z.B. die ersatzlose Streichung des §218), für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter und gegen die Einschränkung der demokratischen Rechte propagiert. In der "Wahlplattform der GIM zur Bundestagswahl '76" (Frankfurt/M. 1976) wurde im 16. Kapitel auch die grundsätzliche Perspektive "Für Sozialismus - für Rätedemokratie" beschrieben (ebd., S.45ff).

Das Ergebnis der GIM entsprach ihren Erwartungen: in den 12 Wahlkreisen, in denen sie Direktkandidaten (es waren tatsächlich nur Männer) aufgestellt hatte, erhielt sie 2035 Erststimmen, die drei Landeslisten (Hamburg, Baden-Württemberg und NRW) erreichten 4767 Zweitstimmen (vgl. wt Nr.127, 06.10.1976).[155] Die GIM bezeichnete ihr Wahlergebnis als Stimmen "für die Schaffung einer klassenkämpferischen Alternative", wobei die GIM "noch keine organisatorische Alternative" zur SPD darstelle (vgl. ebd.). Wenngleich das Ergebnis bundesweit gesehen "ein Nichts" sei, so sei es dort, wo die GIM kandidiert habe, immerhin "überall im "zählbaren" Bereich, meist bei 0,1 Prozent, in einigen Fällen darüber" (ebd.).

In den folgenden Jahren sprach sich die GIM für die Bildung breiter sozialistischer Listen aus, konnte sich aber im Zuge der grünen und alternativen Listenbildungen nicht durchsetzen.

---

[152] Der ZK-Beschluß zur Eigenkandidatur der GIM wurde von der NK im Mai 1976 mehrheitlich bestätigt. Eine Minderheit sprach sich vor allem aufgrund des geringen Grades der Verankerung in der Arbeiterklasse und des Entwicklungsstandes der GIM gegen eine Kandidatur aus (vgl. wt Nr.110, 10.06.1976).

[153] Unter der Fragestellung "Schürung parlamentarischer Illusionen durch Wahlbeteiligung?" heißt es in der wt (Nr.115-117): "Die Arbeiterklasse kann kein Interesse haben an einer Eroberung des Parlaments, ihr Ziel ist die Zerstörung des Parlamentarismus und seine Ersetzung durch die eigene Staatsmacht des Proletariats: die Räte. Das System der repräsentativen Demokratie, d.h. die Ausschaltung der direkten Demokratie der Massen, ist unbrauchbar für die Verwirklichung des historischen Zieles der Lohnabhängigen, des Sozialismus." Dennoch sei es sinnvoll, daß "eine revolutionäre Partei der bürgerlich-parlamentarischen Politik den Standpunkt des Klassenkampfs entgegenstellt und die Parlamentstribüne als eine ihrer Möglichenkeiten nutzt, sich an die Massen zu wenden und sie zu eigener Aktivität aufzurufen."

[154] Das Schreiben des WDR wurde auf der Rückseite eines GIM-Flugblatts mit dem Titel "Zensur im WDR" veröffentlicht - daher erklärt sich die schlechte Qualität dieses Dokuments. Im ZDF und im NDR/WDR I-Hörfunkprogramm lief der gleiche Wahlspot unbeanstandet. Demnach sei die "Zensur-Maßnahme des WDR ... völlig willkürlich" (ebd.), zumal der beanstandete Satz ".. nur eine Prognose über die mögliche politische Entwicklung in der BRD (enthält)" (wt Nr.125, 23.09.1976).

[155] In den Wahlkreisen, in denen die GIM nicht kandidierte, rief sie zur Wahl von Kandidierenden und Organisationen auf, "die sich auf die Interessen der Arbeiter berufen" (Wahlplattform der GIM, a.a.O., S.54).

Dementsprechend rief die GIM im Falle eindeutig links von der SPD stehender alternativer Listen zu deren Wahl auf, verwies aber in anderen Fällen auf kleinbürgerliche Kräfte und das fehlende Aufgreifen von Arbeiterforderungen um die Ablehnung eines Wahlaufrufs zu begründen.[156]

Zur Bundestagswahl 1980 rief die GIM, nach heftigen Kontroversen, offensiv zur Wahl der SPD auf ("Stoppt Strauss! Wählt SPD! Für eine sozialistische Alternative zu Schmidt!"), wobei sie vor allem die besseren Kampfbedingungen unter einer SPD-Regierung betonte. Auch 1983 sprach sich die GIM für die Wahl der SPD aus[157] - die Begründung wurde allerdings zurückhaltender formuliert (vgl. wt Nr.348, 24.02.1983).[158] Theoretisch wurde der Wahlaufruf für die SPD als die "Anwendung der Einheitsfronttaktik auf Wahlen" bezeichnet, die "als einzige Taktik erlaubt, mit der Masse der Arbeiter auf allen Ebenen, auch auf der Ebene der Wahlen, gegen Kohl und Kapital vorzugehen" (GIM-Rundbrief, Nr.2/83, März 1983, S.13).

Aufgrund der Flick-Affäre 1984 entfaltete die GIM eine Kampagne für den Rücktritt von Kanzler Kohl und Neuwahlen zum Bundestag. Diese Kampagne erhielt zumindest im Gewerkschaftsbereich eine gewisse Beachtung.[159] Dementsprechend lautete die Parole der GIM anläßlich mehrerer Wahlen am 10.März 1985 "Gegen Kohl und Flick stimmen!". Hierbei legte die GIM die Wahl der Grünen und Alternativen nahe, da "vor allem die Stimmen ... ein Gradmesser für Kräfte sein (werden), die zugleich ein Ende der Wende und eine grundsätzlich andere Politik wollen" (wt Nr.399, 14.02.1985).

Im Zuge der Bestrebungen zur Einheit der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten trat die GIM auch für "Wahlbündnisse auf gemeinsamer politischer Grundlage" ein, "um die Stimme des revolutionären Sozialismus hörbarer zu machen" (wt Nr.421, 23.01.1986). Ein direkter Wahlaufruf für die SPD und die Grünen wurde nun ausgeschlossen, da es eine Illusion sei, daß "eine Regierungsbeteiligung der Grünen .. die SPD in wesentlichen Fragen nach "links" drücken (könne)" (ebd.). Im Vordergrund müsse daher weiterhin die negative Antwort auf die Regierungsfrage stehen: "Weg mit der Rechtskoalition". Hierbei käme es vor allem auf die Mobilisierung der Lohnabhängigen an (vgl. ebd.).

Die häufigen Schwankungen der GIM in der Frage des Wahlaufrufs erklären sich durch die jeweiligen Schwerpunktsetzungen der GIM im Aufbau der eigenen Organisation. Dementsprechend wurde zur Wahl von K-Gruppen aufgerufen, als die GIM versuchte in diesem Spektrum ihren Einfluß zu verstärken, zur Wahl alternativer Listen, als die GIM sich bemühte auf die Diskussionen in diesem Spektrum stärker einzuwirken, zur Wahl der SPD, nachdem die GIM die "Wende zur industriellen Arbeiterschaft" beschlossen hatte, und zuletzt das Bemühen um revolutionär-sozialistische Kandidaturen im Zuge der Vereinigungsbestrebungen zwischen der GIM und der KPD.

---

[156] Siehe hierzu auch Pkt. 4.3. (Die Grünen).

[157] Nachdem es zu keiner Kandidatur im Rahmen der DS kam (siehe hierzu auch Pkt. 4.2. (Demokratische Sozialisten)), führte die GIM auch mit der KPD, dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) und der MLPD Gespräche über ein linkes Wahlbündnis, die allerdings scheiterten (vgl. wt Nr.344, 16.12.1982). Lediglich die KPD und der BWK einigten sich auf ein Wahlbündnis.

[158] Siehe hierzu Pkt. 4.1. (SPD).

[159] Siehe hierzu die im ISP-Verlag erschienene Broschüre "Bundesrepu*flick* Deutschland", Frankfurt/M. 1984.

10. Der Weg zur Vereinigung von GIM und KPD

Die Einschätzung der GIM, daß die angestrebte sozialistische Massenpartei nicht durch ein kontinuierliches Wachstum der eigenen Organisation entsteht, führte - wie bereits beschrieben wurde - zu zahlreichen Bemühungen, deren Ziel Umgruppierungen und Neuformierungen einer sozialistischen und radikalen Linken waren. Überraschend ist, daß gerade die Vereinigungsperspektive mit der KPD erfolgreich - mit der Gründung einer gemeinsamen Organisation - abgeschlossen werden konnte.

In den 70er Jahren zeichnete sich die KPD (damals noch KPD/ML) durch Sektierertum, Dogmatismus und Zentralismus aus und lehnte Aktionseinheiten mit trotzkistischen Organisationen - die sie als "politische Agentur der Bourgeoisie in der revolutionären Bewegung" bezeichnete ("Warum können Revolutionäre keine Aktionseinheit mit Trotzkisten eingehen?", 6seitige Flugschrift der KPD/ML und der JO Rote Garde, OG Münster o.J. - vermutlich 1974, S.1) - grundsätzlich ab. Sogar gewalttätige Aktionen gegen Veranstaltungen trotzkistischer Organisationen wurden Mitte der 70er Jahre von der KPD/ML unterstützt. Eine deutliche Selbstkritik und eine Neubestimmung ihrer Politik erfolgte verstärkt ab 1982. Das Hauptziel der KPD wurde die "Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei", deren Grundlage weder der Trotzkismus noch der Marxismus-Leninismus sein könne, da "alle diese besonderen Strömungen des Marxismus zu einer Verengung und Dogmatisierung des Marxismus geführt haben, die es gerade aufzubrechen gilt" (ZK der KPD zum Gespräch mit der GIM im November 1984, zit. in: GIM-Rundbrief, Nr.10/84, S.8). Diesem Ziel diente auch die Herausgabe der "Gemeinsamen Beilage", an der sich auch die GIM, nach Diskussionen mit der KPD, beteiligte.[160]

Die ersten Berührungspunkte zwischen der GIM und der KPD erfolgten Ende 1981, als die KPD - ebenso der BWK - den Vorschlag der GIM zur Bildung einer "Sozialistischen Liste" zu den Wahlen in Hamburg unterstützte und eine ähnliche Position zu den grünen und alternativen Listen formuliert wurde (vgl. wt Nr.325, 28.01.1982). Auch an den Diskussionen über ein Wahlbündnis zur Bundestagswahl 1983 beteiligten sich die GIM und die KPD.[161] Im Februar 1984 nahm erstmals ein Leitungsmitglied der KPD an einer NK der GIM teil, nachdem es zwei Treffen der beiden Organisationen auf Leitungsebene gegeben hatte.

Die Zusammenarbeit zwischen GIM und KPD entwickelte sich praktisch vor allem im Kampf für die 35-Stunden-Woche und beim Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit (1984). Bei zahlreichen tagespolitischen Fragen konnten sowohl auf zentraler als auch auf örtlicher Ebene Gemeinsamkeiten festgestellt werden, die sich in den grundsätzlichen theoretischen Debatten zwischen GIM und KPD fortsetzten. Hierbei betonte die GIM, daß die KPD sich im Zuge der Neubestimmung ihrer programmatischen Aussagen für "eine sozialistische Demokratie mit Räten, Mehrparteiensystem, Presse-, Versammlungs-, Organisations-Freiheit, Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit" (wt Nr.404, 25.04.1985) ausgesprochen hatte. Übereinstimmungen gäbe es auch in der Einschätzung der "Rolle der Arbeiterklasse als Subjekt gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse" und der "Notwendigkeit des revolutionären Wegs" (ebd.). Des weiteren habe sich die KPD eindeutig davon getrennt, die Frauenunterdrückung als "Nebenwiderspruch"

---

[160] Siehe Fußnote 59.

[161] Siehe Fußnote 157.

zu betrachten, und sei dabei zu feministischen Positionen gelangt, die auch die GIM vertrete (vgl. wt Nr.418, 21.11.1985).

Aufgrund dieser Entwicklungen schlug die GIM vor, den in der KPD diskutierten Programmentwurf als Grundlage für die Diskussion über das Programm der beiderseits angestrebten gemeinsamen Organisation zu nutzen.[162] Die Vereinigungsperspektive wurde hierbei als ein "erster Schritt zur Herausbildung einer parteipolitischen sozialistischen Alternative, die diesen Namen verdient" verstanden (wt Nr.419, 12.12.1985).

Allerdings gab es in beiden Organisationen auch Minderheiten, die die angestrebte unabhängige, vereinigte Organisation ablehnten.[163] In der GIM sprach sich auf der NK am 30.11./01.12.1985 "etwas mehr als ein Fünftel der Delegierten ... für eine organisierte Arbeit der GIM bzw. der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten in der Grünen Partei aus" (ebd.), wobei die Vereinigungsperspektive von GIM und KPD in diesem Sinne begrüßt wurde. Als Ziel eines Eintritts in die Grünen - traditionell auch als Entrismus bezeichnet - wurde die Stärkung des ökosozialistischen Flügels benannt, um Diskussionsprozesse zu beeinflussen, Kampagnen zu entwickeln und für eine Einheitsfrontpolitik gegenüber der SPD einzutreten. Die Mehrheit der GIM betonte demgegenüber die Notwendigkeit einer unabhängigen sozialistischen Partei, da die Grünen als außerhalb der Arbeiterbewegung stehend betrachtet wurden.[164]

Im Verlauf dieser Debatte spitzten sich die Positionen zu. Während die GIM-Mehrheit von einer "Aufbruchstimmung" sprach und in der Vereinigung einen Beitrag "gegen den Strom von Sektierertum und grüner Resignation" sah (wt Nr.419, 12.12.1985), stellte die GIM-Minderheit eine "selbstbetrügerische Euphorie" fest und befürchtete "weitere Vereinigungen mit politisch ratlosen und oftmals extrem sektiererischen Organisationen aus dem Umfeld des Beilagenkreises" (GIM-Rundbrief, Nr.4/86, März 1986, S.18).

Auf der außerordentlichen Konferenz der GIM am 28./29.Juni 1986 wurde die Auflösung der GIM und die Vereinigung mit der KPD mit 63 Für- und 15 Gegenstimmen, bei 2 Enthaltungen, beschlossen.[165] Da die GIM-Minderheit nicht bereit war, "Verhandlungen über eine zeitlich begrenzte und genau definierte minderheitliche Praxis aufzunehmen" (wt Nr.432, 03.07.1986) - wie es die GIM-Mehrheit vorgeschlagen hatte -, erfolgte der Austritt von 43 GIM-Mitgliedern, die dann bei den Grünen eintraten.

---

[162] Siehe hierzu auch die von beiden Organisationen herausgegebenen Dokumentationen "Die Vereinigungsverhandlungen zwischen GIM und KPD für eine gemeinsame revolutionär-sozialistische Organisation" (Dortmund/Frankfurt/M. 1985) und "Dokumente zur Vereinigung von GIM und KPD" (Dortmund/Frankfurt/M. 1986).

[163] In der KPD formierten sich Anfang 1985 die Gegnerinnen und Gegner jeder Form der Vereinigung von GIM und KPD als "Marxisten-Leninisten in der KPD" und bezeichneten das ZK der KPD als "trotzkistisch". Am traditionellen ML-Kurs festhaltend verließen diese ca. 100 Mitglieder Ende 1985 die KPD - und bezeichneten sich selbst als die "richtige KPD".

[164] Eine Intensivierung der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik in der vereinigten Organisation versprach sich die GIM-Mehrheit durch "die stark proletarisch geprägte Zusammensetzung der KPD und ihre Arbeit im industriellen Sektor" (GIM-Rundbrief, Nr.10, November 1984, S.11).

[165] Das Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale begrüßte diese Entscheidung.

Nachdem sich auch bei einer Urabstimmung der KPD 83% der gesamten Mitgliedschaft[166] für die Vereinigung mit der GIM ausgesprochen hatte, erfolgte am 04./05.Oktober 1986 in Dortmund die Vereinigung von GIM und KPD zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP).

Aufgrund des zweijährigen gemeinsamen Diskussionsprozesses und der hierbei erreichten Einigkeit wurde das Programm der VSP ohne Gegenstimme und mit zwei Enthaltungen angenommen. Offen blieb hierbei allerdings die Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung der Sowjetunion und die Charakterisierung der RGW-Staaten. Hierzu sollte eine gemeinsame Debatte in der neuen Organisation geführt werden.

Zur Frage der Mitgliedschaft in der IV. Internationale beschloß die Vereinigungskonferenz eine besondere Regelung, wonach die ehemaligen GIM-Mitglieder in der VSP "... individuelle Mitglieder der Vierten Internationale (sind)" und das Recht zu eigenen Treffen haben, "um über Angelegenheiten der Vierten Internationale zu sprechen und zu entscheiden" ("Vereinbarungen zur Vierten Internationale", in: VSP-Programm, Köln 1986, S.63). Eine Entscheidung "ob sich die VSP der Vierten Internationale anschließt oder nicht bzw. welche konkrete Haltung die VSP zum Aufbau einer internationalen revolutionär-sozialistischen Organisation einnimmt" (ebd., S.64) sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.[167]

Die Vereinigungskonferenz, die unter dem Motto "Vereinigen statt spalten" stand, wurde als "hoffentlich erster Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der sozialistischen Linken" (Roter Morgen/was tun[168], 17.10.1986) betrachtet und sollte auch ein Signal für andere revolutionäre Organisationen sein.[169] Dementsprechend betont das Vorwort des VSP-Programms erneut, "daß die VSP nur ein Teil der Kräfte und Personen ist, die sich für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft einsetzen" (a.a.O., S.4). Im VSP-Programm erfolgt daher eine Selbstdefinition als "eine kleine sozialistische, revolutionäre Partei, die ihren Beitrag zur Schaffung einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei leisten will" (ebd., S.54).

11. Die Gruppe Internationale Marxisten - Versuch einer Bilanz

Die GIM kann als ein kleiner Teil der Arbeiterbewegung und der westdeutschen Linken nach 1968 bezeichnet werden, dessen Kennzeichen die gleichzeitige Ablehnung der westlichen und östlichen Gesellschaftssysteme ist.

Auf rein quantitativer Ebene läßt sich die relative Bedeutungslosigkeit der GIM einfach belegen: Auf dem Höhepunkt ihrer organisatorischen Entwicklung verfügte die GIM über 600

---

[166] Es waren 364 KPD-Mitglieder stimmberechtigt (vgl. wt Nr.433-435, 17.07.1986).

[167] Da die Mitgliedschaft in der IV. Internationale ein zentrales Identifikationskriterium für die GIM war, ist dieser Kompromiß erstaunlich. Allerdings wurde ein späterer Anschluß der VSP an die IV. Internationale von der GIM für möglich gehalten und angestrebt. Für die Diskussion in der VSP hatte die GIM 1986 zwei grundsätzliche Texte zu diesem Thema veröffentlicht: Kellner, Was ist und was will ..., sowie die Resolution der außerordentlichen NK "Die Notwendigkeit einer revolutionären Internationale".

[168] Die Zeitung der VSP hieß nach dieser Sonderausgabe "Sozialistische Zeitung" ("SoZ").

[169] Vor allem der BWK zeigte Interesse an einer Vereinigungsperspektive mit der VSP. Die Fusionsverhandlungen scheiterten allerdings 1989. Zahlreiche sich als revolutionär verstehende Organisationen bezeichneten die Vereinigung - entweder aus "trotzkistischer" oder aus "marxistisch-leninistischer" Sicht - als "prinzipienlos".

Mitglieder (Mitte der 70er Jahre); die maximale Auflage ihrer Zeitung "was tun" betrug 9000 Exemplare (1974); bei ihrer einzigen Bundestagswahlkandidatur - mit lediglich drei Landeslisten - erreichte sie 4767 Zweitstimmen (1976). Diese Zahlen spiegeln allerdings nicht die tatsächliche Bedeutung dieser Organisation wieder.

Die Hauptarbeit der GIM erfolgte in Bündnissen und in den Gewerkschaften. Da keine finanziellen Abhängigkeiten bestanden und ihre Politik nicht von den Interessen anderer sich selbst "sozialistisch" nennender Länder geleitet wurde, konnte sie hierbei eine selbständige Politik entwickeln. Generell versuchte sie an konkreten Problemen anzusetzen, Schritte zur Verbesserung von Mißständen aufzuzeigen und eine sozialistische Perpektive zu vermitteln. Eine - wenn auch geringe - politische Verankerung konnte so in der Betriebs- und Gewerkschafts- und in der internationalistischen Solidaritätsarbeit erreicht werden. Darüber hinaus spielte sie in Bündnissen wie z.B. dem "Aktionskreis Leben - Gewerkschafter gegen Atom" und der Initiative "Solidarität mit Solidarnosc" eine wichtige Rolle und konnte sich auch in größeren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, wie z.B. beim Kampf um die 35-Stunden-Woche, als aktive und den jeweiligen Bewegungen förderliche Kraft erweisen.

Innerhalb der linksradikalen, und vor allem der kommunistischen Organisationen, nahm die GIM eine Sonderrolle ein, die sich an folgenden Punkten festmacht:

- Ablehnung der stalinistischen Gesellschaftssysteme
- Selbsteinschätzung als Teil der radikalen Linken
- Bereitschaft zu Bündnissen mit allen Gruppen der Linken bei offener Diskussion der vorhandenen Differenzen
- Betonung der Notwendigkeit einer nationalen und internationalen Organisation
- Demokratischer Zentralismus als Organisationsmodell, mit dem Recht, Tendenzen und Fraktionen innerhalb der Organisation zu bilden
- Betonung der demokratischen Rechte sowohl im Kapitalismus wie auch im Sozialismus.

Diese Positionen führten mehrfach zu erheblichen Differenzen mit anderen linksradikalen und kommunistischen Richtungen (z.B. DKP und K-Gruppen, aber auch "Spontis"), die teilweise die Verweigerung einer Zusammenarbeit mit der GIM zur Folge hatten.

Die Bündnispolitik der GIM - verstanden als Einheitsfrontpolitik - war theoretisch vor allem auf die Gewerkschaften und die SPD ausgerichtet. In der Praxis bezog sie sich allerdings zumeist auf die radikale Linke. Hierbei wechselten sich Versuche einer solidarischen Zusammenarbeit mit anderen Kräften der Linken oftmals ab mit der Betonung trotzkistischer Dogmen. Zumeist erfolgte letzteres als Reaktion auf gescheiterte Bündnisversuche bzw. bei unerfüllt gebliebenen Hoffnungen auf eine Einflußvergrößerung der GIM. Hierdurch erscheinen einige Bestrebungen als vor allem taktisch motiviert und für die jeweiligen Bündnispartner wenig vertrauenswürdig.

Aufgrund der geringen Mitgliederzahl führte der faktische Anspruch, als "Partei" alle Politikfelder abzudecken, zu häufigen Schwerpunktwechseln, wobei die Mitgliedschaft auf das jeweils für zentral gehaltene Aufgabengebiet konzentriert wurde. Während die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit durchaus als kontinuierlich zu bezeichnen ist, arbeitete die GIM in den "neuen" sozialen Bewegungen zumeist nur zeitweise - wenn diese von gesamtgesellschaftlicher

Bedeutung waren - mit. Lediglich in der Internationalismus-Arbeit und in der Frauenbewegung war die Mitarbeit der GIM - allerdings mit unterschiedlicher Intensität - dauerhaft. Kaum beachtet wurden die Aktivitäten und inhaltlichen Debatten der Ökologiebewegung, was in Anbetracht der zunehmenden Sensibilität in allen Teilen der Gesellschaft für Umweltfragen als ein großes politisches Defizit zu betrachten ist.

Ein eher positiv zu bewertendes Element des trotzkistischen Parteimodells ist das Recht zur Bildung von Tendenzen und Fraktionen und die Möglichkeit zu offenen Debatten innerhalb der Organisation - dies insbesondere aufgrund der Erfahrungen mit den stalinistischen Parteien. Dennoch zeigen sich hierbei deutliche Probleme: Die Bildung von Tendenzen und Fraktionen führte oftmals zur Vertiefung innerorganisatorischer Differenzen und erschwerte somit die Möglichkeiten einer Konsensfindung. Ein bedeutender Teil der politischen Energie der GIM wurde in internen Debatten absorbiert. Dies führte zu einem Ungleichgewicht zwischen interner theoretischer Debatte und nach außen gerichteter politischer Praxis.

Den Eindruck einer inhaltlich schwankenden Organisation dürfte auch die mehrfach geänderte Position in der Frage der Wahlaufrufe vermittelt haben. Die hierbei zugrunde liegenden taktischen Überlegungen dürften auch für viele Linke kaum nachvollziehbar gewesen sein. Daß gerade die Frage der Wahlaufrufe in den Diskussionen mit der Kommunistischen Liga (KL) und mit den Demokratischen Sozialisten (DS) zu einem Hauptpunkt der Differenzen wurde, erscheint in diesem Zusammenhang fast grotesk.

Auffällig - wenngleich nicht ungewöhnlich im Bereich der radikalen Linken - ist die vor allem jugendlich und intellektuell zusammengesetzte Mitgliedschaft der GIM. Mitgliedergewinne im Jugendbereich erreichte die GIM vor allem durch die von ihr initiierte Revolutionär-Kommunistische Jugend (RKJ) Anfang der 70er Jahre und - in geringerem Umfang - durch die "Roten Maulwürfe" Anfang der 80er Jahre. Auch die Hochschularbeit in den 70er Jahren ist an einigen Orten relativ erfolgreich gewesen. Die Hauptgründe hierfür dürften die im Vergleich zu anderen kommunistischen Organisationen differenzierteren Analysen und Argumentationen sowie der für eine kleine Organisation hohe Aktivitätsgrad sein. Des weiteren ist anzunehmen, daß die Mitgliedschaftskriterien der GIM (regelmäßige Mitarbeit, Schulung und hohe Beiträge) auf Jugendliche aufgrund ihrer Lebenssituation weniger abschreckend gewirkt haben. Allerdings deutet die Angabe von 1983, wonach das Durchschnittsalter der GIM-Mitglieder zwischen 25 und 35 Jahren lag, auf eine erhebliche Fluktuation der Mitgliedschaft hin.

Da die westdeutsche Linke sich vor allem durch ihre Zersplitterung auszeichnete, hat die GIM durch ihre Vereinigung mit der KPD zur VSP durchaus zu einer Besonderheit in der Geschichte dieses politischen Spektrums in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Allerdings entspricht dieser "Neuanfang" durchaus dem - bis dahin erfolglosen - Bestreben der GIM, zu einer organisatorischen Vereinheitlichung der sozialistischen Linken beizutragen.

Ob die Mitglieder der IV. Internationale den Weg der - auch organisatorischen - solidarischen Zusammenarbeit mit anderen Linken fortsetzen oder möglicherweise ein Rückfall in dogmatische Positionen und Strukturen erfolgt, bleibt offen. Unabhängig davon bietet die kritische Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Theorie und Praxis für Menschen, die an einer demokratisch-sozialistischen Politik interessiert sind, Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung einer emanzipatorischen Perspektive.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Bücher und Broschüren

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind Texte der GIM bzw. ihrer Untergliederungen unter dem jeweiligen Titel eingeordnet.

Alles, Wolfgang
Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt/M. 1987 (Diplomarbeit an der Universität Mannheim, Mannheim 1978)

Alles, Wolfgang (Hrsg.)
Die kommunistische Alternative - Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932-1985, Frankfurt/M. 1989

Armand, Anna
Kein Kredit für Helmut Schmidt. Für Sozialismus - wie und welchen?, Frankfurt/M. 1974

Arz, Jürgen/Sauer Otmar
Zur Entwicklung der sowjetischen Übergangsgesellschaft 1917-29, Frankfurt/M. 1976

Bacia, Jürgen
Die Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten], in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986 (Sonderausgabe - Band 3), S.1810-1830

Bartelheimer, Peter
35 Stunden sofort! Verteilung der Arbeit auf alle - Argumente für den Kampf um die 35-Stundenwoche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Frankfurt/M. 1983

Bartsch, Günter
Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus? Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977

Basmanow, Michail
- Wohin wollen die Trotzkisten die Jugend treiben?, Moskau 1973
- Das Wesen des Trotzkismus von heute, Moskau 1975

Beiersdorfer, Kurt
Kommunistische Politik in der Sackgasse - Bemerkungen zum Beschluß des ZK des KBW zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten, in: Wolf/Beiersdorfer, Kritik des westdeutschen Maoismus, Frankfurt /M. 1975, S.90-111

Brandt, Peter/Steinke, Rudolf
Die Gruppe Internationale Marxisten, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986 (Sonderausgabe - Band 3), S.1599-1647

Britische Kumpel und ihre Frauen im Kampf - Bergarbeiterstreik 1984/85, Frankfurt/M. 1985

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.)
Verfassungsschutzbericht 1971ff, Bonn 1972ff

Bundesrepu*flick* Deutschland, Frankfurt/M. 1984

Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche (1963), in: Alles, Wolfgang (Hrsg.), Die kommunistische Alternative - Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932-1985, Frankfurt/M. 1989, S.100-143

Dokumente zur Vereinigung von GIM und KPD (April 1986), Hrsg.: GIM und KPD, Dortmund/Frankfurt/M. 1986

Dräger, Klaus/Hülsberg, Werner
Aus für Grün? - Die grüne Orientierungskrise zwischen Anpassung und Systemopposition, Frankfurt/M. 1986

Ebermann, Thomas/Trampert, Rainer
Die Zukunft der Grünen - Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei, Hamburg 1985 (3.Aufl.)

Einheit im Kampf gegen Atomkraftwerke, Broschüre der GIM, Frankfurt/M. 1977

Frank, Pierre
Die Geschichte der IV. Internationale, Hamburg o.J. (Französische Originalausgabe: Paris 1973)

Für eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation!, Resolution der Delegiertenkonferenz der GIM zur Jugendarbeit - Juni 1982, Hrsg.: Politisches Büro der GIM, Frankfurt/M. 1983

Für Rätedemokratie und Arbeiterselbstverwaltung, Thesen des XII. Welkongresses der IV. Internationale (1985) über sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats, Frankfurt/M. 1985

Gatzmaga, Ditmar/Piecyk, Willi (Hrsg.)
Karl-Heinz Hansen - Dokumente eines Konfliktes, Bornheim-Merten 1981

Heimann, Siegfried
- Die Deutsche Kommunistische Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986 (Sonderausgabe - Band 2), S.901-981
- Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986 (Sonderausgabe - Band 4), S.2025-2216
- Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986 (Sonderausgabe - Band 4), S.2361-2380

Hippe, Oskar
... und unsere Fahn' ist rot - Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979

Im Kapitalismus sind alle Arbeiter Fremdarbeiter - Die revolutionären Marxisten und die Ausländerfrage, Resolution der Delegiertenkonferenz der GIM - Juni 1982, Hrsg.: Politisches Büro der GIM, Frankfurt/M. 1982

Jungclas, Georg
Eine politische Dokumentation - Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre, Hamburg 1980

Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau - Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus, Resolutionsentwurf des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale zum XI. Weltkongress, Hrsg.: Frauenkommission der GIM, Frankfurt/M. 1978

Kellner, Manuel
Was ist und was will die IV. Internationale - Weltweite Solidarität für sozialistische Demokratie, Frankfurt/M. 1986

Kleines politisches Wörterbuch, Berlin/DDR 1983 (4.Aufl.)

Kulemann, Peter
Die Linke in Westdeutschland nach 1945. Die erste Nachkriegszeit, zwischen sozialdemokratischer Integration und dem Stalinismus der KPD - das Scheitern der "Titoistischen" Unabhängigen Arbeiterpartei UAP 1950, Hannover/Frankfurt/M. 1978

Langguth, Gerd
Protestbewegung. Entwicklung - Niedergang - Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1984 (2. unv. Aufl.)

Linke Liste an der GH Duisburg (Hrsg.)
25 Jahre linke StudentInnenbewegung in der BRD - The times they are a changing, Duisburg 1992

Leppert-Fögen, Annette
Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt/M. 1974

Mandel, Ernest
- Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, in: Lenin. Revolution und Politik, Frankfurt/M. 1970, S.149-205
- Friedliche Koexistenz und Weltrevolution, Frankfurt/M. 1975 (3.Aufl.)
- Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf, Frankfurt/M. 1975
- Die Bürokratie, Frankfurt/M. 1976 (4.Aufl.)
- Trotzkis Faschismustheorie, Frankfurt/M. 1977 (2.Aufl.)
- Kritik des Eurokommunismus - Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?, Westberlin 1978
- Leo Trotzki - Eine Einführung in sein Denken, Berlin 1981
- Revolutionärer Marxismus heute, Frankfurt/M. 1982

Neumann, Franz (Hrsg.)
Handbuch politischer Theorien und Ideologien, Hamburg 1987 (erw. Fassung)

Nicaragua: Die Jugend der Revolution, (Mitarbeiter dieser Broschüre: Klaus Dräger, Gabi Grunert, Matthias Schindler), Frankfurt/M. 1984

Die Notwendigkeit einer revolutionären Internationale, Resolution der außerordentlichen Nationalen Konferenz der GIM - Juni 1986, o.O. 1986

Die Revolutionäre und die Armee, Militärpolitisches Programm der GIM, Frankfurt/M. 1976

Die revolutionären Marxisten zur Situation in der BRD - Die Politischen Resolutionen auf der Nationalen Konferenz der GIM - Juni 1982, Hrsg.: Politisches Büro der GIM, Frankfurt/M. 1982

Schindler, Matthias
Vorwort in: Wheelock, Jaime, Nicaragua - Die große Herausforderung, Frankfurt/M. 1984, S.5-32

Schlögel/Jasper/Ziesemer
Partei kaputt - Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin 1981

Schuler-Jung, Helga
Politische Theorie Trotzkis und Trotzkismus, in: Franz Neumann (Hrsg.), Handbuch politischer Theorien und Ideologien, Hamburg 1987 (erw. Fassung), S.375-397

Schulz, Hans-Jürgen
- Frieden schaffen - aber wie? Lehren aus der Geschichte der Friedensbewegungen, Frankfurt/M. 1983
- Die sowjetische Militärmacht, Frankfurt/M. 1985

Die Statuten der GIM, Anhang in: Die revolutionären Marxisten zur Situation in der BRD - Die Politischen Resolutionen auf der Nationalen Konferenz der GIM - Juni 1982, Hrsg.: Politisches Büro der GIM, Frankfurt/M. 1982, S.46-49

Stöss, Richard (Hrsg.)
Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986 (vierbändige Sonderausgabe - unveränderter Nachdruck der zweibändigen Ausgabe, Opladen 1983)

Trotzki, Leo
- Die permanente Revolution, Frankfurt/M. 1969
- Schriften über Deutschland, 1929-1940 (2 Halbbände - Hrsg.: Helmut Dahmer), Frankfurt/M. 1971
- Verratene Revolution, in: Schriften 1 (Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur), Hamburg 1988, S.687-1011

- Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale - Das Übergangsprogramm, Frankfurt/M. 1974

TSCHERNO*WYHL* ist überall, Frankfurt/M. 1986

Vereinbarungen zur Vierten Internationale, in: VSP - Vereinigte Sozialistische Partei. Programm - Statut - Selbstverständnis, Hrsg.: Vereinigte Sozialistische Partei, Köln 1986, S.63-64

Vereinigte Sozialistische Partei (Hrsg.)
VSP - Vereinigte Sozialistische Partei. Programm - Statut - Selbstverständnis, Köln 1986

Die Vereinigungsverhandlungen zwischen GIM und KPD für eine gemeinsame revolutionär-sozialistische Organisation, Dokumentation, Hrsg.: GIM und KPD, Dortmund/Frankfurt/M. 1985

Wahlplattform der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale zur Bundestagswahl '76, Hrsg.: Zentralkomitee der GIM, Frankfurt/M. 1976

"was tun"-Extra, Broschüre der GIM-Braunschweig [zur Friedensbewegung, d. Verf.], o.J. - vermutlich 1981

Wheelock, Jaime
- Nicaragua - Die große Herausforderung, Frankfurt/M. 1984
- Die sandinistische Landreform, Frankfurt/M. 1985

Wir warn die stärkste der Partein ... - Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977

Wohin treibt der Kommunistische Bund? Eine Auseinandersetzung mit seiner Theorie und Praxis, Hrsg.: GIM-Hamburg, 1976

Wolf, Winfried/Beiersdorfer, Kurt
Kritik des westdeutschen Maoismus, Frankfurt/M. 1975

Zentrales Komitee des KBW (Hrsg.)
- Die bürgerliche Reaktion zementiert den §218. Die Arbeiterklasse muß ihn zu Fall bringen!, Mannheim 1975 (2. Aufl.)
- Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Frankfurt/M. 1978 (8. Aufl.)

ZK der KPD/ML (Hrsg.)
Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten, Dortmund 1979 (2. veränderte Auflage)

2. Periodika

Verwendet wurden vor allem:

"was tun", Zeitung der GIM, Frankfurt/M. 1973ff und

"die internationale", theoretische Zeitschrift der GIM, Mannheim - Hamburg - Frankfurt/M. 1969ff.

Beiträge die namentlich gekennzeichnet sind, sowie umfassende Dokumente, Resolutionen und Entschließungen werden einzeln aufgeführt.

Armand, Anna/Wolf, Winfried
Jungsozialisten vor der Bundestagswahl, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.9, Mai 1976, S.5-23

Brunner, Otto
Mitbestimmung - eine Kampfaufgabe? - Zur Position von DKP/SEW, in: "die internationale", Hamburg, Nr.4, Juli 1974, S.94-121

Cardorff, Peter/Sommer, Fred
Die neuen Vaterlandsverteidiger der KPD (RF) und KPD/ML, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.7, August 1975, S.107-130

Cardorff, Peter
Über einige Probleme unserer Haltung zur Demokratie und zu den demokratischen Rechten, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.11, April 1977, S.58-75

Die DKP - eine reformistische Partei eigener Art, in: "die internationale", Mannheim, Nr.3 (Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1970), 1970, S.13-32

Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1970, in: "die internationale", Mannheim, Nr.3, 1970

Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1974 - Der Stand der Klassenkämpfe und die Aufgaben der revolutionären Marxisten, in: "die internationale", Frankfurt/M., Sondernummer 4, 1974

Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1975, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.8, Dezember 1975, S.136-195

Eckhoff, Konrad
Feminismus und Marxismus, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.8, Dezember 1975, S.97-135

Entschließung des 9. Weltkongresses über Lateinamerika (1969), in: "die internationale", Hamburg, Sondernummer 1, Dezember 1973, S.95-113

Geyer, Christian
Fünf Jahre Berufsverbote - Wie können wir sie zu Fall bringen?, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.11, April 1977, S.5-57

Göbel, Uwe
Trotzkisten und Gewerkschaften, in: "Gewerkschaftsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft", 13.Jahrg., Heft 3, Mai 1979, S.5-12

Kellner, Manuel
- Friedensbewegung im geteilten Deutschland, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.18, 1983, S.43-49
- Gemeinsam handeln gegen rechts - Ein Beitrag zur Diskussion über den antifaschistischen Kampf, in: "Gemeinsame Beilage", Hamburg, Nr.3 (3.Jahrg.), 19.09.1986, S.2-3

Lateinamerika-Resolutionen und Dokumente des X. Weltkongresses der IV. Internationale (1974), in: "die internationale", Frankfurt/M., Sondernummer 6, 1974

Loew, Raimund
Nicaraguas Revolution - Überlegungen zum Begriff "Arbeiter- und Bauernregierung", in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.18, 1983, S.68-80

Politische Revolution und Konterrevolution in Polen, Resolution des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.17, 1982, S.13-38

Reinstein, Boris
Der "Sozialimperialismus" als höchstes Stadium des Schematismus, in: "die internationale", Hamburg, Nr.3, März 1974, S.44-75

Die revolutionären Marxisten und die Massenorganisationen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, Resolution der Nationalen Konferenz der GIM - Juni 1980, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.16, Juni 1981, S.61-71

"Roter Morgen/was tun", Dortmund 17.10.1986 [Sonderausgabe nach der Vereinigung von GIM (Zeitung: "was tun") und KPD (Zeitung: "Roter Morgen") - die Zeitung der VSP hieß anschließend "Sozialistische Zeitung" ("SoZ"), d. Verf.]

Solidarität mit Solidarnosc - für den Sieg der polnischen Arbeiter und Bauern!, Resolution des Politischen Büros der GIM, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.16, Juni 1981, S.7-19

Sommer, Fred
- Stadtguerilla oder Parteiaufbau, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.6, April 1975, S.34-61
- Anarchismus ohne Organisation? Am Beispiel Spaniens, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.12, Februar 1978, S.50-65

"Spiegel"-Gespräch mit Ernest Mandel ("Besetzung der Fabriken - na klar"), DER SPIEGEL, Nr.11/1972, S.41-46 (dokumentiert im Anhang)

Die Statuten der IV. Internationale, Anhang in: "die internationale", Frankfurt/M., Sondernummer 6, 1974, S.106-118

Thesen der GIM - Vom Propagandismus zur Verankerung in der Arbeiterklasse - Die Aufgaben der GIM in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, in: "die internationale", Hamburg, Nr.4, Juli 1974, S.5-58

Thesen zur Studentenbewegung in Westdeutschland, in: "die internationale", Mannheim, Nr.3 (Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1970), 1970, S.33-43

Wider den "National-Trotzkismus", in: "die internationale", Hamburg, Nr.3-4, 1971

Wolf, Winfried
- Zehn Jahre Regierungspartei Sozialdemokratie - Krisenmanagement und Ideologie, in: "die internationale", Frankfurt/M., Nr.11, April 1977, S.87-124
- Blaue Wunder mit grün-bunter Tarnkappe oder: Für eine sozialistische Alternative, in: "kritik" - Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Berlin, Nr.18, 1978, S.125-144
- Die Bilanz der ML oder: Wird jetzt das Kind mit dem Bade ausgeschüttet?, in: "kritik" - Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Berlin, Nr.25, 1980, S.161-168

3. Flugblätter und Flugschriften

Keine Freiheit für Faschisten, Hrsg.: GIM-Düsseldorf, 1979 (Flugblatt - dokumentiert im Anhang)

Mit riesen Schritten in den starken Staat, Hrsg.: GIM-Düsseldorf, November 1977 (Flugblatt - dokumentiert im Anhang)

Mord auf Raten ..., Hrsg.: GIM-Düsseldorf, vermutlich November 1974 (Flugblatt - dokumentiert in Anhang)

Stop dem Atomprogramm, Hrsg.: GIM, Frankfurt/M. 1979 (Flugblatt - dokumentiert im Anhang)

Wahlplattform zur GP-Wahl [GP = Gesamtparlament, d. Verf.], Basisgruppe der GIM, Düsseldorf 1975

Warum können Revolutionäre keine Aktionseinheit mit Trotzkisten eingehen?, 6-seitige Flugschrift der KPD/ML und der Jugendorganisation Rote Garde, Ortsgruppe Münster o.J. - vermutlich 1974

WDR (Westdeutscher Rundfunk Köln)-Schreiben an die GIM (Rückseite eines GIM-Flugblatts mit dem Titel "Zensur im WDR"), Frankfurt/M. 1976 (dokumentiert im Anhang)

Wer ist und was will die GIM?, 8seitige Flugschrift der GIM zur Bundestagswahl 1976, Frankfurt/M. 1976

4. Organisationsinterne Materialien der GIM

GIM-Rundbrief, Hrsg.: Zentralkomitee der GIM, August 1974ff

Anhang

GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN

MIT RIESEN SCHRITTEN IN DEN

starken staat !

Im Rahmen einer Reihe von Maßnahmen des weiteren Abbaus demokratischer Rechte (wie zum Beispiel Kontaktsperregesetz,Ausbau des Polizeiapparates und Überwachung von Verteidigergesprächen) hat die CDU/CSU einen Vorstoß zu einem Verbotsantrag der Organisationen KBW,KPD und KPD/ML sowie ein administratives Verbot des KB unternommen. Der CSU-Abgeordnete Spranger ging in seiner Studie noch weiter,indem er die DKP,EAP und die GIM als verfassungsfeindliche Parteien einstufte,die ebenfalls verboten werden müßten.
Im Zuge der bürgerlichen "Terroristen"-Hetze wird mehr und mehr deutlich,daß die linken Organisationen und Gruppen systematischer als bisher Zielscheibe der staatlichen Repression sein werden.Der gegenwärtige Angriff auf die Organisationsfreiheit stellt einen vorläufigen Höhepunkt der bürgerlichen Repressionspolitik dar.Wenn auch nur einige Organisationen der Linken namentlich aufgeführt werden,darf dies nicht darüber hinwegtäuschen,daß die gesamte Linke getroffen werden soll und letztendlich der Adressat staatlicher Repressionsmaßnahmen die gesamte Arbeiterbewegung ist.

Und dies ist nicht eine Entwicklung,die auf die BRD beschränkt ist,wenn auch gerade sie die Speerspitze dieses internationalen Prozesses darstellt.Das Besondere an der BRD-Situation ist,daß diese Maßnahmen von der Masse so widerspruchslos hingenommen werden.Die Politik der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie wurde lange Zeit überhaupt nicht in Frage gestellt.Die Ansätze von Widerstand innerhalb der Arbeiterklasse müssen wohl mehr als Ausnahmen betrachtet werden,da sich starke Widerstandsbewegungen wie beispielsweise die Anti-AKW-Bewegung im wesentlichen aus anderen sozialen Schichten zusammensetzen.Trotzdem können wir feststellen,daß sich seit einiger Zeit ein gewisser Unmut gegen die Bundesregierung zusammenbraut,was sich allerdings nicht auf der Ebene der Wahlen niederschlägt,wie die Stimmenergebnisse der Linken gezeigt haben.

WAS IST HEUTE UNSERE AUFGABE ?

In gewisser Weise befindet sich die Linke infolge der geballten staatlichen Repressionsmaßnahmen in der Defensive.Seit Jahren beschneidet der bürgerliche Staat

Veranstaltung zum Thema siehe bitte Rückseite!

die demokratischen Rechte.Aber eine gemeinsame Antwort aller linken und fortschrittlichen Kräfte hat es noch nicht gegeben.Gerade angesichts der gegenwärtigen Verbotsdrohungen wird deutlich,was es bedeutet,wenn die Linke den Kampf nicht gemeinsam und entschlossen aufnimmt.In Bonn marschierten die "Marxisten-Leninisten" mehr oder weniger alleine,die DKP beteiligt sich an überhaupt keiner Aktion gegen die Verbotsdrohungen.
Es ist gerade das Kalkül des bürgerlichen Lagers,die linken Kräfte zu zersplittern und somit zu isolieren.
Es geht hier nicht um die Kaschierung von durchaus existierenden Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen.Nur können sie in solch einer Situation nicht in den Mittelpunkt gestellt werden.
Was jetzt notwendig ist,ist die Einheit aller sozialistischen,kommunistischen und fortschrittlichen Kräfte im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte.
Der Anfang in Düsseldorf ist gemacht,indem am 18.November eine gemeinsame Veranstaltung zu den Verbotsanträgen stattfindet,die von KBW,KPD,Liga gegen den Imperialismus,KJVD,Kulturzentrum,Institutsgruppe an der FHS,Sympathisanten des KB,Russell-Initiative zur Situation der politischen Gefangenen,Rote Hilfe e.V., Fachschaft Germanistik,Basisgruppe an der Uni und der GIM getragen wird.

WEG MIT DEN VERBOTSDROHUNGEN FÜR KBW,KPD,KPD/ML und KB !

FÜR UNEINGESCHRÄNKTE ORGANISATIONS- UND MEINUNGSFREIHEIT !

KONSEQUENTER KAMPF GEGEN DEN ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE !

FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DES RUSSELL-TRIBUNALS IN DER BRD !

VERANSTALTUNG

"WEG MIT DEN VERBOTSDROHUNGEN GEGEN KBW-KPD-KB-KPD-ML"

Es sprechen Vertreter der verschiedenen Organisation.

ORT: Realschule auf der Luisenstraße 73

18.11.77 um 18.30 Uhr

Herausgeber: Gruppe Internationale Marxisten - G I M -
deutsche Sektion der IV. Internationale
Ortsgruppe Düsseldorf

verant.i.S.d.P.: H. Born, 4 Düsseldorf, Burscheider Str.15

GIM Gruppe Internationale Marxisten
Deutsche Sektion der IV. Internationale

MORD AUF RATEN ....

Der Hungertod des politischen Gefangenen Holger Meins in der Haftanstalt Wittlich am vergangenen Samstag hat in zahlreichen Städten zu Protestaktionen geführt. Meins, Mitglied der "Roten Armee Fraktion", einer anarchistischen Gruppe, der auch die gefangengehaltenen Ulrike Meinhof und Andreas Baader angehören, war seit Mitte September in den Hungerstreik getreten, um die Aufhebung der verschärften Haftbedingungen zu erreichen.

Die politischen Gefangenen in der BRD werden in zunehmendem Maße diesen verschärften Haftbedingungen (vor allem vollständige Isolation von der Außenwelt, akustische Isolation usw.) unterworfen, um ihren Widerstandswillen zu brechen, und - wie sich im Fall Meins offen zeigt, unter Einkalkulation des qualvollen Todes der Gefangenen!

DER PAZIFISMUS DER HERRSCHENDEN

Als Reaktion auf den Tod von Meins wurde am Samstagabend in Westberlin der Kammergerichtspräsident Drenkmann von Unbekannten erschossen. Die RAF hat inzwischen die Verantwortung für die Tat übernommen.

Presse, Rundfunk und die verschiedensten Vertreter des "Rechtsstaats" haben im Handumdrehen ihren "Abscheu", ihre "Empörung" über den "Meuchelmord" der Anarchisten hinausposaunt, die "Kein Mittel scheuen", "selbst nicht den Mord", "um den Rechtsstaat zu stürzen".

Man muß sich diese Vertreter einmal ansehen! Es handelt sich durchweg um Leute, denen Worte der Entrüstung und des Protests nur sehr schwer oder überhaupt nicht über die Lippen gehen, wenn die "rechtsstaatliche" US-Regierung Indochina "in die Steinzeit zurück bombt" (Nixon), wenn die "rechtsstaatlichen Ordnungskräfte" eine legale Regierung in Chile stürzen und die arbeitende Bevölkerung einem Massaker unterwerfen. Das sind nur die schlagendsten Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit.

Wenn diese Leute behaupten, der "Rechtsstaat" (d.h. die Ordnung der herrschenden Klasse) müsse "mit allen Mitteln" gegen Mörder vorgehen (so der Westberliner Bürgermeister Schütz), so dokumentieren sie damit nur ihre Verlogenheit und Heuchelei. "Mit allen Mitteln" bedeutet eben: auch mit Mord und Totschlag, auch mit schleichenden Hinrichtungen wie an H. Meins.

Die Arbeiterbewegung hält diesen ideologischen Steigbügelhaltern des Kapitals und der Unterdrückung der Arbeiter entgegen:

Bei aller entschiedenen Ablehnung terroristischer Einzelaktionen sind uns die Motive und die Moral der Anarchisten tausendmal näher als eure Heuchelei, die nur der Verschleierung und Rechtfertigung eurer tagtäglichen Gewaltanwendung dient.

TERRORISMUS UND KOMMUNISMUS

Die Aktionen der Anarchisten sind dem Methoden des revolutionären Marxismus fremd. Der Marxismus lehnt terroristische Einzelaktionen deshalb ab, weil nur die revolutionäre Gewalt der Massen den kapitalistischen Staatsapparat stürzen kann und damit die Entscheidende Voraussetzung schafft, um den Aufbau des Sozialismus übergehen zu können. Diese revolutionäre Gewalt ist notwendig, weil noch niemals eine herrschende Klasse ihre Macht freiwillig abgegeben hat. Das Ausmaß der revolutionären Gewalt hängt einzig und allein vom Widerstand der alten Unterdrücker ab. Der individuelle Terror der Anarchisten versucht die revolutionäre Aktion der unterdrückten Klasse zu ersetzen und untersucht nicht die konkreten Bedingungen, wann bewaffneter Kampf möglich und notwendig ist.

GEGENÜBER BÜRGERLICHER HEUCHELEI - DIE SOLIDARITÄT ALLER UNTERDRÜCKTEN!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Presserechtlich verantwortlich: M. Müller Kontakt: Club International 4 D.dorf
Talstr. 103 Tel. 312611

Stop

DEM ATOMPROGRAMM

Nur der konsequente Kampf der Arbeiterklasse kann menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen

„Den Weg, den man in der Bundesrepublik mit der Kernenergiepolitik einschlägt, gleicht der Situation eines Flugzeugführers, der mit seiner Maschine aufsteigt und darauf vertraut, daß die noch nicht existierende Landebahn während des Flugs gebaut wird."

So urteilte einer der SPD-Umweltexperten, Reinhold Kaub, Geschäftsführer der SPD-Fraktion im bayrischen Landtag und Kreisvorsitzender seiner Partei im Landkreis Starnberg. Nach langen Bemühungen für eine alternative Energie und Umweltpolitik in seiner Partei ist Kaub jetzt – nach der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der SPD in Bund und Ländern, die den Atomkurs erneut bestätigten – aus der Partei ausgetreten.

Die entschiedenen Atomkraftgegner sind keine „kleine radikale Minderheit', ihre Basis reicht heute weit in die Parteien und Gewerkschaften hinein. Und dennoch: trotz zahlreicher werdender Beschlüsse von SPD-Unterbezirks, Bezirks- und sogar Landesparteitagen, die zumindest auf ein Moratorium (Bau- und Inbetriebnahmestopp über mehrere Jahre) hinauslaufen: Die SPD/FDP-Regierung (und selbstverständlich auch eine mögliche Plutonium-Strauß-Regierung) kann noch immer mehr oder weniger ungehindert das Atomprogramm zur weiteren Maximierung der Profite der Elektrizitätskonzerne, der Banken und Versicherungen sowie der Atomindustrie – allen voran Siemens – vorantreiben, wie die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz v. 28.9.79 zeigen.

Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich Den 7– Stundentag sofort

Solange sich Regierung und Unternehmer auf das „Ja" des DGB zur Kernenergie stützen können, solange werden wir nur unwesentliche Verzögerungen bei der Durchführung des Atomprogramms erreichen können. Wir sind der Überzeugung, daß eine tatsächliche Alternative nur im Kampf für ein anti-kapitalistisches Programm entwickelt werden kann, für das immer breitere Teile der lohnabhängigen Klasse in Aktion treten. Mit anderen Worten: Der Kampf gegen die existenzgefährdenden Atomanlagen muß Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse selbst werden, muß Teil eines von den Gewerkschaften getragenen Aktionsprogramms gegen Krise, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung werden. Seine wesentlichen Achsen müssen heute sein:

* Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit!
* gesellschaftliche Investitionen in neuartige, menschen- und naturfreundliche Energien und Technologien!
* Schaffung neuer Arbeitsplätze dort, wo tatsächlich gesellschaftliche Bedürfnisse bestehen!

Wenn wir uns bemühen, die Bewegung gegen die Atomanlagen auf die Gewerkschaften zu orientieren, so nicht allein aufgrund unserer Einschätzung, daß letztlich der Kampf gegen die Umweltzerstörung und Vernichtung der menschlichen Lebensgrundlagen in den Kampf für eine sozialistische, von den Produzenten selbstverwaltete und demokratisch organisierte Gesellschaft mündet. Die Arbeit in den Gewerkschaften ist auch und gerade im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die AKWs wichtig und unabdingbar, weil der größte und gefährlichste Spaltpilz für die Bewegung auf dem Misthaufen der Ideologie der Gewerkschaftsbürokraten gedeiht: die demagogische Parole „ohne Atomstrom keine Energie, ohne Energie wachsende Arbeitslosigkeit"

Neue Marksteine bei der Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Atomanlagen

In kaum einem anderen Land der Welt stehen so viele Profitinteressen hinter der Atomwirtschaft, sind so viele Investitionen getätigt worden, die noch Profit abwerfen sollen, wie in der BRD (Vergleichbar sind nur noch Frankreich und die USA). Da nicht einmal in der bundesrepublikanischen Verfassung ein Volksentscheid möglich ist, hängt ein Stop des Atomprogramms unbestreitbar von der Mobilisierung derjenigen ab, die trotz sich verschärfender Gesetze und Polizeipraktiken zur Sicherung der herrschenden Profitordnung in der Lage sind, alle Räder still stehen zu lassen.

Solange jedoch die Gewerkschaftsführer so eng mit der von der SPD geführten Bundesregierung verbunden sind, so lange wird die gewerkschaftsoffizielle Haltung kaum durch Ereignisse außerhalb der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft und gewerkschaftlichen Strukturen geändert werden.Erst wenn die Gewerkschaftsbürokratie durch vermehrte Diskussionen an der Basis, Resolutionen von gewerkschaftlichen Gliederungen und vor allem eben durch massives Auftreten von Gewerkschaftsaktivisten in der Öffentlichkeit – und dazu sind Demonstrationen, wie die in Bonn besonders gut geeignet – gezwungen wird ihren Pro-Atom-Kurs zu ändern, können dem Atomprogramm aus Bonn entscheidende Schläge versetzt werden.

In Hannover wurde durch die Wahl der entsprechenden Landeshauptstadt als Ort der Demonstration gegen das brisanteste Projekt im Atomprogramm – die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben – ein Schritt zu einer mehr politischen Aktion geleistet. Mit der Wahl des Demonstrationsortes Bonn ist klar, daß damit das gesamte Atomprogramm der Bundesregierung im Visier ist.

Noch wichtiger als dieser offenkundige Fortschritt in der öffentlichkeitswirksamen Aktion ist die wachsende Mobilisierung von gewerkschaftlichen AKW-Gegnern. In Hannover waren es ein paar tausend aber sie traten noch kaum koordiniert auf. In Bonn wird man sicher größere Blöcke von Gewerkschaftern gegen Atom ausmachen können.

Eine praktische Initiative

Besonders am Beispiel der Mobilisierung Hamburger Gewerkschafter für die Demonstration in Bonn wird deutlich, daß das innergewerkschaftliche Kräfteverhältnis in der Frage der Atomenergie nicht so aussieht, wie die Erklärungen der Gewerkschaftsvorstände für die Kernenergie vorspiegeln möchten. Ermutigt durch den Erfolg der Mobilisierung des „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom" in Hamburg, der zur Demonstration in Hannover über 300 Kollegen mobilisierte, haben Kollegen in und um den AKL-Hamburg einen Aufruf für Bonn herausgegeben. Bis zur Demonstration haben über 200 gewerkschaftliche und betriebliche Funktionsträger den Aufruf unterschrieben!

* Er weist darauf hin, daß die Profite der Öl-Konzerne heute in Argumente für die AKWs umgewandelt werden.
* daß Arbeitsplätze in erster Linie durch Rationalisierungen verlorengehen.
* daß die Diskussion im DGB, vor allem angesichts der Katastrophe von Harrisburg, erneut aufgenommen werden muß.
* daß die Bundesregierung von ihrem „Ja" zur lebensgefährdenden Atomkraft abrücken muß.

Heute geht es – nicht nur im Hinblick auf solche Ereignisse wie den bevorstehenden SPD-Parteitag, auf dem eventuell ein Moratorium durchgesetz werden kann – darum, auf einer vergleichbaren breiten Grundlage wie der Hamburger Aufruf alle Skeptiker der Atomkraft zusammenzufassen, um in einer ersten Phase wenigstens ein Moratorium durchzusetzen.

Deshalb sind vermehrte Initiativen zur Bildung von gewerkschaftlichen Aktionskreisen notwendig, die zum einen eine Neuaufnahme der Diskussion zur Energiepolitik in den Gewerkschaften anstreben und zum anderen mit konkreten Aktionen einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm gegen den Marsch in den Atomstaat den Weg weisen.

Gegen Atomfilz und Polizeistaat – Gewerkschaftliche Aktion

Setzt euch ein für Veranstaltungen des DGB und der Einzelgewerkschaften, auf denen die offene Diskussion über die Frage der Atomenergie möglich ist. Nehmt Kontakt auf zum „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom" an eurem Ort und wenn es einen solchen noch nicht gibt bildet einen solchen. Entsprechendes Informationsmaterial mit den Kontaktadressen der Aktionskreise im gesamten Bundesgebiet sind zu erhalten über die Redaktion der AKL-Infos: „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom", c/o Gustav Rentzing, St. Gilles Str. 21, 6050 Offenbach. Das Info erscheint in unregelmäßigen Abständen und kostet 1,-DM.

was tun

„was tun" ist die Zeitung der Gruppe Internationale Marxisten, deutsche Sektion der IV. Internationale. Sie erscheint jeden zweiten Donnerstag. Das Jahresabo kostet 45,-DM. Probeexemplare anfordern .

was tun **berichtet ständig über die aktuellsten politischen Ereignisse.**
was tun **berichtet über die Aktivitäten im Kampf gegen das Atomprogramm von Bürgerinitiativen und gewerkschaftlichen Atomgegnern.**
was tun **bringt Analysen und Berichte zur Situation in Betrieb und Gewerkschaft**
was tun **berichtet kontinuierlich über die wichtigsten internationalen Ereignisse wie die Revolution Konterrevolution im Iran, die Revolution in Nicaragua.....**
was tun **bringt Materialien und Argumentationshilfen zum Beginn der neuen Tarifrunde in der Metallindustrie**

was tun, Speicherstr. 5, 6000 Frankfurt am Main 1

GIM Gruppe Internationale Marxisten
deutsche Sektion der IV. Internationale

Auflage 20 000

V.i.S.d.P. Peter Bartelheimer, c/o was tun, Speicherstr. 5, 6000 Frankfurt am Main 1

Keine Freiheit für Faschisten!

Wieder einmal sehen Faschisten und Neo-Nazis ihre Chance gekommen. Sie glauben, daß die Menschen erneut auf ihre Demagogie hereinfallen und ihnen wie 1933 in Krieg und Verderben folgen. Frech wagen sie sich wieder aus ihren Rattenlöchern und machen Veranstaltungen und Kundgebungen wie heute.

Die Neo-Nazis dürfen nicht die Möglichkeit haben ihre faschistische Propaganda zu verbreiten. Es muß die Aufgabe vor allem jedes Arbeiters, Gewerkschafters, Sozialdemokraten und Kommunisten sein, die Neo-Nazis daran zu hindern, mit ihrer Demagogie die Menschen zu verführen und irre zu leiten.

WAS IST FASCHISMUS?

Die faschistische Diktatur ist die brutalste und barbarischste Form der Diktatur im Dienste des Großkapitals. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß sie nicht nur die revolutionären und "radikalen" Organisationen der Arbeiterklasse unterdrückt, sondern jede Form der kollektiven Organisation und des Widerstands der Arbeiter, einschließlich der Gewerkschaften und der elementarsten Streikformen, vernichten will.

In Zeiten schwerer kapitalistischer Krisen, wenn die parlamentarische bürgerliche "Demokratie" und ihre Parteien nicht in der Lage sind, die Krise im Sinne des Kapitals zu lösen und jeden Widerstand der Arbeiterbewegung zu brechen, benutzt die Bourgeoisie faschistische Massenbewegungen, die selbst ein Krisenprodukt sind, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Die Aktivitäten der Faschisten vor der Machtergreifung sind vor allem: Schürung des Kommunisten- und Fremdenhasses, die Mobilisierung deklassierter Kleinbürger und der rückständigsten Elemente der Arbeiterklasse gegen die organisierte Arbeiterbewegung, die Einschüchterung der Linken durch gewaltsame Anschläge auf ihre Mitglieder, Buchläden, Versammlungslokale usw.

WIE DEN FASCHISMUS BEKÄMPFEN?

Natürlich sind die NPD und andere faschistische Organisationen noch zu klein (obwohl gerade die Zahl und Stärke der militant-faschistischen Gruppen in letzter Zeit zugenommen hat!), als daß sie eine offene Konfrontation mit der Linken und Arbeiterbewegung schon wagen könnten. Aber: Vorbeugen ist besser als heilen. Wir dürfen nicht warten, bis die Faschisten sich zu Zehntausenden auf der Straße tummeln. Jeder erfolgreiche Auftritt stärkt ihr Selbstvertrauen, ihre Möglichkeit Anhänger zu gewinnen und steigert ihren Kurswert in den Augen des Kapitals, das heute noch nicht auf die faschistische Karte setzt, sondern auf eine Entwicklung zum "starken Staat".

Der Faschismus kann in demokratischen Diskussionen mit Faschisten ebensowenig bekämpft werden, wie sein Erfolg auf der Überzeugungskraft faschistischer Argumente beruht. Faschistische Bewegungen wachsen nicht durch politische Kampagnen, sondern durch demagogische Hetze, Gewalt und Terror. Nur die Zerschlagung des Faschismus kann diese tödliche Gefahr für die Arbeiterbewegung abwenden.

Keine demokratischen Rechte und Freiheiten für Faschisten! Aber diese Forderung darf nicht an den bürgerlichen Staat gerichtet werden. Die Gewaltorgane des Staates hegen gerade in Zeiten des anwachsenden Klassenkampfes mehr Sympathie für die Faschisten als für die von ihm

bedrohte Arbeiterbewegung. Sollte der bürgerliche Staat tatsächlich einmal unter dem Druck der Massen gegen faschistische Elemente vorgehen, so wird er gleichzeitig auch Repressionen gegen die Linke ergreifen.

Nur die organisierte Arbeiterbewegung selbst - die Einheitsfront aller Organisationen der Arbeiterbewegung unabhängig vom bürgerlichen Staat- kann wirksam mit der braunen Pest aufräumen!

TOD DEM FASCHISMUS - NIEDER MIT DER BRAUNEN PEST !
FÜR DIE ZERSCHLAGUNG DER BRAUNEN BANDEN DURCH DIE ARBEITERBEWEGUNG !

KEIN VERTRAUEN IN DEN BÜRGERLICHEN STAAT UND SEINE ORGANE !
WEHRET DEN ANFÄNGEN - NIE WIEDER FASCHISMUS !
ARBEITEREINHEITSFRONT GEGEN FASCHISMUS UND REAKTION !
GEGEN AUSLÄNDERHETZE UND DISKRIMINIERUNG VON MINDERHEITEN !
DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KLASSE - EIN KAMPF !
FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATISCHEN RECHTE !
GEGEN DIE ENTWICKLUNG ZUM "STARKEN STAAT" !

GIM Gruppe Internationale Marxisten deutsche Sektion der IV. Internationale Ortsgruppe Düsseldorf

V.i.S.d.P. Peter Bartelheimer, c/o was tun, Speicherstr. 5, 6000 Frankfurt am Main 1

KONTAKT: ISP-Verlag 4 Düsseldorf, Erkrather Straße 265
Bürozeiten: Montags, Dienstags und Donnerstags
jeweils von 18.00 - 19.00 Uhr

SPIEGEL Gespräch

„Besetzung der Fabriken – na klar"

Der von der Bundesrepublik abgewiesene belgische Hochschullehrer Mandel über Umsturz und Räterepublik

SPIEGEL: Herr Mandel, sind Sie ein Revolutionär?

MANDEL: Ja.

SPIEGEL: Und Sie wollten nun als Revolutionär in Deutschland Professor — mithin auf Lebenszeit Beamter — werden?

MANDEL: Ich wollte überhaupt nichts. Berliner Studenten und Assistenten der Wirtschaftswissenschaften sind an mich herangetreten und haben mich gebeten. Ich habe diesen Vorschlag angenommen. Die Ablehnung meiner Professur durch den West-Berliner Senat zeugt für seine Abkehr von den Prinzipien des Rechtsstaates.

SPIEGEL: Abgelehnt wurden Sie aufgrund des deutschen Beamtenrechts — wegen Ihrer politischen Tätigkeit. Kann marxistische Wissenschaft denn nur vom Katheder herunter betrieben werden? Der marxistische Professor will doch gerade kein Fachidiot sein, sondern mit seiner Lehre auch politische Praxis üben.

MANDEL: Ein Marxist, der Arzt ist, kann sein Berufsleben auch nicht von der politischen Überzeugung trennen. Gleichwohl praktiziert er im Operationssaal nicht permanente Revolution. Es war nicht meine Absicht, an der Berliner Universität Vorlesungen in permanenter Revolution zu halten. Zwischen Lehrtätigkeit und politischer Aktivität besteht ein gewisser Unterschied . . .

SPIEGEL: Beim Arzt gewiß. Es gibt keine marxistische Blinddarmoperation zum Unterschied von einer bürgerlichen. Aber in der Sozialpolitik, die Sie lehren wollten, gilt für Marxisten die Einheit von Theorie und Praxis.

MANDEL: Nein, ein Marxist verwirklicht mit seiner Lehrtätigkeit keine politische Praxis. Ich bin kein Utopist. Eine sozialistische Revolution kann man nicht mit Studenten an der Hochschule machen. Es lag auch nicht in meiner Absicht, an der FU über Strategie und Taktik revolutionärer Parteien zu lesen.

SPIEGEL: Und worin besteht die revolutionäre Praxis eines marxistischen Wissenschaftlers?

MANDEL: Einmal darin, daß die Wirklichkeit schonungslos kritisiert wird ohne die Notwendigkeit, dabei die bestehende Gesellschaft zu schützen oder zu verteidigen — wie seitens der bürgerlichen Wissenschaftler. Für Marx und wirkliche Marxisten ist die streng objektive, wissenschaftliche Analyse der Gesellschaft Vorbedingung bewußtrevolutionären Handelns. Sie werden nie Tatsachen leugnen, weil sie nicht in ihr Schema passen. Deshalb bin ich auch für den Pluralismus der Meinungen an der Universität, deshalb sollten weder bürgerliche noch marxistische Wissenschaftler ausgeschlossen sein. Ferner habe ich meine politische Überzeugung, gehöre einer politischen Organisation an und werde neben meiner Berufspraxis — das ist nicht miteinander identisch — meine revolutionäre Tätigkeit weiter ausüben.

SPIEGEL: Welche?

MANDEL: Ich arbeite am Aufbau der Vierten Internationale.

SPIEGEL: Sie sind Mitglied des Sekretariats, des höchsten Organs dieser Vierten Internationale, also der Trotzkisten. Worin besteht Ihre Tätigkeit?

MANDEL: Ich schreibe Artikel, nehme an Sitzungen teil, fasse Resolutionen ab und lasse darüber abstimmen, ich halte öffentliche Versammlungen ab und Schulungskurse. Die Vierte Internationale ist keine Verschwörerorganisation. Ich bin kein Waffenhändler, ich

Ernest Mandel

bedroht nach Meinung des Senats von West-Berlin und des Bundesinnenministeriums die öffentliche Sicherheit in Westdeutschland. Dem belgischen Marxisten, Herausgeber von „La Gauche" (Auflage 5000) und Dozent an der Brüsseler Universität, wurde der Lehrstuhl für Sozialpolitik an der Berliner FU verweigert; seine wissenschaftliche Qualifikation blieb dabei unbestritten. Letzte Woche erging gegen ihn auch noch — wie schon für die USA, die Schweiz und Frankreich — für das Bundesgebiet ein Einreiseverbot. Grund: Mandel, 48, ist Sekretär der „Vierten Internationale", des (zum Teil illegal arbeitenden) Weltbundes von Kommunisten, die sich auf Lenin und Trotzki berufen. Mandel-Idol Trotzki hatte die russische Oktober-Revolution 1917 organisiert, kritisierte den Stalinismus als bürokratische Entartung, wurde 1929 aus der UdSSR ausgewiesen und 1940 von einem GPU-Agenten ermordet. Seither hoffen die Trotzkisten auf eine „zweite Revolution" in Rußland und eine „permanente Revolution" in der ganzen Welt. Für Moskautreue — etwa die SEW-Zeitung „Wahrheit" in West-Berlin — ist Mandel ein Todfeind: ein „Antikommunist".

* Mit Fritjof Meyer, Stenograph Heinz Daenicke, Hans-Wolfgang Sternsdorff.

bin kein Bombenleger, auch kein Falschgelddrucker. Unsere Tätigkeit ist nicht geheim.

SPIEGEL: Die Vierte Internationale arbeitet doch auch konspirativ?

MANDEL: Nur in Ländern, wo es keine demokratischen Freiheiten für die Arbeiterbewegung gibt.

„Wir sind die Hefe im Teig revolutionärer Massenbewegungen."

SPIEGEL: In der Bundesrepublik ...

MANDEL: ... ist die Tätigkeit absolut offen, weil es diese Freiheiten für die Arbeiterbewegung gibt.

SPIEGEL: Das Bundesinnenministerium, das Ihnen als gefährlichem Umstürzler die Einreise in das Bundesgebiet verweigert, wirft Ihnen vor, Sie hätten konspirativ gearbeitet, seien zum Beispiel mehrfach unter falschem Namen in der Bundesrepublik tätig geworden.

MANDEL: Das ist doch Unsinn. Bisher konnte ich doch legal einreisen. Lediglich einige Zeitungsartikel habe ich jahrelang als Pierre Gousset gezeichnet.

SPIEGEL: Nur ein Schriftsteller-Pseudonym?

MANDEL: Nur das.

SPIEGEL: Es war nicht das einzige. Sie publizierten auch noch unter einem anderen Namen ...

MANDEL: Ich weiß es nicht mehr.

SPIEGEL: Germain?

MANDEL: Ja, ja. Auch so ein Autoren-Pseudonym. Einen Paß hatte ich jedenfalls nicht auf diesen Namen.

SPIEGEL: Hatten Sie denn vor, nach Ihrer Berufung zum Professor das Sekretariat der Vierten Internationale in die Bundesrepublik zu verlegen?

MANDEL: Nein, das ist eine Erfindung von A bis Z. Das Sekretariat besteht aus vielen Leuten, nicht aus mir allein. Ich hatte nicht mal die Absicht, nach Deutschland zu übersiedeln.

SPIEGEL: Als Sie im vorigen Jahr vor der Duttweiler-Gesellschaft in der Schweiz einen Vortrag vor Wirtschafts-Managern halten wollten ...

MANDEL: ... sogar der frühere Bundeskanzler Ludwig Erhard war eingeladen ...

SPIEGEL: ... da hat man Sie in die Schweiz nicht einreisen lassen mit der Begründung, Sie hätten vorher in Schulungskursen in Lausanne zur Revolution aufgerufen.

MANDEL: Unsinn. Offiziell lautete der Vorwurf, ich hätte eine nicht vorher angemeldete, geschlossene Lehrveranstaltung abgehalten. Ich habe geantwortet, es sei mir nicht bekannt, daß beispielsweise die unzähligen Bankiers sich polizeilich anmelden, bevor sie in der Schweiz auf Abendessen Reden zu hochpolitischen Fragen halten. Die Themen des Schulungskurses waren rein historisch.

SPIEGEL: Herr Mandel, in Ihren Büchern plädieren Sie dafür, „den bürgerlichen Staat durch eine zentralisierte politische Aktion zu stürzen und ... durch den Arbeiterstaat zu ersetzen". Ist das noch Analyse oder schon praktische Wegweisung?

MANDEL: Natürlich beschränke ich mich nicht auf wissenschaftliche Analyse.

SPIEGEL: Als Wissenschaftler — oder werden Sie hier wieder zum politischen Aktivisten?

MANDEL: Das sind doch zwei völlig verschiedene Dinge.

SPIEGEL: Diese Schizophrenie ...

MANDEL: ... das ist keine Schizophrenie, sondern eine Frage der Methodik. Sie können nicht die Mondlandung gleichsetzen mit der Astrophysik, die dafür die wissenschaftlichen Voraussetzungen geschaffen hat. Wenn man das Weltall analysiert, so doch nicht in der verschwörerischen Absicht, auf dem Mond zu landen.

SPIEGEL: Zurück auf die Erde. Was tut der Revolutionär Mandel, um die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen?

MANDEL: Eine interessante Frage. Da kommen wir auf die neurotische Einstellung der Verteidiger der bestehenden Gesellschaft zu Leuten wie mir. Sozialistische Revolutionen werden nicht durch Verschwörer oder durch Agitation ausgelöst, sondern sind nur möglich durch die zielbewußte Teilnahme der Masse der Lohnabhängigen, das ist in der Bundesrepublik die absolute Mehrheit der Bevölkerung. Entweder ist die spätkapitalistische Gesellschaft krisenfest. Dann wird sich die Tätigkeit von Leuten wie mir auf Erziehung, Propaganda und tagespolitische Aktivitäten beschränken, die den Rahmen dieser Gesellschaft nicht sprengen können.

SPIEGEL: Dann wird also der Revolutionär zum Sozialdemokraten.

MANDEL: Nein. Sozialdemokratismus ist der Versuch, die bestehende Gesellschaft durch Reformen zu festigen. Wir wollen die Gesellschaft verändern, und sei es auch erst in weiter Zukunft. Wenn also objektiv revolutionäre Krisen wie im Mai 1968 in Frankreich oder im Herbst 1969 in Italien entstehen, dann müssen revolutionäre Organisationen die Voraussetzungen schaffen, daß die Arbeiter diese Krisen zur Änderung der Gesellschaft nutzen.

SPIEGEL: Und Sie wollen als Vorhut das Proletariat anführen?

MANDEL: Wir können nicht anstelle der Arbeiter die Gesellschaft oder den Staat verändern. Wir sehen uns als Hefe im Teig, der schon da sein muß ...

SPIEGEL: ... aber den Sie doch mit anrühren wollen. Wie fördern Sie als Mitglied der Avantgarde bewußt den Umsturz?

MANDEL: Unsere Aufgabe ist es nur, bereits existente revolutionäre Massenbewegungen zum Erfolg zu führen. Also es geht darum, in den Betrieben, in den Universitäten so viel Bewußtsein zu verbreiten, daß die Masse zu entscheidenden Taten bereit ist.

„Mehr Rechte für die Massen in der Räterepublik."

SPIEGEL: Was sollen die Massen denn nun tun?

MANDEL: In Fällen von breiten Massenbewegungen Generalversammlungen abhalten und dort demokratische Körperschaften wählen, als Räte, die Machtbefugnisse übernehmen.

SPIEGEL: Anstelle der parlamentarischen Demokratie?

MANDEL: Ach wissen Sie, ich bin ein viel konsequenterer Demokrat als die Befürworter der bürgerlich-parlamentarischen Staatsordnung. In den bürgerlichen Verfassungen steckt ein Widerspruch zwischen der Gewährleistung des Privateigentums und den allgemeinen Grundrechten und -freiheiten, der Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Organisationsfreiheit. Die Mehrheit der Bevölkerung kann diese Rechte nur beschränkt ausüben, solange das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht. Deshalb bin ich in der Tat dafür, das kapitalistische Eigentum zu stürzen ...

SPIEGEL: Das Privateigentum ist kein konstitutiver Bestandteil der Verfassung der Bundesrepublik, womöglich

ist sogar die Vollsozialisierung mit dem Grundgesetz vereinbar.

MANDEL: Dann steht meine politische Aktivität auch nicht im Widerspruch zum Grundgesetz.

SPIEGEL: Die von Ihnen propagierte Räterepublik bedeutet keine Einschränkung der politischen Freiheiten?

MANDEL: Im Gegenteil. Dann werden diese Rechte für die Masse der Menschen überhaupt erst effizient.

SPIEGEL: Das Rätesystem — wollen Sie das sagen — sei mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar, sei sogar noch freier und noch demokratischer? In der Räterepublik soll beispielsweise der Grundsatz der Gewaltenteilung nicht gelten.

MANDEL: Doch, das steht in unserem Programm.

SPIEGEL: Keineswegs. In Ihrem Programm steht die Forderung nach der Einheit von Legislative und Exekutive.

MANDEL: Das hat ja nichts mit dem Prinzip der Gewaltenteilung zu tun. Bei uns ist das viel breiter gedacht.

SPIEGEL: Es geht nicht um die Breite. Gewaltenteilung bedeutet Trennung. Sollen die Richter unabhängig sein oder — wie nach dem Modell der Pariser Kommune — bei jeder Gelegenheit abberufen werden können, zum Beispiel, wenn sie mißliebig urteilen?

MANDEL: Nicht bei jeder Gelegenheit, aber von Zeit zu Zeit.

SPIEGEL: In welchen Abständen?

„Wir sind natürlich für Streikrecht im Arbeiterstaat."

MANDEL: Nicht alle zehn Tage, aber auch nicht alle zehn Jahre. Das wollen wir lieber durch die Werktätigen der deutschen Räterepublik bestimmen lassen. Wir haben ein Schema für die Gewaltenteilung in der Räterepublik ausgearbeitet. Wir sind, um einige Beispiele zu geben, für geschriebenes Recht, gegen Rechtswillkür.

SPIEGEL: Wer ist das nicht?

MANDEL: Wir sind für Selbständigkeit der Gewerkschaften, natürlich für ein Streikrecht auch in einem Arbeiterstaat, und wir sind für völlige Trennung von Partei- und Staatsinstanzen.

SPIEGEL: Soll die Volksvertretung aus allgemeinen, gleichen, freien, geheimen und direkten Wahlen hervorgehen?

MANDEL: Damit sind wir einverstanden. Die Frage ist nur, wie man die Wahl durchführt und diese Vertretung zusammensetzt.

SPIEGEL: In der Tat. Sollen nur Arbeiter Stimmrecht besitzen?

MANDEL: In den westeuropäischen Ländern ist es sinnlos, die Bourgeoisie von den Wahlen auszuschließen.

SPIEGEL: In Ihrer Räte-Utopie ...

MANDEL: ... in dem Räte-Modell...

SPIEGEL: ... ist da Raum für demokratische Essentials wie Volkssouveränität, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ...

MANDEL: ... alles zugestanden.

SPIEGEL: Sind Sie für ein Mehrparteien-System?

MANDEL: Absolut dafür.

SPIEGEL: Würden in Ihrer Räterepublik auch nichtsozialistische Parteien zugelassen?

MANDEL: Keine Partei darf wegen ihrer Ansichten verboten werden. Wenn wir aber in einem Gerichtsverfahren beweisen können, daß Personen gegen die Gesetze verstoßen haben, daß Verschwörungen stattgefunden haben, Waffenlager angehäuft und mit fremden Regierungen Verbindungen angeknüpft wurden, dann würden wir eine Partei verbieten.

SPIEGEL: So argumentiert auch Partei-Chef Husák in der Tschechoslowakei.

MANDEL: So argumentierte auch das Verfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland im KPD-Verbotsurteil.

SPIEGEL: Das hört sich alles so an, als seien die Trotzkisten zahm geworden. Sie wollen keinen bewußten Umsturz mehr, sondern eine Parlamentsmehrheit.

MANDEL: Wir sind immerhin der Ansicht, daß unter den bestehenden sozial-ökonomischen Verhältnissen die parlamentarischen Gremien nicht oder nur ausnahmsweise die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung ausdrükken können. Die Möglichkeiten der Option sind gering, die Variationen zwischen den großen staatstragenden Parteien vermindern sich so, daß mehr und mehr der Parlamentarismus zum inhaltsleeren, formalen Mechanismus entartet. Wahre Demokratie ist direkte politische Entscheidungsmacht der Massen und damit beinahe identisch mit dem, was ich unter Revolution verstehe.

SPIEGEL: Revolution ist Anwendung von Gewalt.

MANDEL: Was verstehen Sie unter Gewalt?

SPIEGEL: Türen aufbrechen, Menschen schlagen, Barrikaden bauen, Maschinengewehre postieren.

MANDEL: Es hat bislang keine revolutionäre Massenmobilmachung in westlichen Ländern gegeben, die nicht in ihrem Ansatz friedlich war. Gewalt ist nur von der Gegenseite geübt worden, um diese Bewegung zu unterdrücken. Dagegen muß man sich dann wehren.

„Wir sind keine Verschwörer, ich bin kein Putschist."

SPIEGEL: Als Gegengewalt halten Sie Gewalt für legitim?

MANDEL: Wenn Sie unter Gewalt Besetzung der Fabriken verstehen, gut, dann sage ich, na klar, dann bin ich für Gewalt. Ich nenne das nur anders: Die Arbeiter nehmen sich ihr rechtmäßiges Eigentum — das, was sie selbst geschaffen haben. Das ist Sache der Arbeiterklasse selbst. Wir wollen nicht hinter dem Rücken der Arbeiter Revolutionen durchführen und auch die Arbeiter nicht gegen ihre Überzeugungen glücklich machen. Wir sind keine Verschwörer. Ich bin kein Putschist. Aber man fürchtet meine Ideen. Ich darf sie den Berliner Studenten nicht vortragen ...

SPIEGEL: Könnten Sie denn als Vorkämpfer einer Räterepublik den Beamteneid auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung leisten?

MANDEL: Ich würde wahrscheinlich eine Zusatzerklärung abgeben. Ich habe im Leben nie meine Überzeugung verleugnet.

SPIEGEL: Entweder Sie schwören, oder Sie werden kein Professor in Berlin. Sie können da keinen Brief mit Vorbehalten hinterlegen.

MANDEL: Müßte ich dann doch das Grundgesetz erst mal lesen?

SPIEGEL: Herr Mandel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

WDR

Westdeutscher Rundfunk Köln
Anstalt des öffentlichen Rechts

EINSCHREIBEN

Gruppe
Internationale Marxisten
Politisches Büro
Speicherstraße 5

6000 Frankfurt/Main 2

5 Köln 1
Appellhofplatz 1
Postfach 101950
Telefon 2201 · Durchwahl 220-
Telegramme WDR Köln
Telex: 8882575

Ihr Zeichen und Tag

Köln , den 16. September 1976

Unser Zeichen und Abteilung Pü/Ja Justitiariat Sa-S

Betr.: Wahlspot für den 16.9.1976 (Fernsehregionalprogramm I des WDR)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach Prüfung des Inhalts des obigen Films sehen wir uns nicht in der Lage, diesen auszustrahlen, da er gegen strafrechtliche Vorschriften verstößt.

U.a. verstößt der Satz:

> "Durch ihre Aktion gegen die Rede- und Meinungsfreiheit bestimmter Strömungen der Arbeiterbewegung, durch die Berufsverbote und den § 88 a hat die sozialliberale Bundesregierung bereits heute das Instrumentarium geschaffen, um es einer späteren reaktionären Regierung zu ermöglichen, nach Hitler'scher Vorbild jegliche marxistische Propaganda in der BRD zu verbieten und aufgrund der Behauptung marxistischer Propaganda jede gewerkschaftliche Betätigung zugunsten der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise zu unterbinden"

gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches, insbesondere § 90 a StGB. An der Verbreitung eines strafbaren Inhalts dürfen sich der WDR und seine Mitarbeiter nicht beteiligen.

Nach den Ihnen bekannten Bedingungen kann Ihnen ein neuer Termin für einen evtl. von Ihnen eingereichten Ersatz-Spot nicht gewährt werden.

WESTDEUTSCHER RUNDFUNK KÖLN
i.V. Hermann Pütz

Gesetzlicher Vertreter des Westdeutschen Rundfunks ist der Intendant. Der Westdeutsche Rundfunk Köln kann auch von zwei vom Intendanten bevollmächtigten Personen vertreten werden. Auskünfte über den Umfang der Vollmachten erteilt der Justitiar des Westdeutschen Rundfunks Köln.
Konten: Postscheck-Kto. Köln Nr. 5690-502, Dresdner Bank AG Köln, 9784469.
Alle Zuschriften und sonstigen an den Westdeutschen Rundfunk und nicht an Einzelpersonen zu richten.

Sozialistische Zeitung

„...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen..."

Karl Marx

Die **Sozialistische Zeitung (SoZ)** erscheint seit 13 Jahren alle zwei Wochen. Sie

- ★ bringt auf 16 Seiten kontinuierlich Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn
- ★ steht für eine demokratische sozialistische Alternative – weltweit
- ★ sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken

Kostenlose Probeausgaben bestellen!

SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 Fax (02 21) 9 23 11 97
E-Mail <soz@link-lev. de>

Die monatlich erscheinende Zeitschrift des *Revolutionär Sozialistischen Bundes* (RSB/IV. Internationale) sieht sich in der politischen Kontinuität der *Gruppe Internationale Marxisten* (GIM, ehemalige dt. Sektion der IV. Internationale) und berichtet regelmäßig über Themen aus Betrieb und Gewerkschaften, zur Innenpolitik und zu internationalen Themen. Im Zentrum steht dabei die Auseinandersetzung mit den Angriffen des Kapitals auf die Lohnabhängigen sowie mit der Politik der Gewerkschaften, der SPD und der PDS.

Zu bestellen über

das zentrale RSB-Büro:	RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
oder e-Mail:	avanti@RSB4.de buero@RSB4.de

Jahresabo (mind. 11 Ausgaben)	34,-	DM
Halbjahresabo	17,-	DM
Förderabo	50,-	DM
Probeabo (3 Ausgaben)	5,-	DM

Den Betrag bitte auf das Konto 544 904 901 bei der Volksbank Hameln-Pyrmont (BLZ 254 621 60) überweisen.

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

Die Zeitschrift der Vierten Internationale – seit 1971. Wir berichten über:

- ☆ Sozialistische Wahlbündnisse – zwischen Opposition und Einflußnahme (z.B. Brasilien, Frankreich, Italien)
- ☆ Klassenkämpferische Strömungen oder neue Gewerkschaften gegen Bürokratenfilz (z.B. USA, Frankreich, Italien, Spanischer Staat, Schweden)
- ☆ Kämpfe gegen die Verelendung in der Dritten Welt (z.B. Indonesien, Sri Lanka, Mexiko, Südafrika)
- ☆ Lebendige Geschichte (z.B. Linke im Sudetenland, Fragen an den Oktober, Antisemitismus in der SPD)
- ☆ Marxistische Wirtschaftsanalyse (z.B. Konjunktur, Globalisierung, Finanzkapital, Lange Wellen)
- ☆ Linke Debatte (z.B. Balkankrieg, Nationale Frage, Wahlpolitik, Radikalfeminismus, Zionismus, Parteitheorie)

Wir schlagen Brücken

Bei uns schreiben politisch Aktive über Aktionen und Erfahrungen in ihren Ländern. Informationen aus erster Hand. Jeden Monat für 5 DM. Probeabo (3 Ausgaben) 10 DM, Jahresabo 50 DM.

Bestellungen: Inprekorr, Dasselstraße 75-77, 50674 Köln
E-Mail:<Inprekorr@oln.comlink.org>
Internet: http://webserver.comlink.org/inprekorr/

Geschichte des Trotzkismus bei ISP

Pierre Broué
Trotzki
Eine politische Biographie
2 Bände, 1.300 Seiten, gebunden
DM 176,00/öS 1285,00/SFr 159,00
ISBN 3-929 008-33-5

Wolfgang Alles
Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930
Wissenschaft & Forschung 1
299 Seiten, 2. Auflage
DM 42,00/öS 307,00/SFr 40,00
ISBN 3-929 008-01-7

Wolfgang Alles (Hg.)
Die Kommunistische Alternative
Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932-1985
mit einer Einleitung von Ernest Mandel
217 Seiten
DM/SFr 29,00/öS 212,00
ISBN 3-88332-156-7

Neuer ISP Verlag GmbH

Marienstraße 15
D-76137 Karlsruhe
Tel. (0721) 31183, Fax 31250
e-mail: 101467.3414@compuserve.com